Donnerstag, 15. November 1984 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 269 - 46. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kohl in die USA: Der Bundeskanzler will noch in diesem Monat nach Washington reisen, um mit Präsident Reagan über Initiativen zur Abrüstung zu sprechen. Er halte es für seine „moralische Pflicht", die Abrüstung im kleinen und später auch im konventionellen Bereich voranzutreiben, sagte Kohl. (S. 10)

Gesundheitswesen: Mit der Auflösung der Konzertierten Aktion droht, Bundesarbeitsminister Blüm für den Fall, daß „zentrifugale Kräfte" weiterhin die Innovationsfähigkeit des Gremiums in Frage stellen. (S. 10)

Gescheitert: Die Verhandlungen über den EG-Beitritt Spaniens und Portugals geraten immer mehr unter Zeitdruck. Bei intensiven Verhandlungen war es den EG-Außenministern erneut nicht möglich, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen. (S. 6)

Gewerkschaften: Die Übermacht der DGB-Gewerkschaften in Betriebs- und Personalräten soll reduziert werden. Zu diesem Zweck wird in Bonn ein Gesetz zum Minderheitenschutz in der Betriebsverfassung vorbereitet. (S. 10)

Waffenlieferung: Schiffe aus der Sowjetunion und anderen Ländern mit militärischer Fracht sind nach US-Angaben auf dem Weg nach Nicaragua. *Washington sagte* El Salvador und Honduras Militärhilfe für den Fall eines nicaraguanischen Angriffs zu. (S. 6)

Afghanistan: Der pakistanische Außenminister Yaqub-Khan verurteilte in der Afghanistan-Debatte der UNO die sowjetische militärische Intervention als Bedrohung des internationalen Friedens und gefährlichen Präzedenzfall, der sich anderswo wiederholen könnte. (S. 7)

Wechsel? In Paris wird nicht länger ausgeschlossen, daß Präsident Mitterrand seinen Außenminister Cheysson durch Europaminister Dumas ablöst. (S. 6)

Neues Amt: Der diesjährige Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu ist zum ersten schwarzen anglikanischen Bischof von Johannesburg ernannt worden.

Heute: Fortsetzung der libanesisch-israelischen Verhandlungen. – Vereidigung Schäubles zum Bundesminister.

ZITAT DES TAGES



»Die Berufsdemonstranten, die aus allen Teilen Deutschlands, ja Europas nach Berlin kommen, demonstrieren nie für Menschen auf der anderen Seite der Mauer. Das wäre ja auch nicht im Sinne ihrer direkten oder indirekten Auftraggeber«

Der Berliner Verleger Axel Springer in einer Rede anläßlich der Verleihung des „Goldenen Lenkrads" (S. 3)
FOTO: NICO NAGEL

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Mit einer Zunahme der Beschäftigten um rund 225 000 im kommenden Jahr rechnet das Institut der Deutschen Wirtschaft. (S. 11)

Ost-West-Handel: Die künftige Entwicklung wird eher skeptisch beurteilt. Es wäre schon ein Erfolg, wenn der gegenwärtige Anteil am Weltexport gehalten werden könne. (S. 11)

Hoechst: Der Gesamtumsatz des Konzerns stieg in den ersten neun Monaten 1984 um 12,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 30,82 Milliarden DM. (S. 13)

Karstadt: Das Ergebnis für 1984 wird vermutlich hinter dem von 1983 zurückbleiben. In den ersten neun Monaten lag der Umsatz mit 6,3 Milliarden DM 1,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau. (S. 12)

Börse: Trotz zahlreicher negativer Einflüsse konnten sich die deutschen Aktienmärkte gut behaupten. Am Rentenmarkt gaben die Kurse nach. BHF-Rentenmarktindex 102,014 (102,140), BHF-Performanceindex 110,704 (110,809). WELT-Aktienindex 157,6 (157,4). Dollarmittelkurs 2,9490 (2,9282) Mark. Goldpreis pro Feinunze 345,80 (350,45) Dollar.

Sonderthemen in dieser Ausgabe

KULTUR

Poesie-Festival: Daß Herbst und Poesie zusammengehören, wird den Amsterdamern jedes Jahr aufs neue demonstriert. Seit 1974 findet hier das „One World Poetry Festival" statt. (S. 19)

Buchwochen: Die 34. Stuttgarter Buchwochen sind gestern eröffnet worden. Bis zum 9. Dezember können 21 000 Werke aus rund 300 Verlagen, darunter 8000 Neuerscheinungen, besichtigt werden.

SPORT

Fußball: Die Nationalmannschaft der Türkei verlor ein WM-Qualifikationsspiel gegen England in Istanbul mit 0:8. Das türkische Team wird vom früheren Bundestrainer Jupp Derwall betreut.

Sportbund: Präsident Weyer hat beim sportpolitischen Sprecher der SPD, Heinemann, gegen die Abschaffung des Sportausschusses von Leverkusen durch Grüne und SPD protestiert. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Auf Eis: Israel hat das ehrgeizige Projekt eines Kanals vom Mittelmeer zum Toten Meer vorerst eingestellt. (S. 20)

US-Raumfähre: Die „Discovery" konnte auch den zweiten defekten Satelliten, „Westar", einfangen. Zusammen *mit dem am Montag* geborgenen „Palapa" wird er morgen zur Erde zurückgebracht.

Wetter: Überwiegend sonnig und trocken, 8 bis 11 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Seerecht: Genscher tritt auch gegen Bangemann an

Auseinandersetzung in der Bonner Koalition / Koalitionsgespräch anberaumt

HEINZ HECK, Bonn

In der Bonner Koalition steht eine neue Auseinandersetzung bevor. Der Anlaß ist die Diskussion um die Unterzeichnung der internationalen Seerechtskonvention, in der Meerespolitik global und damit auch der Tiefseebergbau geregelt werden soll. Bundeskanzler Helmut Kohl ist offenbar entschlossen, die Vereinbarung nicht zu zeichnen. Bundesaußenminister Genscher (FDP) wirbt schon seit langem für eine deutsche Unterschrift, aber er könnte im Kabinett vor einer Niederlage stehen. Im Gegensatz zu seinem Parteivorsitzenden wendet sich auch Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) gegen eine deutsche Unterschrift unter die Vereinbarung.

In einem Koalitionsgespräch unter Vorsitz des Bundeskanzlers soll nun am Freitag entschieden werden, ob die Bundesregierung die Seerechtskonvention zeichnet. Die zweijährige Frist läuft am 9. Dezember ab. Damit verbunden ist die Frage, ob Bonn der Zeichnung durch die EG zustimmt. Der EG-Ministerrat soll diese Frage am 26. und 27. November beraten.

Die Positionen der Befürworter und Gegner in Regierung und Koalitionsfraktionen stehen sich seit zwei Jahren nahezu unverändert gegenüber. Während Außenminister Genscher die Zeichnung aus verhandlungstaktischen und außenpolitischen Erwägungen befürwortet, lehnt sein Parteifreund, Wirtschaftsminister Bangemann, sie ebenso entschieden ab wie sein Vorgänger Graf Lambsdorff. Da die FDP gespalten ist, will Genscher den Bundeshauptausschuß der Partei am Samstag in Mainz *von seinen Argumenten* überzeugen. In einem Neun-Seiten-Brief an dessen Mitglieder ebenso wie an Fraktion und Parteivorstand hat er noch einmal seine Position erläutert. Die Diskussion um das Thema ist also auch mit dem Koalitionsgespräch am Freitag noch nicht beendet.

Die Unionsfraktion hat sich am Dienstag geschlossen gegen die Zeichnung ausgesprochen und damit eine entsprechende Empfehlung des Fraktionsvorstands an die Bundesregierung aus der Vorwoche unterstützt. Wie sehr buchstäblich bis zur letzten Minute um eine Entscheidung gerungen wird, wird daran deutlich, daß der Auswärtige Ausschuß des Bundestages in Anwesenheit Genschers am 27. November in einer Sondersitzung das Thema erörtern wird. Der Wirtschaftsausschuß berät am 5. Dezember.

Ungeachtet der gegensätzlichen Positionen wird das in neunjähriger Verhandlungsdauer zustande gekommene Übereinkommen inhaltlich ziemlich einhellig bewertet, allerdings in seinen Konsequenzen unterschiedlich gewichtet. Die in der Konvention enthaltenen Regelungen zur Seeschiffahrt (Durchfahrtsrechte), Meeresforschung und Streitschlichtung werden als vernünftig angesehen. Ebenso übereinstimmend wird die Tiefseebergbau-Regelung der Konvention abgelehnt. Bewertungsunterschiede zeigen sich beim Thema Umweltschutz, das neuerdings von Befürwortern der Zeichnung wie Baum (FDP) als Argument ins Feld geführt wird. Dagegen setzt die Konvention nach Meinung des Wirtschaftsministeriums wie der Unionsfraktion hier kein materielles Recht.

● Fortsetzung Seite 10

Deutsche Bank zu den Parteienspenden

Offener Brief: Einen Vertrauenstatbestand nicht nachträglich kriminalisieren

DW. Bonn

„Mit Entschiedenheit" verwahrt sich die Deutsche Bank gegen den Vorwurf, *ihre seit 25 Jahren gezahlten* Spenden an Parteien und Stiftungen entsprächen einer Steuerhinterziehung. Die Finanzbehörden hätten die Zuwendungen, die aus „unserer Verpflichtung für das Allgemeinwohl" erfolgt seien, stets geprüft und anerkannt, schreibt das größte deutsche Kreditinstitut in einem Offenen Brief, der vom zwölfköpfigen Vorstand unterzeichnet wurde.

Hier der Wortlaut des Briefes:

Deutsche Bank zur Spendenfrage

In der Bundesrepublik wird seit einiger Zeit über Form und Umfang der Finanzierung demokratischer Parteien durch Spenden von Bürgern und juristischen Personen kontrovers diskutiert. Für die Deutsche Bank haben wir zu diesen Fragen bereits in der Hauptversammlung unseres Instituts am 16. Mai 1984 eine Erklärung abgegeben. Vor dem Hintergrund der in den letzten Wochen zunehmend von falschen Verallgemeinerungen, Vermischungen und Unterstellungen geprägten Behandlung dieses Themas sehen wir uns veranlaßt, hierzu erneut öffentlich unsere Meinung zu *sagen:*

Die Deutsche Bank hat sich über ihre unmittelbare geschäftliche Aufgabenstellung hinaus auch immer dem Gemeinwesen gegenüber verpflichtet und verantwortlich gefühlt. Sie hat sich seit ihrer Gründung darum bemüht, ihre satzungsgemäßen Aufgaben so zu erfüllen und ihre Aktivitäten so zu gestalten und wahrzunehmen, wie es auch dem allgemeinen Wohl entsprach.

Ihre vielfältigen, oft über den Rahmen des reinen Bankgeschäftes hinausgehenden Initiativen waren von dem Bestreben gekennzeichnet, einen Beitrag zur friedlichen und freiheitlichen Fortentwicklung unseres Landes zu leisten. Diese Grundhaltung hat während des nunmehr 115jährigen Bestehens die Stellung der Deutschen Bank gegenüber Staat und Gesellschaft bestimmt. Sie hat zu bereitwilliger Hilfe ebenso motiviert wie, in der Zeit nach 1933, zu versagender Zurückhaltung. Um so aufgeschlossener war sie bereit, in dem Prozeß des demokratischen Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg mitzuarbeiten. Sie hat dies unaufgefordert *und dort, wo man sie darum bat,* mit ihrem Rat, ihrer Arbeit und auch mit finanzieller Hilfe getan.

Aus unserer Verpflichtung für das Allgemeinwohl haben wir seit den *fünfziger Jahren* die Bereiche Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur und viele Vorhaben humanitärer Hilfe unterstützt. Aus der gleichen Gesinnung haben wir seit dem Wiederzusammenschluß unseres Instituts im Jahre 1957 auch der Politik unsere Unterstützung nicht versagt. So haben wir zum Beispiel zu wiederholten Malen auch den der CDU/CSU, SPD und FDP nahestehenden Stiftungen und Vereinigungen Spendenbeträge überwiesen. Bei unseren Zuwendungen ging es uns darum, diesen Institutionen bei der Verwirklichung ihrer staatspolitischen Ziele zu helfen:

– Festigung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung,

– Förderung der politischen Bildung und Information,

■ Fortsetzung Seite 10

Bülow für eine flexible „Friedenspräsenz"

DW. Bonn

Der SPD-Sicherheitsexperte Andreas von Bülow hält die bisherige Friedensstärke der Bundeswehr in Höhe von 495 000 Soldaten für kein Dogma. Vor dem Hintergrund sinkender Wehrpflichtigenzahlen sprach sich von Bülow gestern in Bonn zwar für die volle Beibehaltung des Verteidigungsumfangs von 1,3 Millionen Mann aus, hielt es jedoch für denkbar, die Friedenspräsenz Mitte der 90er Jahre auf 300 000 Soldaten zu senken.

Voraussetzung für die Realisierung seines Konzeptes, das eine Änderung der Struktur der Streitkräfte erfordert, sei allerdings, daß innerhalb der vor Ausbruch eines Krieges zur Verfügung stehenden Warnzeit der Aufwuchs der Verbände „qualitativ und quantitativ sichergestellt ist", betonte von Bülow. Dies sei jedoch durchaus möglich.

Seite 2: Immer langsam voran
Seite 10: Bundeswehrplanung

Bukarest droht Bonn

„Gegenmaßnahmen" zur Ausweisung von fünf Diplomaten?

MANFRED SCHELL, Bonn

Die vom Auswärtigen Amt verfügte Ausweisung von fünf rumänischen Diplomaten, denen massive „kriminelle Handlungen" vorgeworfen wurden, hat zu ernsthaften Spannungen zwischen Bonn und Bukarest geführt. Nach Informationen der WELT hat der rumänische Außenminister Andrei mehrfach den deutschen Botschafter Schulze-Boysen zu sich bestellt und dabei „Gegenmaßnahmen" der rumänischen Regierung angedroht. Empört zeigte sich der Außenminister, daß er von den Anschuldigungen gegen die rumänischen Diplomaten erstmals über den Rundfunk und nicht von der Bonner Botschaft unterrichtet worden sei.

Erregt stellte Andrei dem Botschafter die Frage, wer die WELT unterrichtet habe. Er stellte einen Zusammenhang zwischen der Publizierung der Vorwürfe und der Entscheidung der Bundesregierung her, die fünf des Landes zu verweisen. Die rumänische Regierung, so sagte Andrei dem Botschafter, behalte sich vor, ihrerseits „angemessene Gegenmaßnahmen" zu treffen. Der Außenminister sprach in diesem Zusammenhang von „*gewissen illegalen Akten*" deutscher Bürger. Auch Verstöße von Angehörigen der deutschen Botschaft könne man publizieren.

Botschafter Schulze-Boysen berichtete nach Bonn, die Anspielung von Andrei auf angebliches Fehlverhalten von Botschaftsmitgliedern könne sich nur auf einige unbedeutende Vorfälle im Zusammenhang mit der Festnahme des deutsch-rumänischen Hausmeisters Paul im Dezember 1983 wegen Schwarzhandel und Devisenvergehen (Unterhaltung eines DM-Kontos in der Bundesrepublik Deutschland) beziehen.

Der Botschafter berichtete, er habe Außenminister Andrei den Eindruck vermittelt, daß er ihm mit seiner Drohung nicht einschüchtern könne. Die rumänischen Diplomaten seien in jedem Fall „aus gutem Grunde" ausgewiesen worden.

Zwangsanleihe: Was ist mit den Zinsen?

PETER GILLIES, Bonn

Muß die zu Unrecht erhobene Zwangsanleihe auch noch mit sechs Prozent verzinst werden? Nach der Abfuhr durch das Bundesverfassungsgericht, das die Sonderabgabe für grundgesetzwidrig und deshalb für nichtig erklärte, bringt das Thema den Finanzminister in eine weitere Zwickmühle. Dabei geht es nicht nur *um das Gefühl von Ungleichbehandlung,* sondern auch um dreistellige Millionenbeträge, die eine volle Verzinsung den Fiskus kosten würde.

Rund 900 000 Steuerzahler, die in den nächsten Wochen die rechtswidrig erhobene Abgabe zurückerhalten, konnten einer Äußerung des Bundesfinanzministers am 7. November entnehmen, daß er im Urteil der Karlsruher Richter keine Pflicht zur Verzinsung finde. Jetzt aber heißt es in den Anweisungen für die Rückzahlung: *Erstattungsbeträge werden nur verzinst,* wenn beim Finanzgericht gegen die Erhebung geklagt wurde. Das folge aus der analogen Anwendung des Paragraphen 236 der Abgabenordnung (AO).

Wen also der Zorn über die Zwangsabgabe bis vor die Schranken des Gerichts getrieben hatte, erhält Zinsen, wer dagegen brav zahlte oder es mit einem Widerspruch beim Finanzamt bewenden ließ, hat sein Geld dem Staat zinslos zur Verfügung gestellt. Nun ist es nur einem verschwindend geringen Teil der Steuerzahler gelungen, vor das Finanzgericht zu gelangen. Das Bundesfinanzministerium schätzt die Zahl auf „unter hundert", Fachanwälte vermuten gar nur ein oder zwei Dutzend.

Seit Verkündung der Investitionsabgabe für Besserverdienende hatten die Zweifel an ihrer Verfassungsmäßigkeit ständig zugenommen. Es begabte Widersprüche bei den Finanzämtern. *Diese aber ließen die Fälle* überwiegend liegen, weil auch sie mit einer baldigen rechtlichen Klärung rechneten. Zum Finanzgericht stießen deshalb nur wenige vor.

Umstritten ist, ob der Paragraph 236 AO anwendbar ist, denn er bezieht sich nur auf Steuern und eingeschränkt auf andere Abgaben. Die Verfassungsrichter stellten jedoch fest, daß die Zwangsabgabe weder eine Steuer noch eine Abgabe ist. Aber auch wenn die Analogie *umstritten bleibt – nach den Rechtsgrundsätzen* müßte der Staat zu Unrecht erhobene Gelder verzinsen.

Würde der Staat die gleiche Rückerstattung einmal verzinsen, ein anderes Mal dagegen nicht, behandelte er gleiche Tatbestände ungleich, wenden Juristen ein. Sollte es bei den Zinsen für einige wenige bleiben, könnte das die Mehrheit der Steuerzahler als Aufforderung empfinden, im Streitfall möglichst rasch vor Gericht zu ziehen. Das aber wäre fatal, weil *die Finanzgerichte* ohnehin schon in einem besorgniserregenden Maß überlastet sind.

DER KOMMENTAR

Offenes Wort

HERBERT KREMP

Ein international renommiertes deutsches Institut wendet *sich gegen falsche Verallgemeinerungen,* Vermischungen und Unterstellungen. Es geht um die Spenden an Parteien, es geht nicht um den Bestechungsvorwurf der Staatsanwaltschaft in Sachen Flick und es geht nicht um die Sonderangelegenheit Rainer Barzel. Es geht einzig um die Frage, ob eine Spendenpraxis, die 25 Jahre unbeanstandet geübt wurde, sozusagen im 26. Jahr kriminalisiert werden darf, wie Staatsanwälte dies plötzlich meinen und niedere Gerichte es beschließen.

Der offene Brief, den die Deutsche Bank publiziert, ist ein außerordentlicher Schritt. Banken sind für ihre Zurückhaltung bekannt. Sie schweigen dreimal, bevor sie ein Wort äußern, das sich an der politischen Börse umsetzt. Aber die Umstände, die einen Teil der deutschen Unternehmen dem Vorwurf der Steuerhinterziehung aussetzen und damit die gesamte deutsche Wirtschaft in öffentlichen Verruf zu bringen drohen, veranlassen den Vorstand des Instituts zu einer selbstbewußten und kämpferischen Stellungnahme. Daß sie kühl bleibt wie eine Klinge, gehört zur Eigenart.

Wie andere Unternehmen hat die Deutsche Bank in den Jahren ihres Bestehens reichlich gespendet. In erster Linie für wissenschaftliche Zwecke, dann für Gemeinnütziges und Karitatives und *schließlich, zum geringsten Teil,* auch für Vereinigungen und Stiftungen, die der Union, der SPD und der FDP nahestehen. „Uns, der Finanzverwaltung und vor allem den politisch Verantwortlichen war immer bewußt, daß unsere Zuwendungen zur Förderung staatspolitischer Zwecke auch der Arbeit der staatstragenden Parteien unseres Landes zugute kamen. Dies war gewollt und notwendig."

Das Institut ringt nicht um seine Kundschaft, sondern es verteidigt sein Ansehen, das durch ein bedenkliches Nachkarten der Justiz und eine auch ganz anderen, nämlich politischen Gründen gespeiste publizistische Kampagne bedroht erscheint. Die politischen Parteien leben vom Staat, von Mitgliedsbeiträgen und von Spenden. So *sollte es* von Anfang an sein, damit über den Parteienstaat nicht auch noch reine Staatsparteien walteten. Alle Beteiligten, alle, suchten angesichts der nicht alles regelnden Gesetzgebung nach einem Weg, wie steuerlich absetzbare Spenden plaziert werden könnten. Was Jahrzehnte quittiert wurde, soll jetzt Steuerhinterziehung sein? Das zu behaupten wäre Rechtshinterziehung.

Strauß gibt SPD die Schuld an Parteispenden-Affäre

„Vorherige Koalition versäumte gesetzliche Regelung"

PETER SCHMALZ, München

Die Schuldigen an der Parteispenden-Affäre sieht der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß vor allem bei den Sozialdemokraten. Die frühere SPD-geführte Koalition sei weder willens noch in der Lage gewesen, eine gesetzliche Regelung mitzutragen, wie sie dem Verfassungsauftrag der Parteien entsprochen hätte, sagte der CSU-Vorsitzende gestern in seiner Regierungserklärung zur Halbzeit des zehnten Bayerischen Landtags.

Dabei, so Strauß, sei eine Regelung der Parteienfinanzierung längst überfällig gewesen, die steuerrechtliche Behandlung von Spenden an Parteien sei allgemein als unbefriedigend angesehen worden. Aber erst die neue Bundesregierung habe die notwendige Regelung beschlossen. Hätte man sie von Anfang an gehabt, „dann wäre uns die ganze sensationsgierig hochgespielte Aufgeregtheit erspart geblieben, unter deren Folgen die demokratischen Parteien insgesamt leiden".

In seiner 114 Seiten umfassenden Rede, die sich in weiten Teilen mit den politischen und wirtschaftlichen Erfolgen Bayerns beschäftigte, ging Strauß auch ausführlich auf das Bund-Länder-Verhältnis ein. Wie schon Staatssekretär Edmund Stoiber gegenüber der WELT am 12. 11., betonte nun auch der bayerische Regierungschef, er werde eher die geplante Reform der Krankenhausfinanzierung scheitern lassen „als einer Regelung zuzustimmen, die sowohl die Verantwortung der Länder schwächt als auch die Existenz zahlreicher, vor allem kleiner *Krankenhäuser gefährdet".* Es sei unverständlich und nicht hilfreich, wenn das Bundesarbeitsministerium immer wieder versuche, einen länderfeindlichen eigenen Entwurf durchzubringen. Strauß berichtet, Bundeskanzler Helmut Kohl habe ihm ausdrücklich bestätigt, daß in einem Koalitionsgespräch Ende Oktober eine Einigung auf der Grundlage des Länderentwurfs erzielt worden sei.

Die nächsten Auseinandersetzungen mit dem Bund sieht der Länderchef beim Abbau der Mischfinanzierung im Bereich der Städteförderung. einen weiteren Konflikt erwartet er bei den bevorstehenden Umsatzsteuerverhandlungen, nachdem Bonn ohne Rücksprache mit den Ländern im Finanzplanungsentwurf 1986 den Ländern einen Prozentpunkt nehmen will. „Hier werden sich die Aussagen des Bundeskanzlers zu Beginn der Legislaturperiode an den Taten messen lassen müssen", drohte der bayerische Regierungschef.

Ein Beweis „für die Lebenskraft des Föderalismus" wäre es in den Augen von Strauß, wenn die Länder die Neuordnung des Rundfunkwesens zu einem guten Abschluß bringen könnten. Wer – wie Börner und Rau – den Beschluß von Bremerhaven in Frage stelle, „der gefährdet die mühsam erarbeitete Einigung und trägt die Verantwortung für ein dann unvermeidbares Auseinanderfallen der Medienentwicklung in den Ländern".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Immer langsam voran

Von Rüdiger Moniac

Andreas von Bülow, der Vorsitzende der Kommisssion Sicherheitspolitik beim Parteivorstand der SPD, tut in jüngster Zeit Merkwürdiges. Nach dem Abfassen einer „Bedrohungsanalyse", die von Fachleuten als unwissenschaftlich qualifiziert worden ist, legt er nun „Skizzen für eine Bundeswehrstruktur der neunziger Jahre" vor. Zur Lösung der schwierigen Fragen, die aus Mangel an Personal und Geld vor den Streitkräften stehen, trägt auch dies Papier nicht viel bei.

Das mag schon bedenklich genug sein. Doch was noch viel mehr stört, ist, daß Bülow seine „Analysen" und „Skizzen" nicht etwa nach Abstimmung mit der SPD-Kommission vorlegt, deren Vorsitz er innehat. Er tut das ganz für sich allein. In der Partei, besonders bei denen, die in der Bundestagsfraktion und anderswo seit Jahren mit der Sicherheitspolitik befaßt sind, beginnt das Kopfschütteln über den Kommissionsvorsitzenden; man fragt, wem sein Tun nützen solle.

Offenbar schwelt unter Sozialdemokraten ein Kampf um die Macht. Noch scheint nicht restlos geklärt zu sein, ob der Flügel, der in der Irrationalität der Grünen und ihrem bedingungslosen Abrüstungs- und Neutralitätsstreben mit beheimatet sein möchte, die Oberhand unter den Sicherheitspolitikern gewinnt, oder ob die „Schmidt-Gruppe" sich am Ende doch durchsetzt, auch wenn sie beim Essener Parteitag im letzten Mai eine geradezu vernichtende Niederlage erlitten hat. Bülows öffentliches Auftreten verhilft ihm natürlich auch zu öffentlichem Profil. Es ist von solcher Art, daß er mit einigen wenigen taktischen Volten leicht bei denen sein könnte, die die Richtung der Grünen gutheißen.

Für Bülow kommt es nicht mehr darauf an, daß die Bundeswehr mit sofort einsatzfähigen Verbänden die Deckung der langen Grenze zwischen Ostsee und Donau garantieren könnte, während die Verbündeten teilweise noch ihre Verbände in die Verteidigungspositionen nach vorn bringen müßten. Er tut so, als genüge es, nach relativ langer Mobilmachungszeit eine Bundeswehr von 1,3 Millionen Mann verteidigungsbereit zu haben. Zu einem Zeitpunkt, da ein Angreifer hier schon seine Etappenverwaltung einrichten würde.

Ära der Komitees

Von Carl Gustaf Ströhm

Beginnt in den krisengeschüttelten kommunistischen Systemen eine Ära der Komitees? In Polen wurde als Reaktion auf die Ermordung des Priesters Popieluszko ein „Bürgerkomitee gegen Gewalttätigkeit" gegründet – gemeint ist die Gewalttätigkeit der Polizei und der Sicherheitsorgane. Mitglieder des Komitees, das allen Übergriffen der Polizei nachgehen will, sind prominente Bürgerrechtler und Intellektuelle.

In Jugoslawien, wo zur Zeit ein seltsamer Strafprozeß gegen sechs Angeklagte abläuft, die angeblich Vortragsveranstaltungen in Belgrader Privatwohnungen organisierten, haben neunzehn prominente Intellektuelle ein „Komitee für Gedankenfreiheit und Meinungsfreiheit" gegründet. Sie haben der Regierung mitgeteilt, daß sie in Zukunft alle Bürger Jugoslawiens unterstützen würden, die wegen einer Meinungsäußerung verfolgt werden. Gleichzeitig verlangten die Komiteemitglieder Freilassung jener Personen, die wegen der Äußerung einer Meinung im Gefängnis sitzen.

So unterschiedlich die Verhältnisse und Zustände in Polen und Jugoslawien sein mögen – die Komitees in Warschau und Belgrad signalisieren eine neue Sensibilität. Man ist in den kommunistischen Staaten offenbar nicht mehr bereit, die Übergriffe der Machtinstanzen als unabwendbar und schicksalhaft einfach hinzunehmen. Es regt sich gerade bei den Intellektuellen, den Professoren, auch den Schriftstellern Widerspruch und das Verlangen nach Aufklärung.

Charakteristisch ist, daß solche Komitees gerade in Polen und in Jugoslawien entstehen – zwei Ländern, in denen die Widersprüche des Systems besonders drastisch hervortraten.

Die Weltöffentlichkeit und die Öffentlichkeit der eigenen Länder wird gespannt beobachten, auf welche Weise die Mächtigen mit diesen Komitees fertigwerden wollen. Mit Gewalt gegen sie vorzugehen, würde erst recht bestätigen, daß es diese Komitees geben muß. Gewähren zu lassen, heißt aber, eine Diskussion über Themen zu dulden, die dem System nicht angenehm sein können; über Gedankenfreiheit, Meinungsfreiheit, Kampf gegen Gewalttätigkeit ... Sage mir, wie du mit deinen Komitees umgehst, und ich sage dir, wer du bist.

Ja, das Schreiben . . .

Von Joachim Neander

Die Nachricht, daß mehr als viertausend Grundschüler bei einem Testdiktat im Durchschnitt nicht mehr Rechtschreibungsfehler gemacht haben als ihre Vorgänger mit demselben Text vor genau 25 Jahren (WELT vom 14. 11.), könnte Verwirrung stiften. Wie denn – sind die Klagen von Hochschullehrern, Handelskammern und Arbeitgebern über den miserablen Stand der Rechtschreibung bei Studenten, Lehrlingen, Sekretärinnen allesamt übertrieben und gegenstandslos?

Die Antwort muß sehr vorsichtig ausfallen. Zunächst ist seit langem bekannt, daß es zwischen den einzelnen Bundesländern ein teilweise enormes Gefälle in den durchschnittlichen Schulleistungen gibt. Rheinland-Pfalz, wo der Test durchgeführt wurde, zählt hier nicht zur Nachhut. Schulversuche und der allgemeine Run auf immer größere Abiturientenzahlen hielten sich hier in sehr engen Grenzen. Mit rund fünfzig Prozent eines Schülerjahrgangs hat sich in diesem Bundesland beispielsweise die anderwärts fast ausgetrocknete Hauptschule noch die relativ größte Breite und Bedeutung erhalten.

Aber: So solide die Rechtschreiberziehung im Landesdurchschnitt noch zu sein scheint, so deutlich werden auch hier die Unterschiede von Schule zu Schule, von Klasse zu Klasse. Es kommt offenbar entscheidend auf das Lehrerkollegium an. Wo man zu faul oder zu „modern" ist, Orthographiefehler auch in der Biologie- oder Sozialkundearbeit anzustreichen, da färbt das auch auf den Deutschunterricht ab.

Was die Beschwerden von Professoren und Handelskammern betrifft, so muß man auch hier die Entwicklung zur Massenausbildung bedenken. Studenten, die heute in einem Referat oder gar in der Examensarbeit massenhaft Rechtschreibfehler machen, sind vielfach junge Menschen, die früher nie auf den Gedanken gekommen wären, zu studieren. Und Bewerbungen um Ausbildungsplätze werden heute von Leuten geschrieben, die vor zwanzig Jahren noch ohne jeden schriftlichen Antrag einen Hilfsarbeiterjob angesteuert hätten.

Dies mildert zwar nicht das Problem, mit dem sich Hochschulen und Betriebe jetzt herumzuschlagen haben. Aber es liefert eine Teilerklärung.

„Schaff mir den Bankert aus den Augen!" KLAUS BÖHLE

Nur noch ein Fetzen Papier

Von Georg Schröder

Das Godesberger Programm der SPD ist nur noch ein Fetzen Papier. Jeder weiß das, vor allem die Sozialdemokraten selber. Darum ihre Verlegenheit, mit der sie den 25. Jahrestag dieses Programms eben nicht feiern, sondern durch Willy Brandt und Peter von Oertzen seiner gedenken als eines Stücks Historie, von dem man sagt, es müsse „weiterentwickelt" werden. Was heißen soll, daß das Programm möglichst bald auch offiziell zu Grabe getragen werden müsse.

Bis zu jenem Tag werden Godesberger Programm und sozialdemokratische Politik krasse Gegensätze bilden. Die SPD ist in einem geradezu atemberaubenden Tempo zurückmarschiert in die fünfziger Jahre. Was sich unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts auf den Gebieten der Verteidigungs- und der Außenpolitik, auch auf denen von Wirtschaft und Finanzen andeutete, wurde seit dem Sturz des Hamburgers, seit dem Niederreißen dieses Dammes eben durch die Parteilinke zu einer Sturzflut.

Man kann es kaum glauben, daß die SPD erst seit zwei Jahren aus dem Kanzleramt vertrieben ist, daß der NATO-Doppelbeschluß, auf den Helmut Schmidt mit gutem Grund stolz war, erst seit einem Jahr von der SPD auch formell verworfen ist. Und sind wirklich erst neunzehn Monate verstrichen, seitdem Willy Brandt in der Wahlnacht vor dem Fernsehen seine neue Strategie verkündete? Was er damals ansagte, nämlich die Suche nach einer neuen Mehrheit links von der Mitte, bestimmt heute längst infolge der Radikalisierung der SPD die Zusammenarbeit mit den Grünen und Neutralisten und damit die Alltagspolitik der gesamten Partei.

Noch einmal sei der Blick zurückgewendet in das Jahr 1959, auf die Entstehung und Verabschiedung des Godesberger Programms. Die Sozialdemokraten hatten zähneknirschend den Triumph der Sozialen Marktwirtschaft und die erfolgreiche Einbettung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnis erlebt, das dem stürmischen Ruf der Wähler nach Sicherheit und Frieden entsprach. War es nun lediglich ein Stück Taktik, mit der die SPD aus dem Dreißig-Prozent-Getto herauskommen wollte, oder hatten die Väter des Godesberger Programms einen echten Sinneswandel vollzogen?

Beides kam zweifellos zusammen. Sicher ist, daß Männer wie Heinrich Deist, Helmut Schmidt und Karl Schiller der Planwirtschaft, dem Dirigismus abgeschworen hatten. Ebenso sicher ist, daß Männer wie Fritz Erler und wiederum Schmidt, dazu Carlo Schmid und Willy Eichler die Bundeswehr und das NATO-Bündnis bejahten, weil sie nicht länger glaubten, Moskau werde einer Wiedervereinigung zustimmen.

Welche Namen, welche Persönlichkeiten, die wir hier beschworen haben! Hinzuzufügen ist der Hinweis auf Herbert Wehner, der, als er die Notwendigkeit des Wandels erkannte, auch die widerstrebenden Gruppen in der SPD mit aller Härte nach Godesberg trieb.

Die Öffnung hin zur Volkspartei und fort von der Klassenpartei: Unter dieser Parole stand Godesberg. Und mit dieser Parole gewann die SPD neue Wählerschichten, zugleich öffnete sie so den Weg für die Große Koalition, für ihre Beteiligung an der Bundesregierung. Wer denkt heute noch daran, daß die Volkspartei SPD ihre roten Fahnen in die Schränke verbannte, daß das Wort Genosse nicht mehr obligatorisch war, daß man Lassalle und nicht Marx durch den Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer auf der Godesburg feierte?

Das alles ist vom Winde verweht. Die Partei Schmidts und Wehners ist tot. Die Partei Willy Brandts ist für ihren Vorsitzenden nicht die der „Sozialdemokratie", sondern die des „demokratischen Sozialismus". Wer diese Wortwahl, die auch wieder Brandts Rede vom letzten Montag zum Godesberger Programm bestimmt, für zufällig hält, kennt die Vergangenheit Brandts nicht. Oder war der Emigrant in Stockholm 1944 etwa nicht der Ansicht, die Politik in einem Nachkriegsdeutschland müsse von einer Partei des einigen Proletariats bestimmt werden?



Zurück in die fünfziger Jahre: Brandt FOTO: SCHÖRING

Im Zeichen dieses demokratischen Sozialismus sind vor kurzem in Berlin Sozialdemokraten Seite an Seite mit kommunistischen SEW-Männern zu einer Kundgebung aufmarschiert. Unter dem gleichen Zeichen stand die Rede Brandts auf einer Nicaragua-Kundgebung in Bonn, bei der er sich in höchst gemischter Gesellschaft befand. Nicaragua und die Sandinisten sind ein „Vietnam-Ersatz" nicht nur für Brandt, nicht nur für hysterische Schwärmer, nein, inzwischen für die ganze SPD.

Dies ist nun schon ein Teilstück des immer offener werdenden Anti-Amerikanismus der SPD geworden. Sowjetische Manöver, die auf bundesdeutsche Städte abzielen, sind für die SPD bereits belanglos, wie die letzte Bundestagsdebatte zeigte. Amerikanische Waffen zur Verteidigung der Bundesrepublik sind dagegen Teufelswerk, das weg muß, um Brandts Worte zu bemühen.

Vor Godesberg hieß es bei den Sozialdemokraten: „Kampf dem Atomtod." Vor Godesberg wurde der Weg in den Neutralismus gesucht. Vor Godesberg genügte die Wehrübung eines Abgeordneten namens Helmut Schmidt, daß er nicht wieder in den Fraktionsvorstand gewählt wurde. 1953 führte die SPD ihren Wahlkampf mit dem Slogan: „Die Armen werden immer ärmer und die Reichen immer reicher."

Die SPD ist mit und durch Willy Brandt wieder bei dieser Politik angelangt. Die SPD der fünfziger Jahre war durch ihre unrealistische Politik regierungsunfähig. Die SPD der achtziger Jahre ist wieder regierungsunfähig geworden.

IM GESPRÄCH Wolfgang Held

Strauß' nächster General?

Von Peter Schmalz



Ein Vortrag machte Eindruck: Held FOTO: DPA

Zugegeben, vielleicht gibt es einen ganz anderen Plan, vielleicht gibt es gar keinen Plan. Nur einer könnte darüber Auskunft geben – aber Franz Josef Strauß hat sich derzeit zum Schweigen über dieses Thema entschieden, nachdem er sich bei den Etatberatungen im bayerischen Landtag beiläufig einige Sätze über das CSU-Problem „Generalsekretär" hatte entlocken lassen. Und damit ein Spekulationsspektakel in Gang setzte, in dessen Mittelpunkt ein Mann rückte, der selbst den meisten CSU-Funktionären noch ein Unbekannter ist: Wolfgang Held, ein 45jähriger Ministerialdirigent aus der Münchner Staatskanzlei, zur Zeit beurlaubt und als Stellvertreter Gerold Tandlers und zu dessen Entlastung in der CSU-Landesleitung tätig.

Strauß lobte Held als einen Beamten, der „sich für eine politische Tätigkeit vorbereiten will"; ihn zum Generalsekretär zu machen, sei „in der jetzigen Überlegung nicht enthalten"; sollte er sich aber für diesen Posten bewerben, „wird man seine Bewerbung sehr ernst nehmen müssen". Hinter diesem Sowohl-Als-auch sehen manche Mitarbeiter von Strauß den unüberhörbaren Hinweis des CSU-Vorsitzenden an Held (der von den FJS-Sätzen unvorbereitet überrascht wurde), er möge sich mit diesem Berufsziel bitteschön vertraut machen.

Beide kennen einander aus nächster Nähe. Held, ein gebürtiger Münchner, Jurist, Staatsanwalt und schließlich Strafrichter, wechselte ins bayerische Justizministerium und wurde zur Beobachtung in einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß beordert. Als er dem Ministerpräsidenten einen Kurzvortrag über den Verfahrensverlauf geben mußte, merkte Strauß auf und holte sich das CSU-Mitglied Held als persönlichen Referenten und Leiter seines Büros in die Staatskanzlei. Nach drei turbulenten Jahren an der Seite des Ober-Bayern saß der Ministerialdirigent noch keine sechs Monate auf dem ruhigen Stuhl des Rechtsreferats der Münchner Regierungszentrale, da lockte ihn Tandler, nach der unfallbedingten Beurlaubung Otto Wiesheus in der Doppelfunktion als Fraktionschef und amtierender Generalsekretär extrem belastet, als rechte Hand in die Parteizentrale.

Den Wechsel wird der Parteivorstand auf seiner nächsten Sitzung am 3. Dezember voraussichtlich ebenso absegnen wie die Überlegung, Tandler über die bayerische Landtagswahl 1986 hinaus bis zur Bundestagswahl zu Beginn 1987 das Amt des Generalsekretärs zu überlassen.

Held bekommt damit die Chance, sich wie kein zweiter mit den Aufgaben eines Partei-Generals vertraut zu machen. Auch der erklärte Wille des Parteivorsitzenden, nur einen mit der Immunität ausgestatteten Abgeordneten zum CSU-Manager zu berufen, ließe sich mühelos erfüllen, wenn Held bei der Wahl 1986 entweder über die Liste oder über einen freiwerdenden Wahlkreis in den Landtag einzieht. Der Neuling im Personalkarussell der CSU darf noch über die tatsächlichen Absichten seines Parteichefs rätseln, abgeneigt aber zeigte er sich nicht: „Ich war schon immer politisch interessiert."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie meint zu dem Massaker in Afghanistan:

Die Nachricht von der wahllosen Erschießung von 450 Freiheitskämpfern in dem unterdrückten asiatischen Staat erhellt schlaglichtartig die Brutalität, die totale Menschenverachtung der Besetzer. Dies ist eine Untat, die an die grausigsten Vorgänge im Zweiten Weltkrieg erinnert, ein „kollektives Strafexempel", das neben der völligen Verrohung der Unterdrücker auch viel von ihrer Ohnmacht verrät. Wenn die Truppen einer Supermacht fast fünf Jahre nach dem Überfall auf das kleine Nachbarland sich zu solchen Methoden hinreißen lassen, dann ist das ein indirektes Eingeständnis ihres Scheiterns.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Das Heidelberger Blatt kommentiert das neue Volkszählungsgesetz:

Wenn das neue Gesetz den Intentionen des Verfassungsgerichts entspricht, dann kann es auch vollzogen werden. Das vorschnelle Geschrei der Grünen bestätigt nur den alten Verdacht, daß es ihnen schon früher weniger um die Bürgerrechte als um die Demonstrationen der Verweigerung gegangen ist.

KRONENZEITUNG

Zu der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Wien und Prag schreibt das Wiener Blatt:

Prag will möglichst schlechte Beziehungen. Das ist eine ganz klare und vom Standpunkt des Prager Regimes auch „logische" Strategie ... Die halbe CSSR hängt am ORF. Man versteht Deutsch. Die „Gefahr" aus Österreich ist also groß. Deshalb „müssen" Kontakte zwischen den Menschen gekappt werden, wo es nur geht, und die „offiziellen" Beziehungen „müssen" schlecht gehalten werden. So dringen eben Grenzsoldaten auf österreichisches Gebiet ein und schießen auf Menschen wie auf Hasen, weil sie zielstrebig zu diesem völkerrechtswidrigen Verhalten ausgebildet worden sind.

FINANCIAL TIMES

Rajiv Gandhi werde bei den Wahlen besser abschneiden als seine Mutter, spekuliert die Londoner Wirtschaftszeitung:

Er geht mit dem Bewußtsein in den Wahlkampf, daß er wenigstens kurzfristig eine starke Wirtschaft im Rükken hat und daß die internationale Geschäftswelt ihm nach dem politischen Aufruhr und der Gewalttätigkeit der letzten zwei Wochen keine Probleme schafft. Er wird bei den Wahlen mit Sicherheit besser abschneiden als seine Mutter.

SÜDWEST PRESSE

Zur Autobahngebühr für Schweizer befindet das Ulmer Blatt:

Da wird sich der Bonner Verkehrsminister des Beifalls sicher sein können, auch wenn bei den derzeitigen Verhandlungen mit der Schweiz zunächst gar nichts herauskommen sollte ... Ganz abgesehen davon, daß die Schweizer insbesondere mit der Pkw-Gebühr möglicherweise sogar ein fulminates Eigentor geschossen haben. Denn wenn sich dadurch der Verkehr in großem Umfang von den Autobahnen auf die Landstraßen verlagert oder wenn gar der Fremdenverkehr zurückgeht, wird von einem Erfolg wohl kaum die Rede sein können.

Die Anstalten als Selbstversorger, die Privaten als Kulis

Pläne vor Bremerhaven und Möglichkeiten heute / Von Ulrich Lohmar

Man sollte den Sozialdemokraten in Hessen und Düsseldorf eigentlich nicht gram sein, daß sie so bald nach dem „Medienkompromiß" von Bremerhaven ihren Regierungschefs Börner und Rau bedeutet haben, diesem Konzept nicht folgen zu wollen. Sie haben damit nur den Vorhang weggezogen, den die Regierungschefs zugezogen hatten. Seit die Union die Regierung in Bonn führt, hat sie tatsächlich nur noch ein halbherziges Interesse an einem realistischen Wettbewerb zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern im Rundfunkbereich.

Die Sozialdemokraten, vielleicht von wenigen ihrer führenden Politiker abgesehen, hatten ohnehin nur im Sinn, im Vorfeld der Verhandlungen mit den von der Union geführten Ländern die Bestands- und Entwicklungsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Anstalten durchzusetzen und die privaten Anbieter irgendwann auflaufen zu lassen. Das ist ihnen gelungen. Aber der Staatsvertrag wird nicht zustande kommen.

Es herrscht also jetzt Klarheit darüber, was nicht geht. Aber damit ist noch nicht sichtbar, welche Möglichkeiten sich angesichts der neuen Szene auftun. Schon in den Entwürfen der Regierungschefs der Länder war zu sehen, daß es zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und privaten Anbietern keine ökonomische Chancengleichheit geben sollte: Das Monopol der Gebühreneinnahme zugunsten von ARD und ZDF sollte bleiben wie bisher. Zudem aber schrieben die Regierungschefs in ihre Vorschläge alles mögliche an Programmrichtlinien für die privaten Anbieter hinein.

Da hieß es zum Beispiel, daß sittliche, weltanschauliche und religiöse Überzeugungen „anderer" zu achten seien. Welcher „anderen" – war damit auch Respekt vor den Überzeugungen von Terroristen, mystischen Sekten oder islamischen Fundamentalisten gemeint? Oder aber: Den privaten Anbietern sollte untersagt werden, „verharmlosende" Sendungen zu verbreiten. Kein Jurist kann auch nur andeutungsweise beschreiben, was eine Verharmlosung ist. Hier wurde also mit der heißen Nadel festgezurrt, was sicherlich in Karlsruhe keinen Bestand behalten hätte.

Schließlich sollten die privaten Anbieter von Repräsentanten der gesellschaftlich relevanten Gruppen auf die Einhaltung dieser Programmrichtlinien hin überwacht werden. Nicht Selbstverwaltung wurde den Privaten angeboten, sondern Kontrolle von seiten der gleichen Leute, die schon die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten beherrschen.

Den Gipfel der „Offenheit" erreichte dieses Konzept der Kontrolle der Privaten durch die Öffentlichen in dem Vorschlag des Bremerhavener Papiers, daß öffentlich-rechtliche Anbieter in den kulturellen Teilen des Programms mit privaten zusammenarbeiten könnten. Im Klartext: Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sollten die privaten Kulturproduzenten als Zulieferer einspannen, diese sollten sozusagen die Kulturkulis von ARD und ZDF werden. Diese Strategie wäre vermutlich auch aufgegangen, weil die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch Bürokratisierung, personelle Aufblähung und Arbeitsgerichtrechtsprechung kaum noch einen finanziellen Spielraum für Eigenproduktionen haben. Die privaten Anbieter hätten das billiger gemacht, aber ihre Angebote nur bei ARD und ZDF zeigen dürfen.

Unsere Medienpolitik ist also nichts als ein Kampfplatz um den Einfluß der öffentlichen Institutionen oder der privaten Anbieter auf diesem gesellschaftlichen Meinungsfeld. Diesen Grundtatbestand haben die Ministerpräsidenten allzu lange verschleiert.

Was bleibt, sind angesichts der neuen Entwicklungen drei Möglichkeiten: Die privaten Fernsehanbieter lassen sich zu Zulieferern von ARD und ZDF machen und geben damit einen wesentlichen Teil ihrer Eigenständigkeit an den öffentlich organisierten Sektor der Gesellschaft ab. Zweitens: Frei von staatlichen Einflüssen bleibt der Videomarkt, wo die privaten Anbieter – im Rahmen der geltenden Gesetze – alternative Angebote für den individuellen Käufer und Ausleiher von Kassetten machen können. Und schließlich könnten sich private Medienunternehmen mit ausländischen Satelliten in unserer staatlichen Nachbarschaft zusammentun, um Fernsehprogramme auch für die Bundesrepublik anzubieten, ohne daß ihnen die chaotische Medienrechtslage in unserem Lande dabei hinderlich sein könnte. Ob sich einzelne Bundesländer an solchen neuen Formen der Kooperation beteiligen könnten, ist eine offene Frage, setzt aber in jedem Fall eine liberale Mediengesetzgebung in solchen Ländern voraus.

Das Scheitern des Staatsvertrages könnte so doch eine neue Hoffnung für ein vielfältiges Rundfunksystem vermitteln. Das Bundesverfassungsgericht wäre dann zwar kein medienpolitischer Schiedsrichter mehr, aber es hat ja ohnehin genug zu tun.

Professor Dr. Ulrich Lohmar, SPD-MdB von 1957 bis 1976, lebt als freier Wissenschaftler in Bonn.

„Auto und Umwelt müssen sich miteinander versöhnen“

Mit umweltfreundlichen Autos stehe die Branche vor „goldenen Zeiten“. So zuversichtlich äußerte sich gestern Bundesinnenminister Zimmermann bei der Verleihung des „Goldenen Lenkrads“ durch „Bild am Sonntag“ in Berlin. Verleger Axel Springer lobte die Auto-Industrie, die der „Lebensatem“ Berlins sei.

Von HANS R. KARUTZ

Die Schönsten im ganzen (Auto-)Lande und der Welt warfen sich schon tags zuvor vor der steinernen Reichstags-Kulisse in Positur. 20 Juroren aus sieben Ländern – von Frank Elstner bis zur weltbesten Rallye-Pilotin Michèle Mouton – hatten sich nach strapaziösen Tests geeinigt:

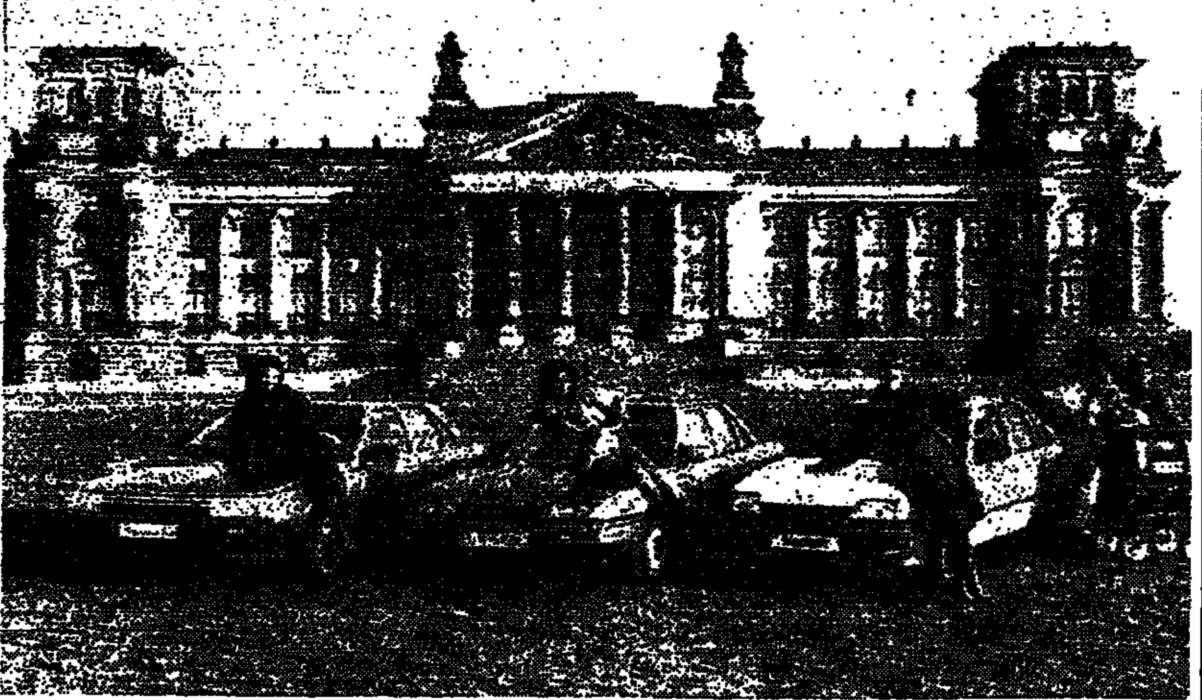
In der „kleinen“ Klasse bis 1500 Kubikzentimeter machte der neue Opel Kadett (903 Punkte) vor dem Mitsubishi Colt (875) und seinem „Landsmann“ Honda Civic (823) das Rennen. In der nächsten Kategorie ging es noch wesentlich knapper zu: der Mitsubishi Galant (909) hängte den Wolfsburger VW-Jetta nur um drei Pünktchen ab. Die Vorherrschaft der fernöstlichen Wagen in diesen beiden Klassen vervollständigte der Toyota Carina (834).

Bei den „Großen“ hatte im Finale der Renault 25 mit 962 Punkten die Kühlerhaube deutlich vorn: Saab 2000 (922) und ein weiterer Japaner, der Nissan UX 300 (882), folgten. Bei den schönsten Spielzeugen der Motorrad-Liebhaber in aller Welt zog die Kawasaki GPZ 900 R mit 430 Punkten ihrer deutschen Konkurrenz aus den Berliner Werkhallen der blau-weißen BMW-Werke (K 100 RT) um 38 Punkte davon. Nur zwölf Zähler dahinter kam ein weiteres japanisches Spitzenerzeugnis, eine Yamaha XJ 600, durchs Ziel.

Für die Zeremonie der Preisverleihung verwandelte sich das Verlagshaus Axel Springer an der Kochstraße im Vorfeld der Mauer in ein Studio: Geschart um ein überdimensionales Gold-Lenkrad sahen die Ehrengäste aus der Welt des Benzins, der Politik und Rallye-Pisten die rasanten Test-Filme: Juroren bei der Arbeit mit ihren „Schützlingen“.

Verleger Axel Springer begrüßte neben dem soeben aus Israel zurückgekehrten Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen den „elder statesman“ des Automobilbaus in Deutschland besonders herzlich: Professor Dr. Ing. h. c. Ferdinand („Ferry“) Porsche. Er erhielt, ein Jahr nach Henry Ford II., den Sonderpreis von „Bild am Sonntag“.

Springer erinnerte daran, wo die Zeitschrift ihren Preis zum neunten Male verleihe: „Ich bin froh, daß das hier in Berlin geschieht. Denn diese Stadt ist eine Autostadt, vom ersten Tag an, da es Autos auf deutschen Straßen gibt.“ Deshalb sei die Anregung der Berliner „Alternativen Liste“, Berlin zur autofreien Stadt zu erklären, besonders unsinnig: „Dieser Vorschlag kommt ausgerechnet von den Leuten, die nichts Besseres zu tun haben, als in ihren Autos von Demonstration zu Demonstration zu fahren.“ Niemals sehe man in Berlin so viele Wagen mit auswärtigen Kennzeichen, „als wenn die Berufsprotestler zu Aufmärschen und Demonstrationen zusammenkommen“.


Die Sieger plus Garnierung vor dem Reichstagsgebäude: Renault 25, Mitsubishi Galant, Opel Kadett
FOTO: DIE WELT.

Diese Demonstrationen richteten sich an den unterschiedlichsten Themen aus, aber: „Diese Berufsdemonstranten, die aus allen Teilen Deutschlands, ja Europas, hierherkommen, demonstrieren nie für die Menschen auf der anderen Seite der Mauer, die hier direkt hinter mir steht.“

Berlin sei eine Autostadt, sagte Springer. „Das Auto gibt dieser großartigen Stadt ihren Lebensatem: Zehntausende von Arbeitsplätzen würden verschwinden, wenn es hier keine Autos mehr gäbe. Die Autoproduktion hat hier goldenen Boden: Daimler-Benz baut Motoren, BMW Motorräder, General Motors Lagerschalen, Ford Kunststoffteile. Viele Kleinbetriebe arbeiten hier für Volkswagen – und so wird es auch bleiben.“

Der Verleger warnte davor, den Autofahrer zum „Prügelknaben der Umweltschützer“ werden zu lassen. „Auto und Umwelt müssen sich miteinander versöhnen.“ Er erinnerte daran, daß „drüben, hinter der Mauer, unsere Landsleute bis zu zehn Jahre auf ein Auto warten. Das ist nur einer und bestimmt nicht der schlimmste der Nachteile, die unsere Landsleute drüben uns gegenüber haben.“

Ihnen fehle am meisten die Freiheit, „die wir hier genießen können . . ., weil unser Land Mitglied des Atlantischen Bündnisses ist. Oder noch deutlicher: weil hier in Berlin amerikanische, englische und französische Truppen stehen.“

Als Beispiel für die Gefühle einer „deutschen Patriotin“ beim Anblick der Mauer zitierte Springer die Verse der Dichterin Gertrud von Le Fort. In ihrem Gedicht „Die Mauer“ schreibt sie im Anblick des Brandenburger Tores:

„Da steht noch das alte ruhmreiche Tor / doch davor bäumt sich die Mauer empor / aus wüstem Beton und aus Stacheldraht – / da wirkt keine Pforte, da leitet kein Pfad. / Doch Mauern aus Draht und Beton erdacht / die sind für mein Herz nur ein Spuk in der Nacht / Es braucht keinen einzigen Hammerschlag / mein Herz bricht hindurcvh – so oft es mag!

Da geh ich wie einst die Linden hinab / das Kaiserschloß sank lange ins Grab / doch die Stadt wahrt ihr eignes lebendiges Sein / ich gehe tief in ihr Schicksal hinein / ich zieh es ans Herz wie mein eignes Geschick / denn ein Volk ist ein strenges, unteilbares Glück / und jedes Auge, in das ich seh / bleibt Bruderauge wie eh und je!

Erst wenn ich zurück bin, / da fällt es mich an / daß ich weine und nicht mehr aufhören kann.“

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) lenkte in seiner Rede den Blick in Richtung Umweltschutz: „Es wird in Zukunft nicht mehr darauf ankommen, das schnellste, sicherste oder perfekteste Auto zu liefern, sondern die Umweltfreundlichkeit wird die Kaufentscheidung bestimmen. Wer hier in der Autobranche die Nase vorn hat, sieht goldenen Zeiten entgegen.“

Er regte an, bei der Vergabe des „Goldenen Lenkrades 1985“ auch die Umweltfreundlichkeit als Meßlatte für Preiswürdigkeit anzulegen: „Ich wage zu prophezeihen, daß die günstigste Formel der Schadstoffreduzierung künftig ebenso heiß umkämpft sein wird wie heute der CW-Wert oder die Anzahl der Ventile.“

Kritisch merkte der Minister an, er habe sich bei seinem Vorstoß für das umweltfreundliche Auto und bleifreies Benzin „gerade aus der deutschen Autoindustrie etwa mehr Unterstützung versprochen“. Aber auch hier änderten sich die Zeiten: „Gerade diejenigen, die gestern noch am härtesten gegen meine Pläne fochten, waren die ersten, die jetzt für ihre umweltfreundlichen Autos warben.“

Zimmermann verteidigte den beschlossenen Großversuch zum Tempolimit 100 und meinte, „bisher“ überwögen bei ihm die Ablehnungsgründe. Es bringe wenig Schadstoffreduzierung: „Was nutzt Tempo 100, wenn alle im Stau stehen und die Schadstoffe in die Luft blasen?“

Der Glaubenskrieg um die Mengenlehre geht zu Ende

Im Jahre 1968 beschloß die Kultusministerkonferenz einstimmig, die Mengenlehre auch an Grundschulen einzuführen. In den 70er Jahren nahm die Auseinandersetzung um diese mathematische Methode die Form eines Glaubenskrieges an. Jetzt wird der Beschluß von 1968 wohl endgültig zu Grabe getragen.

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Aus dem Kultusministerium *Nordrhein-Westfalens* kommen jetzt zwei Meldungen, die für die anhaltende Misere deutscher Bildungspolitik mehr als charakteristisch sind. Meldung eins: An den Grundschulen Nordrhein-Westfalens werden die Mengenlehre und Mengensprache im Mathematikunterricht abgeschafft. Meldung zwei: In den Lehrplan der Grundschulen wird der Umgang mit Taschenrechnern aufgenommen.

Man muß diese beiden Entscheidungen von Kultusminister Hans Schwier (SPD) schon zusammen sehen, will man begreifen, daß die Bildungspolitik der meisten Bundesländer nach wie vor von der Hand in den Mund lebt. Mit einem Federstrich wird nämlich einerseits beseitigt, was einmal als bildungspolitische Revolution gefeiert wurde und Lehrer wie Schüler und Eltern eineinhalb Jahrzehnte lang den Angst- und Zorn-Schweiß auf die Stirn trieb. Und in der schwungvollen Gegenbewegung derselben Feder werden die positiven Wirkungen dieses späten Verzichts sofort wieder aufgehoben: Einfaches Rechnen lernen, begreifen, wie man mit den Zahlenvorgängen des Alltags umgeht – das darf man in NRW auch in Zukunft getrost ein paar vernünftigen Lehrern und Eltern überlassen.

Dabei vollzieht die erste der beiden Schwier-Entscheidungen, die Abschaffung der Mengenlehre, nur nach, was längst schulischer Alltag geworden war. Schon 1982 ergab eine dpa-Umfrage, daß in den meisten Bundesländern die sogenannte Neue Mathematik an den Grundschulen den Rückzug angetreten hatte. Nur noch Hessen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen hielten im Grundsatz daran fest.

Fast still und heimlich hatte die normative Kraft des Faktischen den Glaubenskrieg entschieden. Bis zur Mitte der 70er Jahre mußten sich selbst höchste deutsche Gerichte mit der Frage befassen, ob eine mathematische Methode mit den Grundrechten vereinbar war. Einer der großen Theoretiker den neuen mathematischen Didaktik, der kanadische Mathematikprofessor Zoltan Paul Dienes, gab den ideologischen Anstoß: „Anstatt die Kinder für eine autoritäre Gesellschaft vorzubereiten, sollten wir beginnen, sie in Wahrheit mehr für eine demokratische Gesellschaft zu erziehen. Wenn mathematische Diskussionen helfen können, unsere Art des Lebens und Denkens zu demokratisieren, dann ist das wahrhaft ein sehr wichtiger Grund, unseren Kindern Mathematik beizubringen.“ Dagegen hatten im Grundsatz wohl weder konservative noch progressive Eltern etwas einzuwenden.

Wogegen sie gemeinsam – und das hatten die Ideologen übersehen – etwas hatten, war das „Wie“? Sie fanden ihren prominentesten Fürsprecher wiederum in einem Amerikaner, den New Yorker Mathematikprofessor Morris Kline. Er erklärte die Mengenlehre in der Grundschule schlicht für „Quatsch“ und berief sich auf Pascal: „Versuche nicht zu beweisen, wenn das zu Beweisende offensichtlicher ist als der Beweis.“ Die Mengenlehre, um 1875 von dem Hallenser Professor Georg Cantor entwickelt, hat von Anfang an mit außermathematischen Vorbehalten zu kämpfen gehabt. Schon sein Lehrer, der Berliner Mathematiker Leopold Kronekker, nannte ihn einen „Verderber der Jugend“ und schrieb: „Die ganzen Zahlen hat der liebe Gott gemacht. Alles andere ist Menschenwerk.“

Die Bedeutung der Mengenlehre ist längst unbestritten. Für den Laien ist eigentlich nur wichtig zu wissen, daß sie von einem gewissen Kenntnisstand an Einblicke in die Strukturen der Mathematik entwickelt, Zusammenhäng einsichtig macht, die man früher nur auswendig lernen konnte. Ohne sie ist Informatik ebensowenig denkbar wie Wahrscheinlichkeitsrechnung und Statistik. Sie hat eine Kürzelsprache möglich gemacht, die im Zeitalter der Computer-Technik unverzichtbar wurde. Insofern hat ihre Einführung auf dem Gymnasium auch nie Widerspruch hervorgerufen.

Aber an den Grund- und Hauptschulen, wo es vor allem darauf ankommt, die Schüler sozusagen mit den handwerklichen Grundlagen der täglichen Rechenoperationen vertraut zu machen, ihnen grundsätzliche Einblicke in die aufsteigende Differenzierung der Mathematik (z. B. vom Addieren zum Mulitipizieren) zu geben, erschien und erscheint die Mengenlehre als eine „aufgepfropfte Verwissenschaftlichung“. Und erfahrene Pädagogen an weiterführenden Schulen merkten sehr schnell: Wenn die Kinder einmal die Grundrechenarten beherrschten, hatten sie längst die mengentheoretische Grundlage vergessen.

Aber die Mengenlehre an den Grundschulen war nicht nur weitgehend erfolglos, sie nahm auch die notwendige Zeit, zum Beispiel die Grundrechenarten einzuüben. Die Kinder waren mit dem Komplizierten beschäftigt und hatten sich noch nicht einmal des Einfachen vergewissert. Das Argument war wiederum ideologsich gefärbt: Man wollte schon in der Grundschule Chancengleichheit schaffen, wenn es später um die Wahl weiterer Bildungswege ging. Das Gegenteil wurde erreicht: Der Vorsprung begabter Kinder mit früh entwickeltem Differenzierungsvermögen wurde nur vergrößert. Ähnliches gilt noch heute für die Hauptschulen. Ohne Rücksicht darauf, daß die Begabungsreserven dort ausgeschöpft sind, treibt man die Schüler zur Beherrschung von Methoden, die sie weder begreifen noch später nutzen können.

Nun also dürfen sich auch in NRW alle Lehrer, Schüler und Eltern, die sich gegen die Mengenlehre so erbittert gewehrt haben, nachträglich wenigstens in der Gewißheit sonnen, recht gehabt zu haben. Ihnen hilft das freilich nicht mehr. Und die, denen die späte Erleuchtung des Herrn Schwier zugute kommen könnte? Ihnen wird mit der linken Hand genommen, was die rechte gab. Die Schüler sollen durch den Verzicht auf Mengenlehre künftig wieder die vier Grundrechenarten „mündlich und schriftlich sicher und geläufig ausführen und anwenden können“. Wie hilfreich ist ihnen dabei wohl die Einführung des Taschenrechners?

Ein Haus für die deutsch-japanische Zukunft

An einem der grünsten Punkte Berlins baut Japan seine alte kaiserliche Botschaft wieder auf. In der Ruine im imperialen NS-Stil entsteht das „Japanisch-Deutsche Forum Berlin“. Gestern wurden in Tokio die Verträge unterschrieben.

Von HANS-R. KARUTZ

Nahe der Philharmonie, dem Musentempel des Herbert von Karajan, nahe den neuen Museen der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ und inmitten wilden Gestrüpps an der nächtlichen Trippel-Meile bereitwilliger Damen liegt die Botschaftsruine. Über dem Portal leuchtet noch immer die goldene Chrysantheme auf himmelblauem Grund, das kaiserliche Staatswappen.

Der Sandsteinbau entstand auf dem Reißbrett von Hitlers Chefarchitekt Albert Speer.

Die noch immer eindrucksvolle, säulengestützte Fassade verbirgt jedoch ein verrottetes Innenleben: 1944 ging das Haus bei einem Angriff alliierter Bomber in Flammen auf. Rotarmisten ließen beim Einmarsch in Berlin später Teppiche und Gemälde auf Panje-Wägelchen verladen und rollten mit ihrer kostbaren Beute davon. Der aufwendig hergerichtete und mit einem speziellen Bunkersystem für den kaiserlichen Botschafter Oshima versehene Bau verfiel. Nur ein deutscher Hausmeister sah, vom Außenministerium in Tokio besoldet, nach dem Rechten.

Zehn Jahre dauerten die Bemühungen von Berliner und Bonner Seite, bis Tokio in den teuren Wiederaufbau einwilligte: 1974 sprach der damalige Regierende Bürgermeister Klaus Schütz (SPD) zum erstenmal den Wunsch aus, Japan möge die Ruine als Startsignal für eine Wiederbelebung des Tiergarten-Viertels wieder aufbauen. In Tokio kamen und gingen die Premiers, und Helmut Schmidt versuchte vergebens, die immobile Regierung im Fernen Osten für ihre Berlin-Immobilie zu begeistern.

Mit Helmut Kohl kam die Wende: Als er im Herbst 1983 das befreundete Land besuchte und Berlins Finanzsenator Gerhard Kunz bei Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone mit vorsprach, setzte sich der deutsch-japanische Zug endlich in Bewegung: „Wir haben den Berlinern dadurch Unannehmlichkeiten bereitet, daß die alte Japanische Botschaft immer noch ungenutzt herumsteht“, entschuldigte sich Nakasone gleichsam bei seinen Gästen.

Zugleich war er Feuer und Flamme für das umfangreichste und ehrgeizigste japanische Vorhaben auf deutschem Boden: „Noch aus meiner Schülerzeit ist mir der Begriff ‚Unter den Linden‘ im Ohr. Die deutsche Kultur ist für meine Generation zu einer Heimat des Herzens geworden.“

Ehe die Herzen sprachen, mußten zunächst jedoch so profane Dinge wie die Finanzen geklärt werden. Tokio erklärte sich bereit, die Wiederaufbaukosten von rund 35 Millionen Mark – andere Experten sagen 50 Millionen Mark voraus – aufzubringen. Den jährlichen Unterhalt von drei bis vier Millionen Mark teilen sich Bonn, Tokio und Berlin.

Wenn Berlin 1987 die Kerzen zum 750. Geburtstag anzündet, sollen die Gerüste an der Ruine fallen: Wo Hitlers Diplomaten das Parkett bevölkerten, sollen Ausstellungen, Lesungen, Tagungen und Kolloquien über Technologie, Wirtschaft und Wissenschaft von einer neuen und besseren deutsch-japanischen Zukunft künden.


Die Ruine wird bald Baustelle: Japans kaiserliche Botschaft
FOTO: STARK-OTTO

Spitzentechnologie im Vergleich: Warum die USA den Europäern voraus sind / Moderne Erziehung, mehr Forschung

Wer viel wagt, wird gefördert und gewinnt

Technikfeindlichkeit, Hang zu Gleichmacherei oder Angst vor Leistungsdruck sind dem amerikanischen Menschen fremd. Offenheit, Aufnahmebereitschaft, geistige Flexibilität, Innovationsfreude zeichnen ihn aus. Das aber ist der mentale Mutterboden, aus dem die Erfolge der Spitzentechnologie wie unzählige kleine Pilze in die Ära der dritten industriellen Revolution schießen. Lektion für Europa: Die alte Welt muß umdenken.

Von HORST-A. SIEBERT

Es gab einmal eine andere Zeit. So im 19. Jahrhundert, als sich Deutschland auf die Verfeinerung damaliger Spitzentechnologien konzentrierte und England in der Stahlerzeugung, der Chemie und im Maschinenbau hinter sich ließ. Daran und an die späteren Leistungen der deutschen Erfinder und Wirtschaft denken die Amerikaner heute etwas wehmütig zurück, wenn sie auf den wichtigsten Partner jenseits des Atlantiks blicken. Für Washington ist *technischer Fortschritt eine Frage* des Überlebens, und man hofft, daß die schon eingesetzte Korrektur der Werte zu raschen Erfolgen führt.

Heute weiß man, warum in Deutschland vor mehr als 100 Jahren die Industrialisierung geradezu explodierte: Das Erziehungs- und Bankensystem war dem englischen weit voraus, es war einfach moderner. Sucht man nach den Gründen für den Aufstieg der amerikanischen Halbleiter- und Computerindustrie, dann ist er mit dem vorausgegangenen riesigen Produktivitätsvorsprung insgesamt und pro Kopf in der Weiterverarbeitung zu erklären. Außerdem besaßen die USA nach 1945 das beste Erziehungssystem in der Welt. Es waren die Jahre, in denen die US-Bundesregierung die wissenschaftiche und technische Ausbildung sowie die Forschung an den Universitäten massiv zu fördern begann.

Das ist aber nur ein Teil der Voraussetzungen für technischen Fortschritt. Eine große Rolle spielen Forschung und Entwickhung im Verteidigungsbereich. Im Wettrennen um die Spitzenposition ist Deutschland zurückgefallen, weil es den Krieg verlor, wenig und spät in die Waffentechnik investierte und sich lange auf die USA verließ. „Wie in Großbritannien, aber nicht in Frankreich, wurde die Abhängigkeit von amerikanischer Militärtechnologie nicht als beschämend oder alarmierend empfunden", heißt es in einer Studie des American Enterprise Institute. Nicht zu vergessen ist der „brain drain" in den 30er Jahren und der zwangsweise Wissenstransfer nach 1945, zum Beispiel die Aktion „paper clip".

„Alles Neue ist in jedem Fall gut"

In den Vereinigten Staaten sind die ersten Schritte in die Technologie der Halbleiter, integrierten Schaltungen und Computer fast ausschließlich vom Pentagon und der Nasa, der Raumfahrt-Behörde, finanziert worden. Viele der Firmen, die Regierungsaufträge erhielten, dominieren heute die Privatmärkte. Die berühmte Boeing 707 ist die Weiterentwicklung eines für die US-Luftwaffe gebauten Tankflugzeuges. Die Radio Corporation of America wurde auf Drängen Washingtons gegründet, um die Radiotechnologie voranzutreiben.

Hinzu kommen jedoch andere, viel wichtigere Faktoren, ohne die es die technologische Dynamik in den USA in dieser ausgeprägten Form wohl nicht geben würde. Technikfeindlichkeit und andere ablehnende Schlagworte gehören nicht zum Sprachschatz des Amerikaners. Wie neue Menschen akzeptieren die Vereinigten Staaten alles Neue. Eine immer sichtbare Grundfreundlichkeit, Offenheit und Aufnahmebereitschaft sind die charakteristischen Merkmale des zudem immer noch reichen Landes. Das Klima ist ganz anders als in der Bundesrepublik; man hat den Eindruck, daß die Denker der Nation ständig über Schumpeters Innovationswellen nachsinnen.

Amerika akzeptiert erst einmal alles. „PCs", persönliche Computer, werden in gewaltigen Stückzahlen gekauft, und zwar nach der Devise „Alles Neue ist in jedem Fall gut". In den meisten Familien verstauben die Geräte bald, weil sich ja nur herausholen läßt, was man vorher eingespeichert hat. Die Gesellschaft ist nicht versteinert; der Erfolgsdruck in den Chefetagen der Unternehmen ist so groß, daß Hasenherzigkeit und Schlafmützigkeit im Management rare Erscheinungen sind. Dafür sorgen schon die Aktionäre, die hohe Dividenden sehen wollen.

In den USA fehlt der eschatologische Überbau, der jeden Fortschritt in Zweifel zieht. Jeder Amerikaner ist ständig gefordert – Altersvorsorge und Krankenversicherung zwingen zum Geldverdienen, da die Renten mäßig sind und es keine nationale Gesundheitsfürsorge in unserem Sinne gibt. Deshalb wird auch unter großen Opfern in die Ausbildung der Kinder investiert; wegen der hohen Studiengebühren – 14 000 Dollar oder umgerechnet 41 000 Mark sind das jährliche Minimum an privaten Spitzenuniversitäten – bummelt kaum ein Student, gute Noten garantieren bestbezahlte Jobs.

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, daß sich Amerikaner gern in wirtschaftliche Abenteuer stürzen. Der Markt ist riesig und scheint immer etwas abzuwerfen; Verbotsschilder sind unbekannt. Der Maßstab heißt Geld. Das „Make a buck" geschieht mit gutem Gewissen – ganz im Gegensatz zu Europa, wo auch die Gleichmacherei das Leistungsstreben zurückgeschnitten hat. In Amerika ist Geld das Zeichen des Erfolges, ausgedrückt auch im Mercedes vor der Tür. Die calvinische Auffassung, daß Wohlstand ein Zeichen Gottes für seine Zuneigung ist, motivierte die Pilgrimsväter, die 1620 in Plymouth landeten. In der Essenz gilt sie noch heute.

Auch die Konsequenzen sind in Amerika anders. Während in Europa die Pleite ein Schandfleck ist, sind in den USA mehrere Bruchlandungen erlaubt. Der Betreffende gilt eher als wagemutig, wenn er sich nicht allzu dumm angestellt hat. Das vergrößert natürlich die Bereitschaft zu investieren. Kein Zweifel, im Technologiesektor wird in Amerika noch die reine Form des Kapitalismus praktiziert, der den Beteiligten die Freiheit und damit die Fähigkeit verschafft zu wählen. Anders ausgedrückt: Man kann, wenn man will, die Pferde jederzeit wechseln, was seine Vitalität erklärt und besonders kleinen und mittleren Firmen zugute kommt.

Zum Verständnis innovativer Entwicklungen tragen die Medien bei, und zwar in großer Breite. Technische Themen auf den Frontseiten der Zeitungen und sogar als Aufmachungen sind häufig; die „New York Times" veröffentlicht jede Woche einen Wissenschaftsteil von hoher Qualität als eigenes Produkt. Die Informationsbehörde der Bundesregierung, die USIA, berichtet regelmäßig über die neuesten Produkte in Amerika. Minuziös beschrieben worden sind gerade der Raumflug der Fähre „Discovery" sowie die Einpflanzung des Affenherzes in Baby Fae. Trotz der Kritik wie im letzten Fall ist der Grundton immer positiv. So entsteht in Amerika der Konsens zwischen Technik und Gesellschaft; bis auf einen geringen Prozentsatz von Außenseitern ist sich die Nation in ihren technischen Zukunftszielen weitgehend einig.

Das gilt heute ohne Abstriche, nachdem Präsident Ronald Reagan die alten amerikanischen Werte wiederhergestellt und der Bevölkerung Mut und Zuversicht eingeimpft hat. Das war nach Watergate, Vietnam und den Jahren der Stagflation dringend notwendig. Das neue Selbstbewußtsein, ja, auch die Aufbruchsstimmung, die in den USA leicht auszumachen sind, werden die jetzige Innovationswelle noch höher schlagen lassen. Einmal reagiert Amerika auf die Forderung des Auslands, endlich zu führen. Zum anderen ist Chauvinismus – vorerst in milder Form – „in": Die Vereinigten Staaten sollen nach vorn marschieren und möglichst überall die Spitzenposition einnehmen. Die japanische Konkurrenz wird in der Konsumgüter-Elektronik und bei der Entwicklung des Supercomputers als so erdrückend empfunden, daß dabei technisches Know-how in den Mittelpunkt rückt. Vielleicht noch höher einzustufen ist die Sorge vor der militärischen Überlegenheit Moskaus.

Es lohnt sich, die Bedingungen abzuklopfen, unter denen die USA den technologischen Vorsprung erreichen oder ausbauen wollen. Washington, also der Staat, ist immer dabei:

Der Staat ist immer dabei

1. Im Haushaltsjahr 1984, das am 30. September endete, haben der amerikanische Bund und die Industrie ihre Aufwendungen für Wissenschaft, Forschung und technische Entwicklungen gegenüber 1983 um jeweils rund elf Prozent auf 44,7 und 50,4 Milliarden Dollar angehoben; die Hochschulen und Gemeinschaftsinstitute stellten 1,7 und 1,1 Milliarden Dollar – plus 5,2 und 7,6 Prozent – bereit.
2. Für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben standen mithin 98 Milliarden Dollar zur Verfügung, wovon Washington 46 und die Privatwirtschaft 54 Prozent bereitstellten. Verglichen mit 1974 machte die nominale Zunahme 197, die reale, also preisbereinigte Erhöhung 94,3 Prozent aus.
3. Von dem großen Batzen verwendete der Bund selbst elf Milliarden Dollar, in die Industrie flossen 73 Milliarden Dollar. Auf die Hochschulen und sonstigen Einrichtungen entfielen 8,4 und 5,6 Milliarden Dollar.
4. Die Dringlichkeit, die Legislative und Exekutive dem Militärkomplex beimessen, unterstreichen diese Zahlen: Er erhielt 30,2 Milliarden Dollar, nur ein Drittel der Steuergelder diente zivilen Projekten. Die Waffenentwicklung allein verschlang 25,6 Milliarden Dollar.
5. Bei der zivilen Verwendung der Fördermittel des amerikanischen Bundes – 15,7 Milliarden Dollar – rangierte die Gesundheitsfürsorge mit 5,1 Milliarden Dollar vorn. Es folgten Energie mit 2,8 sowie Raumfahrt und allgemeine Wissenschaft mit jeweils 1,9 Milliarden Dollar.

Nach dem Regierungsentwurf will Washington im laufenden Finanzjahr 1985 seine Forschungs- und Entwicklungsausgaben um 16,1 Prozent auf 54,3 Milliarden Dollar aufstocken. Dabei steigt der militärische Anteil um 25,5 Prozent auf 37,9, der zivile um 4,5 Prozent auf 16,4 Milliarden Dollar.



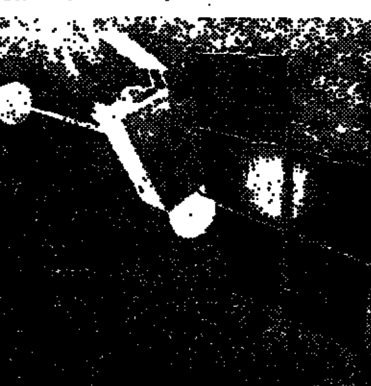


US-Spitzentechnologie:
Raumfähre – „Discovery" vor dem Start in Cape Canaveral.
Aufklärungsflugzeug – SR-71 Blackbird, 3400 km/h schnell.





US-Spitzentechnologie:
Herzverpflanzung – „Baby Fae", fünf Wochen alt, mit Pavianherz
Linienmaschine – Boeing 767, die US-Antwort auf Europas Airbus





US-Spitzentechnologie:
Nachrichtensatellit – punktgenau im Weltraum placiert
Mikrochip – 8000 Buchstaben auf der Fingerspitze FOTOS: DW

Priorität hat in diesem Bereich die Grundlagenforschung, während marktnahe Vorhaben, vor allem auf dem Gebiet der Energie, zunehmend den Privatunternehmen überlassen werden. Die Vergabe direkter Fördermittel erfolgt durch Aufträge; Kostenbeteiligungen oder Joint Ventures sind nicht üblich. Die Posten müssen jedes Jahr vom Kongreß neu beschlossen werden; eine mehrjährige Finanzplanung gibt es nicht.

Absolut wenden die USA für die Forschung und Entwicklung mehr auf als die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Japan zusammengenommen. Gemessen am Bruttosozialprodukt, sind es nahezu 2,7 Prozent – etwas weniger als in der Bundesrepublik und etwas mehr als in Großbritannien und Japan. 1978 war dieser Anteil auf 2,2 Prozent gesackt, was mit dem damals auch nominal schrumpfenden Verteidigungsetat einherging. Klammert man militärische und Raumfahrtprojekte aus, sinkt der amerikanische Forschungsanteil an der eigenen Wertschöpfung auf 1,9 Prozent, verglichen mit 2,6 in der Bundesrepublik und 2,5 Prozent in Japan.

Mit diesem Washingtoner Engagement hören die staatlichen Hilfen nicht auf: 1982 unterzeichnete Präsident Reagan den Small Business Innovation Research Act, der Kleinunternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten mit zusätzlichen Bundesgeldern ausstattet. Seit der Jahrhundertwende hat dieser Firmenkreis zwei Drittel aller Patente erhalten; er „produziert" 2,5mal so viele Innovationen je Mitarbeiter wie die Konzerne und macht sie zu einem Viertel der Kosten ein Jahr früher marktfähig. Mobilisiert worden ist dadurch ein großes Forschungspotential. Von den 1981 bestehenden kleinen „High-Tech"-Unternehmen haben 74 Prozent in ihren Anfangsjahren staatliche Forschungsaufträge durchgeführt; ohne diese Zuwendungen hätte die Hälfte nicht überleben können.

Nicht unterschätzt werden dürfen auch die indirekten Maßnahmen des amerikanischen Bundes zur Förderung der Forschung und Entwicklungsarbeiten. Sie lassen sich so zusammenfassen:

1. Auf 2,2 Milliarden Dollar verzichtet der US-Fiskus in diesem Jahr, indem er den Firmen erlaubt, innerhalb eines Jahres die Kosten für Personal und Material, die im Bereich Research und Development (R&D) anfallen, abzuschreiben. Für Bauten und Ausrüstungen wurde die Frist ebenfalls verkürzt.
2. Im Economic Recovery Tax Act von 1981 wurde die Steuergutschrift für Bau- und Ausrüstungsinvestitionen erhöht. Die Firmen können sofort 25 Prozent der R&D-Aufwendungen, die den Durchschnitt der Ausgaben in den vorausgegangenen drei Jahren übersteigen, absetzen. Zum doppelten Herstellungspreis dürfen überdies Universitäten geschenkte Geräte abgeschrieben werden. Steuerstundungen, die besonders dem „Newcomer" zugute kommen, verbilligen Bau- und Ausrüstungsinvestitionen um sechs bis zehn Prozent. Diese gesetzlichen Vorschriften sollen Ende 1985 auslaufen, werden aber mit Sicherheit verlängert.
3. Der Joint Research and Development Act nimmt Firmenzusammenschlüsse – auch mit Universitäten – zum Zwecke der gemeinsamen Forschung vom Kartellverbot aus. Gegründet wurden bereits die Semiconductor Research Cooperative, der Council for Chemical Research, das Center for Advanced Television Studies sowie die Microelectronics & Computer Technology Cooperation.

Wie diese nicht auf Gewinn gerichteten Joint Ventures operieren, zeigt das Beispiel des 1982 in Research Triangle Park in North Carolina angesiedelten Tochterunternehmens der Semiconductor Research Association. Die Zahl der Konsortialmitglieder beträgt etwa 35, darunter IBM, Motorola, Hewlett-Packard, Control Data, Digital Equipment, National Semiconductor, Intel, RCA und Rockwell International – also das Beste, was die amerikanische Elektronikindustrie zu bieten hat.

Führende Länder im High-Tech-Markt

Kategorie	Weltweites Handelsvolumen (in Mrd. $)	Anteil der fünf wichtigsten Exportländer (in %)			
Flugzeuge	27,2	USA	54	Frankreich	7
		BR Dtschld.	12	Italien	4
		Großbritann.	10	INSGESAMT	87
Telekommunikation	19,2	Japan	25	Großbritann.	7
		USA	16	Frankreich	5
		BR Dtschld.	10	INSGESAMT	63
Elektronische Datenverarbeitung	14,1	USA	35	Japan	6
		BR Dtschld.	10	Frankreich	6
		Großbritann.	9	INSGESAMT	66
Werkzeugmaschinen	12,0	BR Dtschld.	24	Italien	8
		Japan	15	Schweiz	7
		USA	13	INSGESAMT	67
Elektronische Büromaschinen	9,9	USA	45	Frankreich	9
		BR Dtschld.	11	Japan	8
		Großbritann.	9	INSGESAMT	80
Integrierte Schaltkreise	3,9	Japan	23	BR Dtschld.	11
		USA	19	Südkorea	9
		Singapur	17	INSGESAMT	79

Quelle: UN International Trade Statistics, 1981

„Silicon Valley" weckt den Neid

Die beteiligten Unternehmen, die im Technical Advisory Board vertreten sind, haben im Geschäftsjahr 1984 rund 13,5 Millionen Dollar aufgebracht. Das Minimum betrug 60 000 Dollar, der höchste Beitrag zehn Prozent des Budgets, wobei die jeweiligen Halbleiterumsätze zugrunde gelegt wurden. Finanziert werden 54 Forschungsprojekte an rund 40 amerikanischen Universitäten; an ihnen arbeiten nahezu 300 graduierte Studenten. Die Forschungsergebnisse müssen zwar veröffentlicht werden; die Konsortialmitglieder erhalten jedoch durch den sofortigen royaltyfreien Zugang zu den Patenten oder Copyrights einen Zeitvorsprung.

4. Der gerade von Präsident Reagan unterzeichnete Semiconductor Chip *Protection Act* verhindert die Raubzüge in fremde Gefilde, indem Halbleiter und integrierte Schaltungen dem US-Urheberrecht unterstellt werden.
5. Im Gespräch ist eine Verlängerung des Patentschutzes von 17 auf bis zu 50 Jahre. Durchzusetzen beginnt sich zudem die Praxis, die Patentrechte beim Empfänger der Staatsgelder zu belassen. Das fördert die Vorlaufforschung der Anbieter ebenso wie die langfristigen öffentlichen Ausschreibungen mit Produktspezifikationen.

Eingebracht in den 99. Kongreß, der am 20. Januar zusammentritt, wird eine Fülle neuer Gesetzentwürfe, die alle das Forschen in den USA erleichtern sollen. Gedacht ist beispielsweise an die gezielte Förderung von R&D-Zentren oder die Schaffung eines Marktes zweiter Ordnung, auf dem, von Washington garantiert, langfristige Anleihen für kleine und mittlere Unternehmen placiert werden könnten. In jedem Fall ist mit weiteren Anreizen Washingtons zu rechnen.

Zu Buch schlägt auch die Hilfe der US-Bundesstaaten, unter denen ein Wettrennen um eigene „Silicon Valleys" begonnen hat. Der Erfolg im ehemaligen Santa-Clara-Tal südlich von San Francisco, wo sich rund 3000 „High-Tech"-Firmen niedergelassen haben, weckt den Neid. Versüßt wird die Ansiedlung mit billigem Geld, Steuerbefreiungen und kostenlosen Grundstücken mit Infrastruktur. Inzwischen gibt es in Amerika etwa 150 R&D-Parks, von denen aber viele noch nicht florieren. Eine Übersättigung zeichnet sich ab. Um die US-Hauptstadt herum entstehen im Eiltempo Unternehmen, die sich mit Bio- und Informationstechnik befassen.

Ohne das Vorhandensein von Wagniskapital wäre die so hoch schlagende Innovationswelle in den Vereinigten Staaten nicht denkbar. Registriert sind mehr als 600 Venture-Capital-Firmen, darunter etwa 100 Tochtergesellschaften von Unternehmen, Brokerhäusern, Banken und Versicherungen. Seit Mitte der 70er Jahre haben sie rund zwölf Milliarden Dollar für Risikoinvestitionen lockergemacht. Auslöser waren die 1978 erfolgte Reduzierung der Kapitalgewinnsteuer um 50 Prozent und die spätere Erlaubnis für Pensionsfonds, in noch nicht etablierte Gesellschaften zu investieren. Nach einer Schätzung der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York lassen sich durchaus Renditen von 20 bis 30 Prozent und mehr erwirtschaften, wenn die Pakete gut gemischt sind.

Nach einer Faustregel führt ein Drittel der Venture-Beteiligungen zu außergewöhnlichen Gewinnen, ein weiteres Drittel wirft normale bis kleinere Gewinne ab, der Rest ist Mißerfolg. In den USA spricht man dann von Wagniskapital, wenn die Beteiligungen auf fünf bis zehn Jahre ausgelegt sind und der Kapitalgeber grundsätzlich zu Nachschüssen bereit ist. Immer muß es sich um sehr junge Unternehmen mit innovativem Wachstumspotential handeln.

Folgt man der Kammer-Studie, dann kommen in der Regel anonyme Kapitalanleger nicht zum Zuge. Die Venture-Capital-Firma greift vielmehr aktiv und beratend in das Management des Unternehmens ein, um die erhoffte Rendite auch zu erreichen. Wer also Risikokapital aufnimmt, verliert an Unabhängigkeit. Die Börseneinführung erfolgt erst, wenn die junge Firma sicher im Markt verankert ist. Bei Emissionen der Aktien winken enorme Gewinne, da sich der Wert der ursprünglichen Unternehmensanteile häufig vervielfacht.

Kapitalbasis und Erziehungssystem waren im 19. Jahrhundert, wie schon erwähnt, die Voraussetzung dafür, daß Deutschland das industriestarke England überholen konnte. In den USA wirkt diese Kombination ebenfalls wieder als Motor. Der nationale Aufbruch schließt Schüler und Lehrer mit ein, die Anforderungen mit Schwerpunkt Mathematik und Naturwissenschaften wachsen. Der Nationalen Stiftung für Wissenschaft wurde die Technik als Förderungsaufgabe zugewiesen. Zu Brutstätten des „High Tech" haben sich die Universitäten entwickelt, in deren Nähe sich die meisten R&D-Firmen niederlassen.

Unter den amerikanischen Hochschulen herrscht ein scharfer Wettbewerb; hart wird um die Forschungsaufträge des Staates und der Industrie gerungen. Jeder Abschluß erhöht das Ansehen der Fakultät, lockt gute Leute an. Die Professoren, nicht auf Lebenszeit angestellt und nur mit zeitlich befristeten Verträgen ausgestattet, sind eher Manager, die auf diese Weise viel Geld verdienen.

Hinzu kommt dies: Arbeitsplatzwechsel sind in den USA die Regel und nicht die Ausnahme. Das überträgt Erfahrungswissen. Wer an einem Job in noch jungen Jahren zu lange kleben bleibt, gilt als unbeweglich. Selbständigkeit ist immer das Ziel: Von den 750 Betriebswirten, die 1982 an der Harvard Business School ihr Examen ablegten, werden zum Beispiel 85 Prozent eine eigene Firma gründen. Die Gewerkschaften, deren Einfluß ohnehin abgenommen hat, stehen den Innovationen nicht mehr ablehnend gegenüber; als Beweis dienen die jüngsten Tarifverträge mit General Motors und Ford. Ihr Anpassungszwang zeigte sich auch in den Lohnkonzessionen während der letzten Rezession.

Nach einer groben amtlichen Rechnung addieren sich die jährlichen Umsätze in Spitzentechnologien in Amerika auf 200 bis 400 Milliarden Dollar. Das sind etwa sechs bis zwölf Prozent des US-Bruttosozialprodukts. Je nach Abgrenzung sind bei den „High-Tech"-Unternehmen drei bis sechs Millionen Menschen beschäftigt. Bis 1993 wächst ihre Zahl um weitere zwei bis vier Millionen.

Deutsche gelten als eingeschlafen

Die USA führen in den Bereichen Halbleiter und Rechner sowie Biotechnik, wobei sich dieser Vorsprung jedoch auf die Grundlagenforschung und die Marktanwendung beschränkt. Bei Werkstoffen ist ein Urteil schwieriger; man sieht auch noch nicht, in welche Richtung die Amerikaner marschieren.

Der Eindruck ist vermittelt worden, als hätten die USA die Bundesrepublik als Mitbewerber um die spitzentechnologischen Lorbeeren schon abgeschrieben. Er ist falsch. Das „Made in Germany" wird immer noch stark beachtet, wegen des dezentralisierten Aufbaus gilt die Grundstruktur der deutschen Forschung als gesund. Was stört, ist das Gefummel, der ständige Pessimismus, der Mangel an Zuversicht. Wir gelten nur als eingeschlafen und konzentrieren uns zu sehr auf Altindustrien wie Stahl und Werften.

Ein Problem besteht auch darin, daß sich die Deutschen schlecht verkaufen, während die Japaner beim Vorzeigen technologischer Fortschritte gern hochstapeln. Die Biotechnik ist ein Beispiel. Der Deutschen Botschaft in Washington steht hervorragendes Werbematerial zur Verfügung, aber nicht in Englisch. Aus US-Sicht muß die Hochschulreform in der Bundesrepublik rückgängig gemacht werden; damit verschwinden auch Nivellierung, Studentenschwemme und Mittelmaß.

Deutsche Akademiker drängen noch immer in die USA, weil dort die Chancen größer sind; es geht unkonventioneller zu, Ideen können eher verwirklicht werden. Aber dieser „brain drain" läßt nach. Festzustellen ist sogar eine Wanderung amerikanischer Hochenergiephysiker zum europäischen Forschungszentrum CERN. Hohe Noten erhalten der Werkzeugmaschinenbau und die Pharmaindustrie in der Bundesrepublik. Dennoch: Wenn in den Vereinigten Staaten 100 forschen, sind es in Deutschland vielleicht drei.

Gerhardt als FDP-Chef ins Gespräch gebracht

Rainer Brüderle: Doch vorerst Bangemann wählen

Nea. Mainz

Neue Akzente in der Führungsdiskussion der FDP setzt Rainer Brüderle, der Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz. Er schlägt seinen hessischen Kollegen Wolfgang Gerhardt nicht nur als Nachfolger für Jürgen Morlok im Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei vor, sondern hält Gerhardt auch „für einen Mann, der eines Tages auch für den Bundesvorsitz in Betracht kommt".

Seine hohe Einschätzung des hessischen FDP-Vorsitzenden begründet Brüderle mit der „imponierenden Weise", in der Gerhardt die hessische Partei in schwieriger Lage konsolidiert habe, und mit dem „hohen Verantwortungsbewußtsein", aus dem sein Kollege sich bereiterklärt habe, für den Landeshaushaltsentwurf des hessischen Regierungschefs Holger Börner zu stimmen, falls in Hessen das rot-grüne Bündnis scheitert und im Haushalt „liberale Grundsätze" verwirklicht werden.

Vorerst jedoch bekräftigt auch Brüderle, daß Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann wie geplant als Nachfolger von Hans-Dietrich Genscher zum neuen FDP-Bundesvorsitzenden gewählt wird. Allerdings neigt er zu der auch an der Basis häufig diskutierten Meinung, daß auf dem Bundesparteitag der FDP am 23./24. Februar in Saarbrükken gleich die gesamte Führungsspitze der Partei neu gewählt werden sollte. Es sei das Hauptproblem des Bundes-FDP, daß es an der Spitze noch nicht gelungen sei, ein „Klima des Vertrauens und ein Mannschaftsgefühl" zu schaffen.

Auch Brüderle befürwortet eine finanzielle Offenlegungspflicht für alle Abgeordneten, obwohl er gewisse damit verbundene Gefahren einräumt. Wichtiger sei jedoch die Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in die Politiker. Erst, wenn die gegenwärtigen Affären „einigermaßen glaubwürdig überstanden" sind, werde es möglich sein, dem Wähler die Erfolge der neuen Bundesregierung deutlich zu machen.

Bonn prüft Mißhandlung von „DDR"-Häftlingen

Regierung bringt das Thema in Ottawa zur Sprache

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Bundesregierung wird die schlechte Behandlung von Häftlingen in den Strafanstalten der „DDR", darunter auch solche aus der Bundesrepublik Deutschland, anläßlich der nächsten Menschenrechts-Konferenz unter Teilnahme von 35 Staaten in Ottawa auf die Tagesordnung bringen.

Dies erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig, anläßlich der Fragestunde des Bundestages am Mittwoch in Bonn. Ausgangspunkt für die Antwort war eine Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten Claus Jäger (Wangen), der wissen wollte, ob es zutreffe, daß nach den Erkenntnissen der Bundesregierung in diesem Jahr rechtswidrige Übergriffe des Anstaltspersonals in den „DDR"-Haftanstalten gegenüber politischen Häftlingen „wieder erheblich zugenommen haben".

Jäger nannte in seiner Anfrage dabei folgende Tatbestände: das Prügeln von Gefangenen, ihr Anketten an das Zellengitter, Psycho-Terror bis zum Selbstmord, Nachverurteilung während der Haft für nicht strafbare Handlungen, wie die Beratung von Mithäftlingen in Ausreiseangelegenheiten, sowie das Unversorgtseinlassen im Erkrankungsfall mit der Folge mehrerer Herztode. Außerdem wollte Jäger wissen, wie die Bundesregierung diese Entwicklung in der Behandlung politischer Häftlinge in der „DDR" beurteilt.

Staatssekretär Hennig erklärte dazu, eine Zunahme solcher bekanntgewordenen Quälereien liege im Jahre 1984 im Vergleich zu vorangegangenen Jahren nicht vor. Die Bundesregierung prüfe sehr sorgfältig solche Vorkommnisse und verurteile sie genauso, wie Menschenrechtsverletzungen anderswo. In jedem geprüften Falle werde die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter zur Sammlung solchen Materials eingeschaltet.

Zur medizinischen Versorgung der politischen Gefangenen in der „DDR" sagte Hennig, leider sei diese insgesamt so schlecht, wie auch in allen Anstalten für normale Strafgefangene im anderen Deutschland, dies liege „im Gesamtsystem". Man versuche durch Befragung jedes entlassenen Häftlings, der in die Bundesrepublik gelange, Einzelheiten über solche Mißstände zu erfahren, um sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit an der richtigen Stelle vorbringen zu können.

Abgeordnete der SPD forderten den Parlamentarischen Staatssekretär und den Fragesteller Jäger auf, den Sachverhalt in jedem Falle in vertraulicher Sitzung des Innerdeutschen Ausschusses des Bundestages zu beraten, ehe man dies zum Gegenstand von Darlegungen in öffentlicher Sitzung im Parlament mache.

Der SPD-Abgeordnete Georg Schlage fragte in diesem Zusammenhang, ob der Bundesregierung bekannt sei, daß aufgrund von Erklärungen, wonach Bonn künftig für den Austausch von Häftlingen weniger Geld pro Kopf bezahlen wolle, mehr Personen in der „DDR" verhaftet wurden, als das ohne solche Bekundungen geschehe.

Hackordnung auf der Anklagebank

WERNER KAHL, Frankfurt

Mit erhobener Rechter, drei Finger gespreizt, grüßte die jugendliche Claque von etwa 60 Zuhörern im Saal der Frankfurter Justiz ihren aus Frankreich abgeschobenen „Führer". Pyramidenartig hatte sich fast die gleiche Anzahl Fotografen, Kameraleute des Fernsehens und Reporter vor der Anklagebank auf Tischen und Stühlen postiert. So wurde gestern vor der 23. Großen Strafkammer des Frankfurter Landgerichts der Prozeß gegen den ehemaligen Organisationsleiter der 1983 verbotenen Sammelbewegung „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA), Michael Kühnen, und dessen hessischen Gesinnungsgenossen Arnd Heinz Marx, eröffnet.

Der Prozeß gegen die Neonazis sollte eigentlich schon im Februar diese Jahres stattfinden. Doch wenige Tage vor der Eröffnung türmte „Führer" Kühnen ins Ausland. Über diese Flucht via Schweiz nach Frankreich zeigten sich nicht wenige seiner Sympathisanten enttäuscht, auch wenn der fanatische Hitler-Verehrer über die Hamburger Illustrierte „Stern" und das Fernsehen schließlich Lebenszeichen aus einem Versteck, die als Durchhalteparolen verstanden werden sollten, über den Rhein sandte.

Gestern wurden dem 29jährigen Kühnen mehrere Anklageschriften der Frankfurter und Flensburger Justiz verlesen. Dem Rechtsradikalen wird unter anderem Propaganda und Werbung für eine Nachfolgeorganisation der NSDAP vorgeworfen. Staatsanwalt Volkmar Schneider: „Die ANS/NA versteht sich als legaler Arm der NS-Bewegung der neuen Generation und zugleich als Arm der SA." Außerdem propgarierte Kühnen die „Neugründung der NSDAP".

Nach Verbüßung einer vierjährigen Freiheitsstrafe hatte sich Kühnen – von der Hamburger Justiz offenbar toleriert – über die gerichtliche Weisung hinweggesetzt, sich während seiner fünfjährigen Bewährungszeit von bestimmten nationalsozialistischen Aktivisten fernzuhalten. Die Justiz verhöhnte er als „schlapp".

Auf der Anklagebank galt gestern die Hackordnung. Marx, vom Richter zuerst gefragt, ob er aussagen wolle, schaute auf Kühnen. „Mein Führer, was ist..." Kühnen hatte Marx vorübergehend aus der Bewegung verstoßen, weil dieser junge Neonazis auf sich vereidigt hatte. Gestern schloß sich der als Scharfmacher in den eigenen Reihen bekannte 27jährige Rechtsradikale gehorsamst seinem „Führer" an, der aussagen will. Der Prozeß wird fortgesetzt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Muß Prozeß um „Hitler-Tagebücher" noch einmal von vorne beginnen?

Vorerst wird weiter verhandelt / Heute Ex-Ressortleiter des „Stern" im Zeugenstand

UWE BAHNSEN, Hamburg

Auch der Prozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher ist jetzt durch eine Besetzungsrüge belastet. Der Verteidiger des wegen Betruges angeklagten früheren „Stern"-Reporters Gerd Heidemann, Rechtsanwalt Reinhard Daum, hat die Große Strafkammer II des Hamburger Landgerichts aufgefordert, von Amts wegen zu prüfen, ob ihre Schöffen rechtmäßig gewählt worden sind. Mit der gleichen Begründung wie die Verteidiger im Strafverfahren gegen die Rockergruppe „Hell's Angels" rügte Daum die nach seiner Auffassung formfehlerhafte Schöffenbesetzung.

Nach seiner Kenntnis, so erklärte der Anwalt, seien die ehrenamtlichen Richter zum Teil überhaupt nicht gewählt, sondern nach einem Zählrhythmus bestimmt worden, und im übrigen sei die Wahl der Hauptschöffen in rechtswidriger Weise nicht von dem Landesparlament, der Bürgerschaft, sondern von den Bezirksversammlungen vorgenommen worden. Sollte das Gericht dem Antrag der Verteidigung folgen, so müßte der gesamte Prozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher wiederholt werden. Der Vorsitzende der Großen Strafkammer II, Hans-Ulrich Schröder, erklärte zu dem Antrag Daums, die Kammer wolle zunächst weiter verhandeln, um genügend Zeit für eine sorgfältige Prüfung des Antrages zu haben.

Das Gericht wird also vorerst an seinem bisherigen Zeitplan festhalten und heute vormittag eine der Schlüsselfiguren des Tagebuch-Skandals, den früheren Ressortleiter für Zeitgeschichte im „Stern", Thomas Walde, vernehmen. Der Journalist, der vor rund einem Jahr aus der Redaktion der Illustrierten ausschied, war der unmittelbare Vorgesetzte des damaligen „Stern"-Reporters und Tagebuch-Beschaffers Gerd Heidemann, der sich jetzt ebenso wie der Tagebuch-Fälscher Konrad Kujau vor Gericht verantworten muß. Walde war nach Abschluß entsprechender Verträge mit dem Verlag Gruner + Jahr, die an der damaligen Chefredaktion des „Stern" vorbei geschlossen worden waren, unmittelbar mit der Bearbeitung der Tagebücher befaßt und sollte auch an den erhofften Einnahmen beteiligt werden.

Gemeinsam mit Heidemann hatte Walde im November 1980 in Börnersdorf nahe Dresden den Absturz einer Maschine der Führerflugstaffel im April 1945 recherchiert, aus deren Ladung die Hitler-Tagebücher angeblich geborgen worden sein sollten. Dabei hatten die Journalisten die Unterstützung des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit, das die beiden MfS-Mitarbeiter namens Zabern und Buchner als „Reisebegleiter" abstellte.

Von den Aussagen Waldes, für dessen Vernehmung drei volle Verhandlungstage angesetzt sind, erhofft sich die Strafkammer insbesondere Aufschluß darüber, wann vor der öffentlichen Präsentation der vermeintlichen Tagebücher am 25. April 1983 welche Verdachtsmomente auf Fälschungen vorlagen und wie konkret sie waren. Es geht in diesem Zusammenhang insbesondere um Hinweise des Bundeskriminalamtes auf gefälschte Dokumente aus der „Fundmasse Börnersdorf".

Nach der Darstellung des Abteilungspräsidenten beim Bundeskriminalamt, Wolfgang Steinke, haben Experten des BKA gegenüber Heidemann, der mit zwei Vertretern des Bundesarchivs am 28. März 1983 das BKA besucht habe, von neun Dokumenten aus dieser Fundmasse fünf als mit Sicherheit und drei als wahrscheinlich gefälscht bezeichnet. Dieser Befund sei noch während der Besprechung Walde telefonisch nach Hamburg übermittelt worden.

Bei den drei Dokumenten, deren Fälschung nicht einwandfrei geklärt war, ging es um den Verdacht auf Blankophore, optische Aufheller, die erst nach Kriegsende in der Papierproduktion verwendet wurden. Umstritten ist, ob, wann und in welcher Form Walde die Tatbestände, die er vom Bundeskriminalamt erfahren hatte, an die damaligen „Stern"-Chefredakteure Peter Koch und Felix Schmidt und an den Vorstand des Verlagshauses Gruner + Jahr weitergegeben hat. Immerhin hat Walde jedoch noch vor der Veröffentlichung der Tagebücher im „Stern" chemische Papieranalysen veranlaßt.

Wer darf Schöffen einsetzen?

HORST DALCHOW, Hamburg

Das vorläufige Ende des Strafverfahrens gegen 14 Mitglieder der als kriminell eingestuften Rockergruppe „Hell's Angels" hat vor allem in Hamburg großes Aufsehen erregt, weil durch die Entscheidung des Gerichts indirekt das hier übliche System der Schöffenwahl in Frage gestellt wurde. Die Angeklagten im Alter von 28 bis 36 Jahren sollten sich vor der Großen Strafkammer 7 des Landgerichts wegen zahlreicher, überwiegend gewalttätiger Delikte verantworten. Ihre 28 Pflichtverteidiger erzwangen jedoch bereits am ersten Verhandlungstag eine zunächst einwöchige Unterbrechung des Prozesses. Die Kammer mußte das Verfahren, dessen Ende ohnehin unabsehbar war, vertagen.

Als nächster Termin war der heutige Donnerstag vorgesehen. Während dieser Verhandlungspause sollte und wollte das Gericht über die Rechtmäßigkeit seiner eigenen Zusammensetzung befinden. Es war mit einer in der Geschichte der hanseatischen Strafjustiz bisher einmaligen Besetzungsrüge konfrontiert worden. Nach Auffassung der Verteidiger waren die Schöffen nämlich nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gewählt worden. Schon am Sonntag sah sich der Vorsitzende des Schöffen-Wahlausschusses, Amtsgerichtspräsident Horst Möller, zu einer Erklärung gezwungen. Danach sind alle Schöffen für die Amtsgerichte und das Landgericht bereits im Oktober 1980 für vier Jahre aus einer Liste ausgesucht, jedoch nicht nach ihrer Persönlichkeit gewählt worden.

Dieses umfassende Eingeständnis geht weit über den Rahmen des aktuellen Verfahrens hinaus. Die Verteidiger der 14 „Hell's Angels" hatten lediglich bemängelt, daß die beiden Laienrichter der Strafkammer nach plötzlicher Erkrankung ihrer Vorgänger „eher ausgelost als gewählt" worden seien. Sicherheitshalber wurde in dem Antrag der 28 Verteidiger auch das ganze System der Schöffenwahl in Frage gestellt: Nach dem Gerichtsverfassungsgesetz müßten Schöffen von der „Gemeinde", also den gewählten Vertretern des Stadtstaates, aufgestellt werden. In Hamburg werden die Listen jedoch schon seit Mitte der fünfziger Jahre jeweils von einem der sieben Bezirksparlamente erstellt. Die Verteidiger untermauerten ihre Auslegung des Gesetzes mit zahlreichen Zitaten aus der juristischen Literatur.

Die Justizbehörde vertritt dagegen nach wie vor die Meinung, daß die gewählten Vertreter der Bezirksparlamente „sehr wohl die jeweilige Gemeinde repräsentieren". Im übrigen bedeute die Entscheidung der Großen Strafkammer 7 nicht ohne weiteres, daß auch andere mit Schöffen besetzte Strafverfahren nun abgesetzt werden müßten. Jedes „mit einer derartigen Besetzungsrüge befaßte Gericht" habe in eigener Zuständigkeit zu entscheiden.

Der Vorsitzende Richter in dem bislang aufwendigsten Prozeß der Hamburger Strafjustiz hat mit seiner Entscheidung dem Risiko vorgebeugt, der Verteidigung einen möglichen Revisionsgrund zu liefern. Die Kammer hat für einen Neubeginn des Verfahrens den Januar 1985 vorgesehen. Noch ist indes nicht abzusehen, ob dieser Termin angesichts der komplizierten Verfahrensfragen eingehalten werden kann. Zudem ist so gut wie sicher, daß die Verteidiger den acht Angeklagten, die sich seit dem 11. August 1983 in Untersuchungshaft befinden, unverzüglich eine Überprüfung der Haftgründe beantragen werden.

Vorwurf der „Kontaktsperre" zurückgewiesen

AP, Bonn

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Ludwig Rehlinger, hat sich in Bonn bei einem Gespräch mit Vertretern der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) gegen den Vorwurf der IGfM verwahrt, die Bundesregierung habe gegen die „DDR"-Flüchtlinge in der Prager Botschaft der Bundesrepublik eine „Kontaktsperre" verhängt. Diese hätten eingesehen, so Rehlinger nach Angaben der IGfM, daß sie in der „nun einmal gegebenen Situation nicht normal mit der Außenwelt kommunizieren" könnten. In dem Gespräch sei in einigen Punkten keine Übereinstimmung erzielt worden.

FDP-Mitbegründer Bezold gestorben

AP, München

Der Mitbegründer der FDP und ehemalige bayerische Innenminister Otto Bezold ist gestern im Alter von 85 Jahren gestorben, teilte die Landesleitung der FDP in München mit. Bezold, der auch Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr war, gehörte dem Bayerischen Landtag mit Unterbrechungen von 1946 bis 1974 an.

USA: Warum liefert Moskau jetzt die Waffen?

SAD/DW. **Washington/Managua**

Im Konflikt zwischen den USA und Nicaragua hat Washington den Verdacht geäußert, Managua führe etwas gegen die Nachbarländer Honduras und El Salvador „im Schilde". Der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, Michael Burch, sagte, im Falle eines nicaraguanischen Angriffs auf diese Länder würden die USA „militärischen Beistand" leisten. Auf die Frage, ob ein derartiger „Beistand" auch die Entsendung amerikanischer Truppen in die betreffenden Länder bedeute, ging Burch nicht ein.

Der Sprecher räumte ein, daß das amerikanische Verteidigungsministerium „keine stichhaltigen Beweise" für eine mögliche Invasion Nicaraguas in die Nachbarländer habe. Die „Quantität und Qualität" der in Nicaragua eintreffenden Waffen übertreffe jedoch bei weitem das für Verteidigungszwecke erforderliche Maß. Es sei „diese allgemeine Aufrüstung", die die USA beunruhigten.

In Washington rätselt man über die Motive der sowjetischen Waffenlieferungen zum jetzigen Zeitpunkt. Die Kreml-Führung habe wissen müssen, so heißt es, daß sie den neugewählten amerikanischen Präsidenten auf eine nahezu unzumutbare Weise herausfordere. Washington zeigt sich vor allem deshalb betroffen, weil die Waffenlieferungen in einem auffälligen Gegensatz zu den Hoffnungen auf eine Wiederaufnahme des amerikanisch-sowjetischen Dialogs stehen, die durch jüngste Äußerungen der sowjetischen Führung genährt wurden. Den Verantwortlichen in Moskau müßte klar sein, daß es die Spannungen in Mittelamerika zwangsläufig dem amerikanischen Präsidenten erschwerten, einen Kurs der Verständigung auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle zu steuern.

Erneut erinnerte ein Mitarbeiter Reagans an das Beispiel Kuba. Auch 1962 habe Moskau beträchtliche Waffenmengen nach Havanna geliefert. Obwohl die sowjetischen Raketen auf Druck der USA wieder abgezogen worden seien, habe man die Voraussetzungen für die bis heute dauernde Präsenz Moskaus vor der amerikanischen Küste geschaffen. Auch heute sei zu befürchten, daß mit den Lieferungen an Nicaragua eine ähnliche „Hebelwirkung" bezweckt werde.

Bonns EG-Politik birgt so manches Ungeschick

Mangelhafte interne Abstimmung / Uneinig auch die Partner

HORST STEIN, **Brüssel**

In den Brüsseler EG-Konferenzsälen macht sich wieder einmal der Geist der Resignation breit. Nachdem die Franzosen die jüngsten Milchmarktregelungen mit einem Schulterzucken für vorläufig nicht vollstreckbar erklärten, gilt die Feststellung allgemein, daß sich die EG nur deshalb noch bewegt, weil sie auf der Stelle tritt. Die diversen Ministerräte, vorwiegend Außen, Innen und Agrar, laufen allenfalls mal im Kreis, um die Illusion zu nähren, sie kämen voran.

Gelegentlich überrundet sich die Runde dabei sogar selbst. Dies war jetzt im siebenten Jahr seit der Anmeldung des spanischen Beitrittsbegehrens, einmal mehr zu sehen. Die vereinte Entschlußkraft der Gremien und Delegationen reichte nicht hin, in fünf langen Stunden die oft schon erörterte Frage zu klären, wann denn die spanisch-portugiesische Atlantik-Sardine gegen die vorwiegend italienische Mittelmeer-Sardine ankonkurrieren darf. Oder wann Spanier und Portugiesen *ihre* Fischgründe den *nördlichen* Nachbarn öffnen müssen, vom noch gewaltigeren Problem, der spanischen Weinproduktion, ganz zu schweigen.

Hier dringen Deutsche und Franzosen auf eine „glasklare Regelung" vor dem Beitritt, während Italiener und Griechen möglichst vage abreden wollen. Zusammen mit den beiden Neulingen hätten die Südstaaten nämlich dann eine Sperrminorität und könnten die anderen EG-Partner notfalls erpressen.

Nationale Kriterien

Selbst früher ausgehandelte Regelungen wie das Wohnland-Prinzip sind sogar wieder in Frage gestellt. Die Spanier „wollen es nicht schlukken", so war aus Kreisen der deutschen Delegation zu vernehmen, daß die im Heimatland verbliebenen Kinder von Gastarbeitern Kindergeld nur nach ihren nationalen Kriterien erhalten sollen. Sie fordern also die Alimentierung zu den Bedingungen des Schlichtungslandes.

Die Bonner, die sich dem nicht zuletzt der Türken wegen lange widersetzten, finden nun, auf einmal, nichts mehr dabei. „Das kostet doch maximal zwei Millionen", hieß es; „etwas mehr als ein ‚Barzel'", wie ein Offizieller inoffiziell spöttisch formulierte.

EG-Beobachter fragen sich nun: Ist das eine Auffangposition im Kontext einer vorbedachten Bonner Verhandlungsstrategie oder nichts weiter als der Ausdruck von Ungeschick. Gerade die besten Kenner der Materie neigen dazu, daß letztere anzunehmen. Sie glauben nicht mehr daran, daß es gelingen wird, den Beitrittstermin (1. 1. 1986) einzuhalten, für den sich insbesondere Bundesaußenminister Genscher eben jetzt weit aus dem Fenster gelehnt hat. Sie rechnen allenfalls damit, daß Bonn sehenden Auges fünf teuren Formelkompromissen zustimmen wird.

Finanziell am Ende

Eine andere Bonner Pleite ist fast schon gewiß: Das Paket des Stuttgarter Gipfels – Einsparungen, Vereinbarungen über die höhe des britischen Beitrages, *ferner die Erhöhung der EG-Finanzmittel zum* 1.1.1986 und die gleichzeitige Aufnahme Lissabons und Madrid, dieses in den beiden letzten Punkten von Genscher noch gestern verteidigte Junktim, wird wohl in den Verhandlungen der nächsten Monate unter dem ständig zunehmenden Zeitdruck zerrieben werden. Schon jetzt wird allen deutlich, daß die bisherigen Einnahmen der Gemeinschaft spätestens im September 1985 ausgegeben sein werden. Ohne Nachschüsse und ohne Erhöhung für 1986 wäre die EG am Ende.

Unbestreitbar macht jedes Bonner Ressort seine eigene Europa-Politik. So, sagt man hier, lief Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle ins Messer, als er das Plazet der Gemeinschaft für einen Bonner Bonus an die Moselwinzer einholen wollte, nachdem das Bundeskabinett zuvor schon im nationalen Alleingang die Subventionen der Landwirtschaft eigenmächtig erhöht hatte. Außenminister Genscher wiederum bekrittelte Anfang Oktober heftig ein Sparpapier, das sein Finanzkollege Stoltenberg mit den EG-Partnern ausgehandelt hatte. Abstimmungsmängel so weit das Auge reicht – bis hin zu den rheinischen Ungeschicklichkeiten in der Umsetzung des Themas Katalysator-Auto auf der europäischen Ebene.

Paris schweigt über Wechsel Cheyssons

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Gerüchte in der Pariser Presse, wonach eine Ablösung des französischen Außenministers Claude Cheysson durch den bisherigen Europaminister Roland Dumas unmittelbar bevorstehe, werden im Pariser Außenministerium weder bestätigt noch dementiert. Cheysson selbst hatte sich bereits am Dienstag darüber ausgeschwiegen, als ihn Journalisten in Brüssel nach den Gerüchten gefragt hatten.

Pariser diplomatische Kreise rechnen damit, daß mit einer endgültigen Bestätigung durch den Elysée Palast nicht vor Anfang Dezember zu rechnen ist. Der bisherige Minister soll angeblich neben Jacques Delors, dem künftigen Kommissionspräsidenten, den Posten des zweiten französischen Mitglieds der Brüsseler Kommission einnehmen. Cheysson bekleidete einen solchen Posten schon von 1976–1982.

Cheysson war seit der Bildung der ersten *sozialistischen* Regierung im Juni 1981 im Amt. Er gehört der Sozialistischen Partei an, stand aber nie in einer persönlich engen Beziehung zu dem langjährigen Parteichef Mitterrand. Auch während seiner Amtszeit drang er nicht in den engeren Kreis um den Staatspräsidenten ein, zu dem er nüchterne geschäftsbezogene Beziehungen unterhielt.

Cheysson war bekannt für sein offenes Wort und für manchen Lapsus, den einige seinem heißblütigen Temperament, andere seiner Lust am Lancieren von Versuchsballons zuschrieben. Mitterrand soll sich dieser „Ausfälle" seines Außenministers zuweilen bedient haben, um die Gegenseiten zu testen und schwierige Entscheidungsprozesse voranzubringen.

Roland Dumas dagegen gehört seit Jahren zum engsten Freundeskreis Mitterrands. Als Europaminister zuletzt in Personaleinheit mit dem Posten des Regierungssprechers hatte er zunehmend diplomatische Aufträge für den Staatschef erledigt und sich auch bei der Schlichtung des Staatskonflikts mit Libyen Verdienste erworben.

Eingeweihte Kreise vermuten, daß die Ernennung Dumas' eine Reorientierung der französischen Außenpolitik auf Europa einleiten könnte.

Für eine Handkurbel 2500 Franken berechnet

Lizenzbau von Leopard 2 löst in der Schweiz Wirbel aus

WALTER H. RUEB, **Bern**

In der Schweiz findet gegenwärtig eine Gesamtverteidigungs-Übung statt, die von der Annahme ausgeht, daß das Land von feindlichen Armee-Einheiten auf dem Lande und aus der Luft angegriffen worden ist. Das eidgenössische Milizheer besetzte Staatsgrenzen und strategisch wichtige Objekte im Innern des Landes, sicherte lebenswichtige Einrichtungen und Verkehrswege, im legendären Alpenreduit wurde Alarmstufe I gegeben, in der Hauptstadt Bern eine provisorische Regierung gewählt.

Mitten im „Abwehrkampf der Eidgenossenschaft" gegen den angenommenen Feind müssen sich Regierung, Militärministerium, Parlament und Rüstungsindustrie gegen reale Angriffe des Verfassers einer vertrauli*chen Kosten-Analyse der Panzer-Be*schaffung für die Schweizer Armee sowie eine regelrechte Medien-Offensive verteidigen.

Die nationale Rüstungsindustrie verlange aus der Staatskasse für den beschlossenen Lizenzbau von 345 deutschen Panzern des Typs Leopard 2 mindestens 700 Millionen Franken zuviel, behauptete „Sonntags-Blick", das meistgekaufte Blatt des Landes. Der Zeitung war ein Exemplar des geheimen, von der Militärkommission des Parlaments beim bekannten Zürcher Unternehmensberater Nicolas Hayek in Auftrag gegebenen Untersuchungsberichts zugespielt worden. Am Montag gaben andere Blätter des Landes Einzelheiten aus dem *Hayek-Bericht wider.*

200-Seiten-Bericht

In Zürichs größter Zeitung hieß es, der Schweizer Lizenz-Generalunternehmer Contraves AG hätte der Staatskasse beispielsweise eine simple Handkurbel von 200 Franken Wert mit 2500 Franken berechnet, die Schweizerische Depeschen-Agentur wußte aus dem 200seitigen Hayek-Bericht folgendes wiederzugeben: „Das Oszilloskop für das Zielgerät schlägt mit 21 000 Franken pro Stück zu Buche – in der Bundesrepublik Deutschland aber gibt es ein vergleichbares Gerät für 1800 Mark zu kaufen ..."

Nicht zum erstenmal machen Panzer in der Schweiz Schlagzeilen. Ende der siebziger Jahre sorgte der skandalumwitterte „Mängel-Panzer 68" für Wirbel, seit Jahren hält die Beschaffung eines neuen Kampfpanzers Bern und das ganze Land in Atem. Im Frühjahr 1984 bereits waren Unmut und Kritik über angeblich zu hohe Preise laut geworden. Die Schweizer Industrie wolle beim Lizenzbau zu viel Gewinn einstreichen, lautete der Hauptvorwurf; er gab Rüstungs- und Armeegegnern Auftrieb.

Größter Militärkredit

Der Ständerat, die Kleine Kammer der Schweiz, unterzog die Regierungsvorlage im Oktober schließlich einer Schlankheitskur: von der ursprünglich geplanten Zahl von 420 Panzern wurde abgerückt und lediglich ein Kredit von 3,4 Milliarden Franken für den Lizenzbau von 345 Panzern sowie den Kauf von weiteren 35 Leopards beim deutschen Hersteller Krauss-Maffei bewilligt. Dennoch handelte es sich um den größten in der Schweiz je *verabschiedeten* Militärkredit – ein Grund für die Militärkommission des Nationalrats, weitere Kostenüberlegungen anzustellen.

Gestern und heute wurde und wird über die Angelegenheit debattiert – auf der Grundlage früherer Erkenntnisse, vor allem aber auf jenen des Unternehmensberaters Hayek. Bereits jetzt steht fest, daß die Indiskretion eines Mitglieds der Militärkommission und der Wirbel um Hayeks Kritik, von welcher der Unternehmensberater in mehreren Stellungnahmen übrigens weitgehend abrückte, die Diskussionen in Bern anheizen werden.

Einen Vorgeschmack davon erhielten aufmerksame Zeitungsleser der Schweiz schon. Hayek sei voreingenommen gewesen und habe sich offenbar im Auftrag der Sozialdemokraten um die Expertise bemüht, wurde in verschiedenen Zeitungen angedeutet. Die Schweizerische Volkspartei aber appellierte an die Militärkommission ganz unmißverständlich, dafür zu sorgen, daß „die Panzerbeschaffung nicht durch eine unheilige Allianz von auftragshungrigen Unternehmensberatern, Sensationsjournalisten und Rüstungsgegnern für ihr Ziel mißbraucht und dieses eventuell gefährdet werden kann".

Flick: Keine Zahlungen an Windelen

Nach Angaben der Firma Flick hat der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), keinerlei Zahlungen erhalten, *die für ihn selbst oder zur Weiter*leitung an seine Partei bestimmt gewesen sein könnten. Dies teilte das Ministerium gestern mit und kündigte zugleich an, gegen anderslautende Behauptungen werde der Minister künftig gerichtlich vorgehen.

Stoltenberg: Stärkere Prüfung

DW. **Bonn**

Für eine stärkere steuerliche Betriebsprüfung hat sich der Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in der Diskussion mit den Finanzministern der Bundesländer eingesetzt. Der Minister hat angeregt, Bund und Länder sollten für eine verstärkte steuerliche Betriebsprüfung eine „personelle Verstärkung" erwägen. Stoltenberg reagierte damit offensichtlich auf die jüngsten Beanstandungen des Bundesrechnungshofes, in denen es hieß, durch nicht ausreichende steuerliche Betriebsprüfungen – vor allem in Hessen – seien erhebliche Steuerausfälle entstanden.

Nebentätigkeit für Beamte eingeschränkt

DW. **Bonn**

CDU/CSU, FDP und SPD sind weiterhin der *Auffassung, daß Nebentä*tigkeit von Beamten grundsätzlich nicht mehr während der Dienstzeiten ausgeübt werden sollten. Entsprechende Gesetzentwürfe unterstellen, daß eine Nebenarbeit eines Beamten, wenn sie mehr als ein Fünftel der Arbeitszeit überschreitet, dienstliche Interessen beeinträchtigt. In dem angestrebten neuen Gesetz wird es allerdings bei der Einschränkung der Arbeit von Beamten im Bezug auf Nebentätigkeiten keinen Hinweis auf sogenannte „Belange des Arbeitsmarktes" geben. Die SPD hatte die Formulierung gewünscht, Nebentätigkeit solle versagt werden können, wenn „erhebliche Belange des Arbeitsmarktes" beeinträchtigt würden.

Worms spricht von völliger Zerrüttung der Finanzen

Etat-Debatte: Rau sieht NRW auf dem richtigen Weg

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Oppositionsführer Bernhard Worms hat gestern die Beratungen zum 57,6-Milliarden-Etatentwurf für 1985 genutzt, um der seit 1980 mit absoluter Mehrheit regierenden SPD eine völlige Zerrüttung der Landesfinanzen vorzuwerfen. Angesichts dieses Niederganges könne nur eine CDU-Regierung vom kommenden das Schlimmste verhüten. Damit verwies er auf das Beispiel, das die Unions-geführte Bundesregierung in Bonn mit der Konsolidierung des Bundeshaushaltes gegeben habe.

Vor allem bedrücke ihn das „Süd-Nord-Gefälle" in der Wirtschaftsentwicklung. Der Abstand der Länder Bayern und Baden-Württemberg zu Nordrhein-Westfalen vergrößere sich zusehends. Worms lastete der Regierung unter Johannes Rau an, die derzeitige Gesamtverschuldung von 71 Milliarden Mark sei neun mal so hoch wie 1966, als die CDU die Regierungsverantwortung an eine SPD/FDP-Koalition verlor. Er sagte: „Nichts geht mehr, es sei denn über neue Schulden."

Unter der SPD-Herrschaft koppele sich Nordrhein-Westfalen immer mehr ab. Worms belegte dies mit Zahlen: Das Wachstum des realen Bruttosozialproduktes stieg seit 1970 in der Bundesrepublik um etwas mehr als 30 Prozent, in Bayern und Baden-Württemberg aber um knapp 40 Prozent – aber in den SPD-regierten Ländern NRW, Hamburg und Bremen nur etwa um 20 Prozent.

Ministerpräsident Johannes Rau beschränkte sich auf die Geste, er sei „zu einer Kooperation mit dem Bund bereit, wenn es nicht zum Ausverkauf der sozialen Komponente kommt". Er sehe Nordrhein-Westfalen „auf dem richtigen Weg". Die Voraussetzungen für das Land seien optimal – angefangen von einem dichten und qualifizierten Bildungs- und Ausbildungsangebot bis hin zu hochentwickelten Technologien. Auf Fakten, die im Vergleich zu anderen Bundesländern gegen seine Thesen sprechen, ging er nicht ein.

„Widerstandswille der Afghanen ist ungebrochen"

Blockfreie fordern auf UNO-Vollversammlung Rückzug Moskaus

DW. New York

Der UNO-Vollversammlung haben die blockfreien Staaten einen Resolutionsentwurf vorgelegt, der den sofortigen und vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, die Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität, der politischen Unabhängigkeit sowie des blockfreien Charakters von Afghanistan fordert und das Recht des afghanischen Volkes auf Selbstbestimmung unterstreicht.

Der Entwurf führt weiter aus, die Afghanen hätten das Recht, ihr politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches System frei zu wählen. Ferner wird verlangt, daß Voraussetzungen für eine Rückkehr der Flüchtlinge geschaffen werden müssen. Ein ähnlicher Antrag wurde im vergangenen Jahr bei 17 Stimmenthaltungen von 116 Staaten angenommen und von 20 abgelehnt.

Die bereits am Dienstag begonnene neue Afghanistan-Debatte der UNO-Vollversammlung wurde gestern fortgesetzt. Vertreter der USA und der Sowjetunion meldeten sich zu Wort. Zu Beginn der Debatte hatte der pakistanische Außenminister Sahabzada Yaqub Khan erklärt, die sowjetische Militärintervention bedrohe den internationalen Frieden und die Sicherheit. Seit fünf Jahren seien mehr als 100 000 sowjetische Soldaten im Einsatz, um das afghanische Volk zu unterjochen. Doch sei der Widerstandswille der Afghanen ungebrochen und ihr Mut unvermindert.

Das militärische Vorgehen eines mächtigen Nachbarn gegen Afghanistan, so der Minister, sei nicht nur ein Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen, sondern auch ein gefährlicher Präzedenzfall, der sich anderswo in der Welt wiederholen könnte. Jeder vierte Afghane sei heute Flüchtling. Allein in Pakistan befänden sich drei Millionen afghanische Flüchtlinge. Dies sei die größte Ansammlung von Flüchtlingen in der Welt.

Der Vertreter der prosowjetischen afghanischen Regierung, Farid Zarif, bezeichnete die Debatte als unerwünschte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans. Hinter dem „unerklärten Krieg", der gegen Afghanistan geführt werde, stünden der amerikanische Imperialismus, die Hegemonialpolitik Chinas, Pakistan und andere reaktionäre Kräfte. Dieser Krieg würde aufhören, sobald die Waffen- und Finanzhilfe an die „Konterrevolutionäre" eingestellt werde.

Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass hat die Afghanistan-Debatte der Vollversammlung in scharfer Form verurteilt und sie als „groben Verstoß gegen die UN-Charta" bezeichnet. Das Parteiorgan „Prawda" zitierte gestern afghanische Presseberichte, wonach „glorreiche Siege über imperialistische Söldnerbanden" errungen worden seien.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Station im Lebenszyklus

„Vom Pflegefall zum Sozialfall"; WELT vom 7. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Darstellung, daß auch im Sozialministerium Rheinland-Pfalz eine versicherungsrechtliche Absicherung des Pflegefalles unterstützt wird, ist falsch. Wie in der WELT vom 22. August zutreffend berichtet worden ist, hat sich Sozialminister Rudi Geil in seiner Untersuchung „Neue Hilfen für die Alterspflege" vielmehr ausdrücklich gegen eine Versicherungslösung ausgesprochen und statt dessen ein Pflegehilfegesetz des Bundes gefordert.

Aus den zahlreichen Gründen, die für ein Leistungsgesetz des Bundes sprechen, seien hier nur zwei genannt.

Erstens: Pflegebedürftigkeit sollte weniger als ein allgemeines Lebensrisiko als vielmehr eine Station im Lebenszyklus einer Familie angesehen werden. Familie endet nicht mit der Großjährigkeit der Kinder, sondern sie ist eine lebenslange Gemeinschaft, auch wenn sie räumlich getrennt ist. Die Verantwortung der Eltern für *ihre* Kinder *muß* ergänzt werden durch eine Verantwortung der Kinder für ihre Eltern, wenn diese in ähnlicher Weise hilfebedürftig werden wie Kinder. Hilfe zur Pflege muß daher als Teil eines erweiterten Familienlastenausgleichs angesehen werden, und der Familienlastenausgleich ist unbestritten eine staatliche Aufgabe, keine Aufgabe der privaten Vorsorge.

Zweitens: Leistungen einer Versicherung sind immer im Zusammenhang der durch Beiträge erworbenen Ansprüche zu sehen. Insofern erlaubt eine versicherungsrechtliche Lösung nur einheitliche Geld- oder Sachleistungen an den Versicherten, aber keine soziale Differenzierung neben dem Ausgleich der Belastungen, keine Hilfe für Pflegepersonen (z. B. Rentenversicherungsbeiträge), keine *Kann-Leistungen* wie *Wohnungshilfen*, keine Wahlmöglichkeiten. Die Einheitsleistung Pflegegeld aber wird den sehr differenzierten Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und ihrer pflegenden Angehörigen nicht gerecht. Im Rahmen eines Leistungsgesetzes ist eine sehr viel individuellere Hilfe möglich.

Die Untersuchung „Neue Hilfen für die Alterspflege" liegt im übrigen als Broschüre vor und kann kostenlos bei der Pressestelle des Sozialministeriums in Mainz bezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Dietzen,
Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt Rheinland-Pfalz

Zweck der Überschüsse

„Mehr Geld für den Rundfunk?"; WELT vom 5. Oktober

In Ihrem Beitrag berichten Sie über den Überschuß des WDR im Jahr 1983 und die daraus von Medienpolitikern gezogene Folgerung, daß die letzte Gebührenerhöhung „falsch gewesen sei".

Die Finanzsituation des WDR kann sinnvoll nicht an einem Jahresergebnis, sondern nur im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung für die laufende Gebührenperiode beurteilt werden. Da die Gebühren als Haupteinnahmequelle des WDR weder der allgemeinen Kostensteigerung noch der konkreten Aufgabenentwicklung in laufender, etwa jährlicher Folge, sondern in einem mehrjährigen Rhythmus angepaßt werden (die letzten Erhöhungen erfolgten 1979 und 1983), hat sich die Finanzpolitik des Hauses hierauf einzustellen. Am Anfang einer Gebührenperiode müssen unbedingt Rücklagen gebildet werden, um auch in folgenden Jahren die steigenden Kosten (und Aufgaben) finanzieren zu können, ohne nach kurzer Zeit wieder eine Gebührenerhöhung fordern zu müssen.

Insgesamt also ist die Erwirtschaftung von Überschüssen am Anfang der Gebührenperiode, indem vermieden wird, das eingehende Geld im gleichen Jahr wieder voll auszugeben, gerade Ausdruck einer vorsorglichen, weitere Gebührenerhöhungen hinausschiebende Haushaltspolitik.

Diese Haltung wird auch aus den Zahlen des gerade vorgelegten Haushalts für 1985 deutlich: Die Gesamtsteigerung der Aufwendungen des WDR liegt bei 1,6 Prozent. Nur mit Haushalten dieser Art wird es dem WDR möglich sein, trotz besonderer Aufgaben (Regionalisierung, Kabelpilotprojekt Dortmund, Satellitenfernsehen, Studioneubauten in Düsseldorf und Bonn) ohne Gebührenerhöhung bis zum Jahr 1987 seinen Haushalt auszugleichen.

Dr. Norbert Seidel,
Verwaltungsdirektor des WDR, Köln

Wort des Tages

„Die Suche nach der Wahrheit und ihre Befolgung können in hohem Maße zur Einheit unter Menschen beitragen. Sie führen zur Ausrottung der Vorurteile und des Mißtrauens, sie fördern den Austausch all jener kostbaren Güter, Ideen und Erkenntnisse, die zur Einheit führen."

Augustin Kardinal Bea; deutscher Theologe (1881–1968)

„Elb-Florenz"

„Dresden ist das wahre Florenz"; WELT vom 10. November

Jedem alten Dresdener bleibt geläufig, daß der Rühmnahme Elb-Florenz nicht dem Märchenerzähler Andersen, sondern dem deutschen Dichter Herder zugeschrieben gehört.

In dessen Schrift „Ereignisse und Charaktere des vergangenen Jahrhunderts" aus dem Jahre 1803, also bald dreißig Jahre früher schon, heißt es: „Was Friedrich August im Anfange des Jahrhunderts anfing, hat ein anderer Friedrich August am Ende desselben vollendet. Durch sie beide ist Dresden in Ansehung der Kunstschätze ein deutsches Florenz geworden."

M. Hanke,
Bergisch-Gladbach 2

Agenten-Netz

„In Bonn schwerer Verdacht gegen rumänische Diplomaten"; WELT vom 9. November

Herzlichen Dank für Ihre Informationen über die Tätigkeit des rumänischen Sicherheitsdienstes in der Bundesrepublik. Es war höchste Zeit, daß die deutschen Behörden gegen diese Umtriebe etwas unternehmen.

Durch unechte Asylanten sind vom rumänischen Sicherheitsdienst in der Bundesrepublik Vereine, Kreise, Gruppen und Kulturvereine gegründet worden, um alle Asylanten besser überwachen und außerdem Wühlarbeit leisten zu können. Es wurden Wochenend-Seminare gehalten, selbstverständlich mit Unterstützung der Behörden und der Parteien, in denen dann kommunistische Propaganda getrieben wurde. Man verlangte ganz offen den „Dialog" mit der rumänischen Regierung und mit der rumänischen Botschaft.

Jeder neue Asylbewerber bekam unverlangt Publikationen aus Köln und Frankfurt, die dem Anschein nach anti-kommunistisch, in Wirklichkeit aber getarnte Propaganda waren.

Der rumänische Sicherheitsdienst hat selbst die Kirche zum Instrument seiner Arbeit gemacht. Offiziere des rumänischen Sicherheitsdienstes wurden als Priester hierhergeschickt. Sie sind in München, Baden-Baden, Offenbach, Salzgitter und Hamburg tätig. *Diese angeblichen Priester* führen Karteikarten und nehmen an den wöchentlichen Sitzungen in der Botschaft teil.

Die Zahl der rumänischen Agenten ist groß. Nach den Informationen, die der ehemalige Berater Ceausescus, Ion Pacepa nach seiner Flucht in den Westen preisgab, sollen 95 Prozent aller im Ausland tätigen rumänischen Professoren, Ärzte und Wissenschaftler Angehörige des Sicherheitsdienstes sein, zumindest aber Informanten (siehe L'Express Nr. 1721/ 6. 7. 1984).

Dr. A. Suga,
Köln 1

Personalien

GEBURTSTAG

Einer der profiliertesten deutschen Politiker feiert am Donnerstag seinen 60. Geburtstag: Dr. **Werner Marx**, Bundestagsabgeordneter der CDU seit 1965, Mitglied des Fraktionsvorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit 1966 und seit 1982 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages. Im pfälzischen Edenkoben geboren, erlebte er 1933 die Verhaftung seines Vaters, der zeitweilig vom Dienst in der Finanzverwaltung suspendiert war. Nach Teilnahme am Krieg promovierte Werner Marx 1954 bei dem Historiker **Franz Schnabel**, wurde 1956 Parlamentarischer Sekretär bei Staatssekretär **Otto Lenz**, ging 1958 als Angestellter zum Führungsstab der Bundeswehr und wurde 1965 in den Deutschen Bundestag gewählt (bis 1972 für den Wahlkreis Kaiserslautern, seither für den Wahlkreis Pirmasens/Zweibrücken). Dr. Marx, Mitglied des Landesvorstands der CDU Rheinland-Pfalz, von dem zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der Geschichte und der Politik stammen, hat sich als Vorsitzender fast aller Ausschüsse der CDU/CSU-Fraktion betätigt.



Dr. Werner Marx, MdB
FOTO: DIE WELT

VERANSTALTUNGEN

In Timmendorfer Strand/Travemünde veranstaltet die WELT ihr „8. Forum für die Industriewerbung in Deutschland". Auf dieser schon traditionell gewordenen Veranstaltung werden unter anderem der baden-württembergische Ministerpräsident **Lothar Späth** – er hat am 16. November Geburtstag – über „Steuerung und Förderung des technischen Fortschritts durch staatliche Regulationspolitiken", WELT-Chefredakteur Dr. **Herbert Kremp** über „Die Verantwortung der Medien für die Zukunft der Industrienation Deutschland" sprechen.

*

Die neue Buchreihe „Baden-Württemberg in zehn Bänden" des Kohlhammer-Verlages und der Stuttgarter Landeszentrale für politische Bildung stellte **Gustav Wabro**, Staatssekretär und Stuttgarts Bevollmächtigter beim Bund, der Öffentlichkeit vor. Namhafte Autoren wie Theodor Eschenburg behandeln in ihr die jüngere Geschichte und die politische Kultur des 1952 gegründeten Bundeslandes. Bei der Bonner Präsentation anwesend waren Bundestagspräsident **Philipp Jenninger**, Bundesratsdirektor **Gebhard Ziller** und der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Stuttgart **Siegfried Schiele**.

ERNENNUNGEN

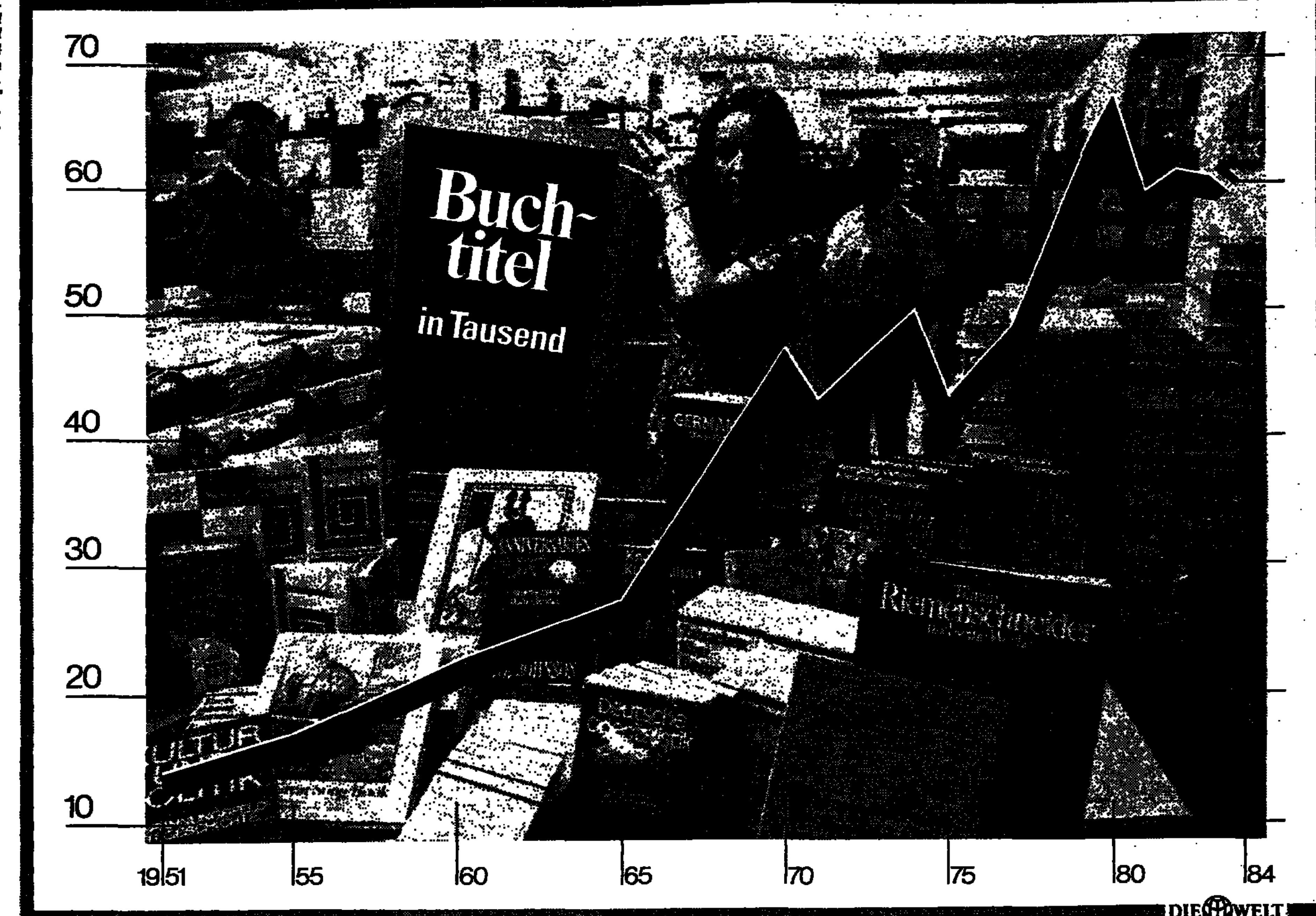
Dr. Helmuth Rückriegel, von 1977 bis 1984 bis zum Präsidentenwechsel in Bonn Leiter des persönlichen Büros von **Karl Carstens**, geht als deutscher Botschafter nach Thailand. Seit Juli diesen Jahres hatte Dr. Rückriegel vorübergehend die Leitung des Informationsbüros der Bundesrepublik in New York übernommen. Helmuth Rückriegel, Jahrgang 1925, studierte in Marburg und Heidelberg Philologie. Der Dr. phil trat 1955 in den Auswärtigen Dienst ein. Er war am Generalkonsulat in Basel zunächst tätig, ständiger Vertreter des Leiters des Informationsbüros in New York und ständiger Vertreter des Botschafters in Tel Aviv bei den Botschaftern **Jesco von Puttkamer** und **Per Fischer**. Das Informationsbüro in New York übernimmt **Henneke Graf Bassewitz**, der zur Zeit im Auswärtigen Amt das Referat nördliches Europa und Kanada leitet. Graf Bassewitz war vorher Leiter des Büros des Koordinators für die deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit und damit rechte Hand von **Berndt von Staden**, von 1979 bis 1982 Botschafter in Sierra Leone und dreieinhalb Jahre lang politischer Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in Washington.

*

Dr. **Peter Truhart**, bisher stellvertretender Referatsleiter in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, geht als Botschafter in die Republik Guinea. Dr. Truhart, 1935 in Hamburg geboren, studierte osteuropäische Geschichte, Rechtswissenschaften und Sinologie. Zu seinen Auslandsposten gehörten Saigon, Moskau und Peking. In der Kulturabteilung ist er seit 1979 tätig, und zwar im Grundsatzreferat, das sich mit der Gesamtplanung der Auswärtigen Kulturpolitik befaßt.

EMPFANG

Die in Bonn tätigen ausländischen Missionschefs sind am 23. November in der Bad Godesberger Redoute Gast von Bundeskanzler **Helmut Kohl**. Der Kanzler empfängt das Diplomatische Korps am Mittag und wird sich insbesondere mit den Missionschefs unterhalten, die innerhalb des letzten Jahres neu nach Bonn gekommen sind.



Blicke durch den Bücherberg

Ausgewählte Neuerscheinungen aus der literarischen Herbstproduktion 1984

Nach dem relativen Tief in der westdeutschen Buchproduktion während der Jahre 1981 – 1983 scheint der Trend jetzt wieder nach oben zu weisen; 1984 dürfte die Vorjahresproduktion von 60 598 Titeln übertroffen werden. In einem neuen Sonderservice der WELT werden zur Orientierungshilfe interessante neue Bücher in Kurzform vorgestellt.

Politik und Geschichte

Der 1943 geborene Christian Hacke, Professor für Internationale Politik an der Bundeswehrhochschule in Hamburg, hat sich für seine Studie **„Von Kennedy bis Reagan"** (Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart. 273 S., 34 Mark) Waldemar Bessons Buch „Von Roosevelt bis Kennedy" als Vorbild genommen. Übersichtlich gegliedert, reicht der in dem vorliegenden Band behandelte Zeitraum bis in die unmittelbare Gegenwart.

Nach seiner Universitätskarriere in Cambridge und Reading ließ sich der englische Historiker Hugh Thomas als Privatgelehrter in London nieder. Dort entstand u. a. sein großes Werk **„Geschichte der Welt"**, das ohne Rücksicht auf die Chronologie versucht, „die entscheidenden Felsbrocken aus dem Geschehen herauszumeißeln". Die deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart hat das Buch jetzt in der Übersetzung von Ursel und Ulrich Bracher bei uns herausgebracht (799 S., 78 Mark). Weltgeschichte nach Themen.

Mitten im aktiven, oft hektischen Leben als CSU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Europarates stand der Pfarrer Hans Roser, als er 43jährig auf dem Flug von Bonn nach Nürnberg einen Herzinfarkt erlitt. In der Zeit der Genesung entstand, zuerst als eine Art Bestandsaufnahme gedacht, **„Abschied von einer Krankheit?"** (Zehn Jahre nach dem Herzinfarkt. Claudius Verlag, München. 120 S., 14,80 Mark). Im Laufe des Schreibens wurde daraus eine gesundheitliche Zwischenbilanz, die – so der Autor – „auch andere, ähnlich Betroffene machen sollten, um selbstkritisch Rückschau zu halten und dabei ein wenig Vorsorge zu treffen".

Die Darstellung eines in seiner Art exemplarischen Lebens bietet Gustav Adolf Sonnenhol in seinem Buch **„Untergang oder Übergang? Wider die deutsche Angst"** (Seewald Verlag, Bielefeld. 382 S., 39,50 Mark). Der Autor, Jahrgang 1912, schildert nicht nur seine wechselvollen Erfahrungen (während des Zweiten Weltkriegs im Auswärtigen Amt, Wirtschaftsjournalist, mit der EWG-Delegation in Brüssel, Botschafter in Südafrika und in der Türkei), sondern er zieht auch das Fazit seiner Tätigkeit. Sonnenhol hat ein klares, unbestechliches Urteil, manchmal unorthodoxe Ansichten und verbindet beides mit einer Betrachtung von Gegenwart und möglicher näherer Zukunft, die sich weder an irgendeiner Partei-Ideologie noch an gängigen Parolen orientiert.

Schöne Literatur



Bestimmt nicht den ganzen Schriftsteller, aber doch seine wichtigsten Züge lernt kennen, wer **„Gelernt ist gelernt"** von Wolfdietrich Schnurre zur Hand nimmt. Das ist ein Taschenbuch in der Reihe „Literatur heute" des Berliner Ullstein Verlags, in dem Schnurre seine eigenen Gesellenstücke präsentiert – „wägend und prüfend, mal hier eine Tür öffnend, mal dort". Auf den 240 Seiten des Bandes, (8,80 Mark) geben Texte der verschiedensten Provenienz Einblick in die Werkstatt eines streitbaren Dichters.

Hugo Sonnenschein (1889–1953), dessen Leben fast noch verlorener scheint als seine Werke, die seit Jahren nicht mehr aufgelegt wurden, ist jetzt mit einer repräsentativen Auswahl seiner Gedichte wieder gewürdigt worden. Unter seinem Pseudonym Sonka sind sie, von K.-M. Gauß und J. Haslinger herausgegeben, im C. Hanser Verlag, München, erschienen: **„Die Fesseln meiner Brüder"** (160 S., 26 Mark). In der Wiener Bohème früh als „Originalgenie" geduldet und verschrien, hat der „zerfahrne Wildermann" einen Lyrikband nach dem anderen veröffentlicht, mit Gedichten von großer Sprachkraft und noch größerer Leidenschaft.

Von der Illusion der Veränderung, vielleicht aber auch der Veränderung durch Illusion sprechen die Gedichte der Eva-Maria Berg, die – mit mehrfarbigen Serigrafien von Barbara Müller-Wiesinger versehen – im Verlag Wolf Mersch, Freiburg i. Br. (96 S., 24 Mark), erschienen sind: **„zimmer flucht"**. Sparsam mit Worten bis zur Lakonie wird in einer Sprache von spröder Sinnlichkeit der Leer- und Lebensraum des Menschen vermessen.

Die handlichen, solide edierten und gebundenen Manesse-Bändchen sind Buchliebhabern seit langem geschätzte Begleiter, sie haben gerade das rechte Format für Rock- und Handtaschen. Ein „beweglicher Schatz" ist die Kassette mit **„Deutschen Meistererzählungen des 20. Jahrhunderts"** (Manesse Bibliothek. Drei Bände, 72 Mark). In befruchtender Symbiose sind hier vereint Thomas Mann, Franz Kafka und Hermann Hesse.

Eine rundherum schöne Ausgabe: die fünf fest gebundenen Bände in Schuber von Theodor Fontanes **„Wanderungen durch die Mark Brandenburg"** (Nymphenburger Verlagshandlung, München. 2468 S., 78 Mark, ab Januar 98 Mark). Die Bände, die auf die Wohlfeile Ausgabe von 1892 zurückgehen, enthalten auch die von Fontane ausgeschiedenen und die zur Aufnahme in die „Wanderungen" vorgesehenen Kapitel und sind von den Herausgebern, Edgar Gross und Kurt Schreinert, mit den nötigen Anmerkungen versehen.

Prominente Zeitgenossen erinnern sich an ihr Elternhaus, und so entstand eine lehrreiche Zeitgeschichte der ersten Dekaden unseres Jahrhunderts. Die von Rudolf Pörtner herausgegebene Sammlung **„Mein Elternhaus"** (Econ Verlag, Düsseldorf. 336 S., 49,80 Mark) enthält Beiträge von Reinhard Appel bis Otto Wolff von Amerongen, von Ida Ehre bis Loki Schmidt, von Joseph Kardinal Höffner bis Max Schmeling – ein amüsantes deutsches Familienalbum mit zahlreichen informativen Schwarzweißtafeln.

Er war und ist ohne Zweifel auch heute noch der größte Poet englischer Zunge, dieser William Shakespeare aus Stratford-upon-Avon. Sein gesamtes Werk gibt es jetzt in einer konkurrenzlos günstigen einbändigen Ausgabe: **„The Complete Works of William Shakespeare"** (Henry Pordes, London. 1264 S., 15,75 Mark). Es handelt sich um die Wiederauflage der mit einem hilfreichen Glossar versehenen Ausgabe von William J. Craig, der zu Beginn unseres Jahrhunderts durch den 37bändigen „Arden Shakespeare" hervorgetreten ist.

Ein verläßlicher Begleiter des Theaterlebens auf deutschsprachigen Bühnen ist seit 1956 die im Suhrkamp Verlag erscheinende Reihe **„Spectaculum"**. Nachdem bereits im vergangenen Jahr die ersten 15 Bände von 1956 bis 1971 in einer Reprint-Ausgabe als Taschenbuchkassette herausgekommen waren, liegen nun auch die Bände 16 bis 25 in einer Kassette zum Preis von 68 Mark vor. Ergänzt werden sie durch einen mitenthaltenen 432 Seiten starken Materialienband mit genauen Werkdaten, Autorenporträts und alphabetischem Autorenverzeichnis.

Theodor Weissenborns sprachliche Virtuosität ist oft gelobt worden, auch wenn es ihm in seinen Hörspielen, Romanen und Erzählungen oft um dem Leser wenig angenehme Grenzbereiche menschlicher Existenz geht wie Krankheit, Wahnsinn, Tod: „Ich versuche, Krankheitsbilder, vor allem Psychosen, mit literarischen Mitteln darzustellen." Der Tod ist denn auch das verbindende Thema der beiden Erzählungen in dem Band **„Zu den Kellergebrüchen"** (Eremiten-Presse, Düsseldorf. 108 Doppelseiten, 29,80 Mark), der mit Graphiken von Bert Gerresheim einfühlsam illustriert ist.

Die Fabel von (immer beliebter werdenden) phantastischen Romanen nachzuerzählen erweist sich auch bei weniger umfangreichen Werken als John Crowleys **„Little Big"** als schlechterdings unmöglich. Der Untertitel, „Das Parlament der Feen", deutet immerhin an, daß es auf den 703 Seiten des von Thomas Lindquist übersetzten Buches nicht zuletzt um sehr deutliche Analogien von Traumwelt und Realität geht (S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 39,80 Mark).

James Bond ist wieder da. Er ist ein wenig älter geworden, raucht mildere Zigaretten und fährt einen energiesparenden Saab 900-Turbo. Ansonsten ist er der gewohnte Superagent und Frauenliebling geblieben. Er durchkreuzt die finsteren, teuflischen Pläne der Verbrecherorganisation „Spectre" mit abenteuerlicher Bravour. Der Autor von **„Moment mal, Mr. Bond"**, John Gardner, von Ian Flemings Erbengemeinschaft offiziell als künftiger James-Bond-Schreiber auserkoren, hat seine erste Aufgabe gut gelöst. (Econ Verlag, Düsseldorf. 288 S., 29,80 Mark)

Vielleicht entwickelt der 1952 geborene Mathias Nolte noch keinen unverwechselbaren Stil in seinem Erstlingsroman **„Großkotz"** (Diogenes Verlag, Zürich. 281 S., 26,80 Mark), dafür mischen sich in ihm zu viele heterogene Elemente von „Innerlichkeit" bis zur burschikosen Attitüde. Aber Nolte erzählt die Geschichte des jungen Markus März, den es vom Pariser Mai 1968 zu den Zürcher Unruhen Anfang der 80er Jahre umtreibt, mit Phantasie; er kann Figuren, Situationen, Vorgänge erfinden.

Kinder- und Jugendbücher



Was da so unter der Rubrik Kinderbuch erscheint, weckt oft ebenfalls die Neugier von Müttern und Vätern. Vor allem dann, wenn Wissenswertes, das längst vergessen und verdrängt ist, dem Nachwuchs kurz vor oder nach dem Schulanfang so liebevoll nahegebracht wird wie in dem „lebenden Bilderbuch" über das Wirken des großen Erfinders, Astronomen, Malers und Bildhauers **„Leonardo da Vinci"** von A. und M. Provensen (C. Bertelsmann Verlag, München. 29,80 Mark). Ein Buch nicht nur zum Lesen und Betrachten, sondern auch zum Ziehen und Drehen – ein dreidimensionales Ereignis.

„Spaß mit Technik" nennt sich eine neue Buchreihe, die wieder das Staunen lehren will über Erfindungen, die man mittlerweile als selbstverständlich betrachtet. Die Titel lauten: **„Kinder, wie die Zeit vergeht – Von Uhren und anderen Zeitmessern"** aus der Feder von Siegfried Aust und Hans Poppel, **„Von Marathon zum Telefon – Nachrichten gehen auf die Reise"** von Siegfried Aust und Rolf Rettich (beide im Wiener Ueberreuter Verlag, zu je 19,80 Mark). Es sind Bücher, in denen die jungen (und vielleicht auch weniger jungen) Leser dazu angehalten werden, bahnbrechende Erfindungen wie etwa das Telefon oder die Sanduhr „nachzuerfinden". Nichts zum Pauken, sondern anregend gestaltete Einführungen in die geheimnisvolle Welt der Technik.

Gemeinsam mit Tieren die Welt und neuerdings auch das All zu entdecken, ist für Vier- bis Sechsjährige immer ein großes Erlebnis. Von den feuchten Wiesen Norddeutschlands über den Bosporus, den Nil, bis hin zu den weiten Steppen Südafrikas führt die **„Reise mit den Störchen"**, die Christiane Adrian – mit Zeichnungen von Pieter Kunstreich – erzählt. Sie erklärt gleichzeitig kindgerecht die Probleme, die Umwelt und Technik für die Zugvögel mit sich bringen (Otto Maier Verlag, Ravensburg. 19,80 Mark).

Eine für Kinder ungewöhnliche Geschichte hat die Engländerin Susan Varley geschrieben und gezeichnet. Ein Dachs macht sich Gedanken über seinen Tod und wie ihn die Tiere des Waldes wohl in Erinnerung behalten werden. Da er ein guter Mensch – oder besser Dachs war –, geht die anfängliche Traurigkeit bei den Hinterbliebenen in freundliches Gedenken über: **„Leb wohl, lieber Dachs"** (Annette Betz Verlag, Wien. 19,80 Mark).

Ins Reich der Phantasie läßt Will Murphy einen kleinen Bären fliegen. Die Reise zum Mond mit dem Pappkarton als Rakete ist ein vergnügliches Abenteuer, so richtig zum Träumen. *Daß es unterwegs zu interessanten* Begegnungen kommt und der Flug schließlich in der Badewanne endet, steigert die Lesefreude: **„Baby Bär fliegt zum Mond"** (Annette Betz Verlag, Wien. 16,80 Mark).

Abenteuer ganz anderer Art hat Siegfried Augustin gesammelt. Er führt den jugendlichen Leser zurück in Geschehnisse des 19. Jahrhunderts, in eine Zeit weltweiter Entdeckungsreisen. Perlenfischer, Trapper, Beduinen und Räuber tauchen auf. Bekannte und fast vergessene Autoren wie Jules Verne, Karl May, Balduin Möllhausen und viele andere kommen glanzvoll zu Wort. Geordnet nach Erdteilen, angereichert mit Federzeichnungen und abgerundet mit Kurzbiographien der Autoren sind die 438 Seiten der **„Schönsten Abenteuer-Geschichten"** (Südwest Verlag, München. 26,80 Mark) eine wahre Fundgrube.

Janosch oder Helme Heine? Das ist eine falsche Frage. Janosch hat **„Das große Buch der Kinderreime"** (Diogenes Verlag, Zürich. 196 S., 49 Mark) so hübsch und humorvoll ausgemalt (und unter die alten Verse auch ein paar eigene gemischt), daß man sofort wieder gute Laune hat, wenn man in dem Band blättert und liest. Aber

Helme Heine steht ihm mit **„Ich und du und die ganze Welt"** (Middelhauve Verlag, Köln. 128 S., 24,80 Mark) nicht nach. Seine Schwarz-Weiß-Zeichnungen schmücken nicht nur viele neue Kinderbuchgeschichten – und dazu ein paar alte –, sie machen auch eine gute Handvoll Erzählungen anschaulich, die sich Helme Heine selbst ausgedacht hat. Also: Janosch *und* Helme Heine! Gar keine Frage.

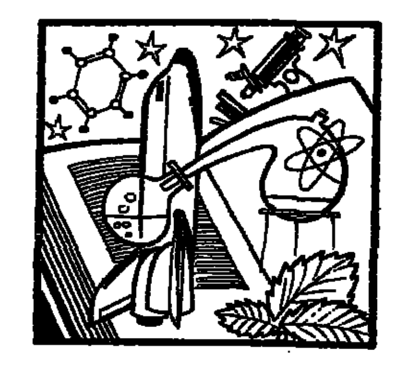
Märchenbücher müssen auch Bilderbücher sein. Aber sind wirklich nur die alten, berühmten Illustrationen schön? Die von Otto Ubbelohde für **„Grimms Märchen"** (3 Bände, Insel Taschenbuch, 20 Mark)? Oder die von George Cruikshank zu der zweibändigen Gesamtausgabe der Grimmschen **„Kinder- und Hausmärchen"** (dtv, 20 Mark)? Für seine dreibändige Kassette **„Drei große Märchenerzähler"** (38 Mark) hat der Deutsche Taschenbuch-Verlag deshalb Nachkriegsillustratoren gewählt: Alfred Zacharias für Grimm, Herbert Holzing zu Musäus und Jindra Capek zu Bechstein. Und da alle drei ihr Handwerk verstehen, wurden es schöne Märchen-Bilder-Bücher.

Insgesamt sind es 4 mal 7 Geschichten; sie handeln von Karli, Poldi, Sabine und anderen Kindern, von kleinen und großen Tieren, von Peter, dem Sachenerfinder, vom Zauberhut, von Drachen, Geistern und einem Kobold. Tilde Michels hat sie aus verschiedenen ihrer eigenen Werke ausgewählt, überarbeitet und unter dem Titel **„Ich wünsch mir einen Zauberhut"** im Herder Verlag, Freiburg, neu vorgelegt (128 S., ill. v. Werner Bläbst, 19,80 Mark).

Zum drittenmal schon veröffentlicht der Verlag Deutscher Forschungsdienst in Bonn „Geschichten, die die Forschung schreibt". Der neue Band handelt **„Von Naturforschern, Robotern und alten Rittern"** (240 S., 29,80 Mark). Die Herausgeber Karl-Heinz Preuß und Rolf H. Simen haben renommierte – und gut schreibende – Autoren für die einzelnen wissenschaftsgeschichtlichen Beiträge gewonnen, die getrost auch von Erwachsenen gelesen werden dürfen.

Was braucht man zum Basteln, so im Alter von 8 Jahren und darüber? Barbara Pohle nennt die erforderlichen Materialien und zeigt, wo man sie kostengünstig bekommen kann, indem man zum Beispiel draußen sammelt und nichts in den Müll wirft. Ihr Buch **„Die Werkstatt für Kinder"** (Südwest Verlag, München. 216 S., 29,80 Mark) erläutert darüber hinaus die verschiedensten Basteltechniken vom Bemalen übers Weben bis zum Modellieren.

Wissenschaft



Neue Wege und Erkenntnisse der Erforschung eines Phänomens, das bis heute weitgehend rätselhaft geblieben ist, beschreibt Alexander Borbély in seinem grundlegenden Werk **„Das Geheimnis des Schlafs"** (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. 271 S., 29,80 Mark). Neben der Suche nach körpereigenen Schlafstoffen wird die Schlaflosigkeit als „Volkskrankheit" beleuchtet und die Frage beantwortet, was es mit den biologischen Rhythmen des Schlafs und der „inneren Uhr" auf sich hat.

Einundzwanzig führende amerikanische Wissenschaftler, maßgeblich an Raumfahrtprogrammen der NASA beteiligt, zeichnen für das Buch **„Die Sonne und ihre Planeten"** verantwortlich (Physik-Verlag, Weinheim. 242 S., 349 Abb., 78 Mark). Eine Flut von Meßdaten, Fotos und jüngsten Erkenntnissen sind zu einem eindrucksvollen Band zusammengefaßt, einer Bilanz von 20 Jahren Weltraumfahrt.

Ein Stereobilderbuch aus einer Welt des Staunens stellt Hans Knuchel mit seiner **„Reise ins Land der 3. Dimension"** vor (Tanner + Staehelin Verlag, Zürich. 91 S., 48 Mark incl. Stereobrille). Ein Buch, das zum spielerischen Experimentieren mit den eigenen Augen einlädt; eine Reise in die verblüffende 3-D-Welt in Wort und s/w-Bild.

Das Liebe-Gott-Spiel, das mögliche Modell für eine unmögliche Kiste und allerlei Paradoxes für jedermann stellt Martin Gardner in seiner Arena unter dem Titel **„Mathematischer Zirkus"** vor (Ullstein Verlag, Berlin. 288 S., 105 Abb., 29,80 Mark). Welche ernsthafte Wissenschaft hinter den Kulissen der einfachen Hexerei bis hin zum scharf geschliffenen Geistesblitz steckt, erklärt der Pfiffikus den Lesern, die sich nicht scheuen, ihren Grips auf Hochtouren zu bringen.

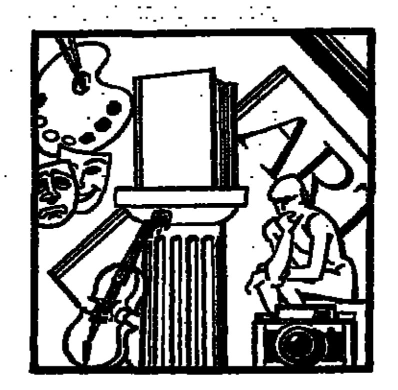
Seit 30 Jahren gibt es Computer, die von Generation zu Generation ihre Speicherfähigkeit vergrößern. David Ritchie zeigt in **„Gehirn und Computer"** (Verlag Klett-Cotta, Stuttgart. 239 S., 29,80 Mark) die Evolution einer neuen Intelligenz auf: Vielleicht wird der Stöpsel, den Frankensteins Monster an der Halschlagader trug, bald an der Schläfe lebender Menschen sitzen.

Mit dem Vorstoß zur Struktur der Materie befaßt sich das Buch zweier Physiker. Bewußt wird auf mathematische Darstellungen verzichtet, um so eine Brücke zu bauen, über die jeder Interessierte in die faszinierende Welt der Teilchenphysik schreiten kann. Oskar Höfling und Pedro Waloschek berichten über ein Gebiet, das dem Laien sonst ein Buch mit sieben Siegeln bleibt: **„Die Welt der kleinsten Teilchen"** (Rowohlt-Verlag, Reinbek. 511 S., 42 Mark).

Mit Ursprung, Aufbau und Gestalt unseres Planeten befaßt sich die Neuerscheinung **„Die Erde"** (C.Bertelsmann-Verlag, München. 159 S. 36 Mark). Erdbewegungen und Jahreszeiten, Atmosphäre und Klima, Struktur und Oberfläche, Neulandgewinnung und Rekultivierung sind neben beeindruckenden Fotodokumenten Tupfer der umfangreichen Themenpalette. Aufwendige graphische Ausstattung und ein Speziallexikon der Schlüsselbegriffe runden die ganze Sache ab.

Wohl kaum ein Naturphänomen beschäftigt uns Menschen so unmittelbar wie das Wetter. In 820 Stichwörtern von A-Z kann man jetzt alles Wichtige über Wetterkunde nachschlagen. Tabellen und Übersichten über Klima-Daten der Kontinente, Temperaturen, Jahreszeiten, Niederschläge und Luftdruck geben Auskunft. Für all diejenigen, die den Geheimnissen unserer „Wetterpropheten" auf die Spur kommen wollen, ist Karl Roczniks **„Kleines Wetterlexikon"** (S. Hirzel Verlag, Stuttgart. 254 S., 29,80 Mark) gerade richtig.

Kunst- und Bildbände



Neu sind die Neuen Wilden nicht mehr. So wurde es Zeit, daß ihnen nach Katalogen und Paperbacks auch mal ein ordentliches Kunstbuch gewidmet wurde. Heinrich Klotz beschränkt sich allerdings auf **„Die Neuen Wilden in Berlin"** (Verlag Klett-Cotta, Stuttgart. 188 S., 145 Abb., 98 Mark), und da wieder nur auf Lüpertz, Hödicke, Hacker, Fetting, Salomé und Zimmer, die er mit Biographie, Beschreibung und jeweils in einem Interview vorstellt.

Der Sammler Serge Sabarsky hat Egon Schiele in den letzten Jahren mehrfach in Ausstellungen vorgestellt. Aber für den Band **„Egon Schiele"** (Zeichnungen und Aquarelle 1906–1918. Verlag Kunst & Antiquitäten, München. 142 S., 145 Abb., 48 Mark) konnte er noch einmal ein gutes Hundert Originale beisteuern, die sich in keinem der Ausstellungskataloge finden.

In gewohnt gediegener, hier in geradezu üppiger Aufmachung hat der Orell Füssli Verlag, Zürich u. Schwäbisch Hall, den Bildband **„Unsere Bahnen"** vorgelegt (200 S., 98 Mark). Ausschließlich dem Eisenbahnland Schweiz sind die rund 150 Aufnahmen und der Text von Harald Navé gewidmet. Aber sie belegen, daß die Schweiz über eines der dichtesten Schienennetze überhaupt verfügt und daß die Alpen eine Herausforderung für Ingenieure und Fotografen gleichermaßen darstellen.

Sie haben die Maler immer wieder angeregt, die **„Künstler, Clowns und Akrobaten"**. Das belegen Roland Berger und Dietmar Winkler mit ihrem Sammelband über den Zirkus in der bildenden Kunst (Kohlhammer Verlag, Stuttgart. 252 S., 284 Abb., 98 Mark). Da das Buch zuerst in Ost-Berlin erschien, finden sich darin nicht nur die berühmten Bilder, sondern auch weniger bekannte Beispiele von Malern aus Leipzig, Dresden oder Halle.

Architektur ist keine geheimnisvolle Sache. Sie verschließt sich nur dem ungeübten Auge. Und wie man das Auge trainiert, lehren die Amerikaner W. W. Caudill, W. M. Pena und P. Kennon in dem Band **„Begegnung mit Architektur, oder die Möglichkeit, sehend zu genießen"** (Verlag Archibook, Berlin. 176 S., 170 Abb., 39,80 Mark) auf entsprechend lockere Weise und mit gut ausgewählten Bildbeispielen. Da können selbst Architekten noch etwas lernen – vor allem, wie man Gebäude unkompliziert beschreibt.

NACHRICHTEN

Türkei verlor 0:8

Istanbul (sid) – Die Nationalmannschaft der Türkei unterlag in einem Qualifikationsspiel zur Fußball-Weltmeisterschaft in Istanbul gegen England mit 0:8. Die vom ehemaligen Bundestrainer Jupp Derwall beratenen Türken hatten in der Gruppe fünf zuvor schon ihr Heimspiel gegen Finnland mit 1:2 verloren. Sie haben bereits jetzt keine Chance mehr, sich für die Titelkämpfe 1986 in Mexiko zu qualifizieren.

Schalke geht in Revision

Gelsenkirchen (dpa) – Im Rechtsstreit mit seinem ehemaligen Torhüter Norbert Nigbur zieht der Fußball-Bundesligaklub Schalke 04 vor das Bundesarbeitsgericht in Kassel. Die Schalker wollen gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamm, nach dem Nigbur eine Geldstrafe von 2500 Mark wegen eines unentschuldigten Fehlens beim Training nicht zahlen muß, Revision einlegen. Wegen der großen Bedeutung des Falles streben sie für den Profifußball ein Grundsatzurteil an.

Deutsche Elf gefragt

London (dpa) – Der englische Fußball-Verband bemüht sich um ein Länderspiel gegen die deutsche Nationalmannschaft im Juni nächsten Jahres entweder in Mexiko-Stadt oder Los Angeles. Beide National-Teams haben für Juni 1985 eine Reise nach Mexiko geplant. Beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) sind für den freien Termin am 15. Juni neben England aber noch Weltmeister Italien und Brasilien im Rennen.

Schachpartie verschoben

Moskau (AFP) – Auf Antrag von Titelverteidiger Anatoli Karpow (UdSSR) ist die 24. WM-Partie gegen seinen Landsmann Garri Kasparow auf morgen verschoben worden. Karpow führt weiterhin mit 4:0.

Judo: Sieg für Neureuther

Wien (dpa) – Europameister Günter Neureuther aus München gewann ein stark besetztes Turnier in Wien. Der 28 Jahre alte Bronzemedaillengewinner von Los Angeles besiegte im Finale des Halbschwergewichts den ehemaligen Junioren-Weltmeister Jose Aurelio aus Brasilien.

ZAHLEN

FUSSBALL

Junioren-Europameisterschaft, Qualifikation, Gruppe 2: Portugal – Schweden 0:1, Gruppe 5: Österreich – Holland 0:0, Gruppe 7: Schottland – Spanien 0:2.

TENNIS

Turnier in Treviso, Männer, erste Runde: Schwaier (Deutschland) – Cane (Italien) 6:3, 6:1, Ocleppo (Italien) – Becka (Deutschland) 6:2, 7:5. – **Damen-Turnier** in Brisbane, zweite Runde: Pfaff – Betzner (beide Deutschland) 6:3, 6:2, Vanier (Frankreich) – Graf (Deutschland) 7:5, 7:6. – Doppel, erste Runde: Brown/Raschiatore (England/USA) – Graf/Rinaldi (Deutschland/USA) 7:6, 6:4.

SQUASH

Internationale Meisterschaften von Deutschland in München, Halbfinale: Norman (Neuseeland) – Dittmar (Australien) 1:9, 9:5, 9:5, 1:9, 9:4, Brumby (Australien) – Williams (England) 9:4, 1:9, 8:9, 9:6, 9:0.

TISCHTENNIS

Pokal, Halbfinale: Reutlingen – Saarbrücken 3:5, Grenzau – Jülich 2:5.

BASKETBALL

Deutscher Pokal, Frauen, Achtelfinale: TSV Weilheim – SG München 38:92.

RADSPORT

Sechstagerennen in München, Endstand: 1. Frank/Oersted (Dänemark) 379 Punkte, 2. Freuler/Pijnen (Schweiz/Holland) 431, 3. Thurau/Clark (Deutschland/Australien), 4. Wiggins/Doyle (Australien/England) eine Runde zurück, 5. de Wilde/Tourne (Belgien) 162 zwei Runden zurück, 6. Rinklin/Kristen (Deutschland) 272 drei Runden zurück. – Amateure: 1. Donike/Messerschmidt (Deutschland), 2. Günther/Kobeck (Deutschland), 3. Neuglo/Haltinger (Schweiz) elf Runden zurück.



Nach der Verbannung erfolgreicher Torschütze: Horst Feilzer, hier bei seinem zweiten Treffer gegen Leverkusen. FOTO: MÜLLER

FUSSBALL / Hamburger SV erkämpfte 1:1 in Stuttgart, wieder eine Niederlage für Bayer Leverkusen

Präsident zu Benthaus: Stellen Sie die Fehler ab

MARTIN HÄGELE, Stuttgart

Wenn zur Pause schon Schluß gewesen wäre: „3:0 mußten wir führen. Noch nie hatten wir in einem Spiel so viele Chancen gegen den HSV *wie diesmal*." Freude und Ärger im Gesicht von Gerhard Mayer-Vorfelder, Präsident des VfB Stuttgart, hatten sich ständig vermischt.

Schien er es zu ahnen? Oder kennt der Stuttgarter Boß seine Kadetten schon so gut? Auch die Reporter hatten einen harten Abend gehabt. Mit der Wiedergeburt des Meisters begann ihre Story. Aber am Ende flogen Sitzkissen, gab es Pfiffe. Und wenn die Hamburger noch so einen frechen und wieselflinken Wolfram Wuttke gehabt hätten – wer weiß, was noch passiert wäre. Die Schwaben konnten am Ende über das Remis froh sein.

Wenn sich mit einem ordentlichen Anpfiff und anschließendem Handauflegen eine Mannschaft präparieren ließe, dann hätte sich auch Mayer-Vorfelders Appell gelohnt. Der Präsident hatte nach der Blamage von Schalke (3:4) und angesichts des für einen Titelverteidiger beschämenden Mittelfeldplatzes Trainer Helmut Benthaus zum Handeln aufgefordert. *Keine Entschuldigungen* mehr, er könne das Gerede von den Verletzten nicht mehr hören, so der Klubführer zum Fußballehrer: „Stellen Sie die Fehler ab!"

Die deutlichen Worte von oben haben zum Teil gefruchtet. Selbst ein altgedienter Profi wie Bernd Förster hat ganz genau die Drohung registriert, „daß so etwas wie in Schalke nie mehr vorkommen darf". Denn die Schwäche des Meisters kann man ganz simpel vorrechnen: Im vergangenen Jahr kassierte die Stuttgarter Abwehr in 34 Spielen 33 Tore, heuer sind's nach 13 Spielen 24. Grob über den Daumen gepeilt heißt das, daß Förster & Co. doppelt so viele Treffer hinnehmen müssen.

Gegen den HSV war's lediglich einer. Und wenn der VfB-Verteidiger Günther Schäfer in der 57. Minute nicht an seine Rippenfellentzündung und die Schmerzen im Kreuz gedacht hätte, wäre womöglich auch der Hamburger Ausgleich durch Wolfgang Rolff nicht gefallen. Nach dem 1:1 war der Meister total von der Rolle geraten. *Kopflos* konterten die Stuttgarter, machten sich in der Hamburger Abseitsfalle lächerlich. Das, sagte Benthaus, habe ihn am meisten geärgert. Auch die Stuttgarter Profis rätselten an ihrem sonderbaren Leistungsabfall im zweiten Abschnitt herum. Man habe deutlich gesehen, wie sehr der Mannschaft Guido Buchwald fehle. „Guido hat in unserem System eine Schlüsselposition", sagte Karlheinz Förster, „er stabilisiert einerseits die Abwehr, andererseits treibt er den Angriff an."

Ein Mann allein als Ursache aller Probleme? Die Ausrede mit dem jungen Nationalspieler zieht spätestens beim nächsten Heimspiel nicht mehr. Gegen den VfL Bochum kann der beim Saisonstart verletzte Nationalspieler sein Comeback geben. „Wenn die Mannschaft alles nur auf den Ausfall Buchwald zurückführt, dann stellt sie sich kein gutes Zeugnis aus", sagt der Geschäftsführer Ulrich Schäfer. Eine ehrliche Meinung.

Die Problematik des VfB Stuttgart *liegt eher auf einer anderen Ebene.* Im Kopf und mit dem Mund fühlen sich die Spieler durchaus noch als Champions. Daß sich die Verhältnisse verkehrt haben, und zwar zu ihren Ungunsten, das wollen sie einfach nicht akzeptieren. Bezeichnend für diese Einschätzung ist die Aussage Karlheinz Försters: „Wir müssen uns nach oben orientieren, in der Rückrund kann noch viel passieren, die Bayern sind noch lange nicht weg."

Das schwäbische Publikum hat die augenblickliche Leistungsstärke seiner einstigen Lieblinge schneller erkannt. Nur 36 000 kamen zum Spiel gegen den HSV, der sonst meistens das Neckarstadion bis unters Dach gefüllt hatte. Manager Schäfer: „Die Zuschauer nehmen solche Leistungen nicht widerspruchslos hin. Sie verlangen ein meisterwürdiges Spiel – und das haben wir bisher nicht geboten."

Großes Warten auf Tore Millionensturm wertlos?

DW. Bonn

Dortmunds Fußball-Fans haben das Vertrauen in die Borussia noch nicht verloren. Immerhin 19 000 sahen den ersten Sieg unter dem neuen Trainer Erich Ribbeck (3:1 über Braunschweig). Die Mannschaft von Bayer Leverkusen verschleudert immer mehr Vertrauen, das Experten vor der Saison in sie gesetzt hatten. Die Investitionen von rund acht Millionen Mark seit 1981 zahlten sich auch beim Spiel gegen die der Zentrale untergeordnete Werksmannschaft von Bayer Uerdingen nicht aus, die 2:1 gewann.

Bayer Leverkusen ist jüngstes Beispiel für eine Binsenwahrheit: Erfolg läßt sich nicht kaufen. Trainer Dettmar Cramer lakonisch: „Die für die erste Serie kalkulierten zwanzig Punkte werden wir nicht mehr erreichen." Und das bei einem Angriff, in dem drei Spieler stehen, die zusammen allein rund 3,6 Millionen Mark gekostet haben und die nun ganz andere Rekorde aufstellen: Der Südkoreaner Bum Kun Tscha ist seit 740 Minuten ohne Torerfolg, Christian Schreier wartet seit 445 Minuten, und Herbert Waas traf in Uerdingen zum ersten Mal seit 390 *Minuten. Dettmar* Cramer findet dennoch hoffnungsvolle und tröstende Worte: „Sie werden ihre Formkrise überwinden und bald wieder treffen." Denn, so Cramer: „Libero Bast ist nach acht schwachen Spielen aus seinem Formtief raus. Torwart Vollborn kam aus seinem Loch – jetzt sind die Stürmer dran. Ich bin überzeugt, daß sie bald ihren Wert beweisen." So einfach ist das.

Cramers Uerdinger Kollege Karl-Heinz Feldkamp hatte mit einer ungewöhnlichen Methode Erfolg, einen Stürmer aus seiner Krise zu befreien. Zweimal setzte er Horst Feilzer auf die Ersatzbank, dann sogar auf die Tribüne – gegen Leverkusen erzielte Feilzer nun beide Treffer. Uerdingen hat im übrigen nur 1,8 Millionen Mark ausgegeben, gleich für vier Spieler (Wöhrlin, Gudmundsson, Wolfgang Funkel, Schäfer).

In Dortmund hat sich die düstere Gesamtlage (8,3 Millionen Mark Verbindlichkeiten, 4,4 Millionen Mark Netto-Verschuldung) etwas aufgehellt. Notpräsident Reinhard Rauball hatte mit seinen Hilferufen an die Zuschauer Erfolg und offensichtlich auch mit seinen Bittgängen. Der Deutsche Fußball-Bund, so heißt es, unterstütze wohlwollend die Sparbemühungen des Vereins. Die Lizenz für die nächste Saison sei bereits gesichert, ein Punktabzug als Strafe für den Verstoß gegen die Verbandsauflagen kein Thema mehr. Kein Wunder, daß dramatische Entwicklungen auf der Jahreshauptversammlung heute abend wohl ausbleiben werden. Die Wahl Rauballs und der Männer seines Vertrauens steht fest.

Im Spiel gegen Braunschweig zeigte die Mannschaft Ansätze zur Besserung, ausgerechnet die heftig kritisierten Schüler und Egli erzielten ihre ersten Saisontreffer. Trainer Ribbeck beklagt dennoch „eklatante individuelle Fehler, die sich so schnell nicht beheben lassen". Und er erlebte viel Krampf und körperliche Schwächen. Ribbeck: „Spiele dieser Art sind auch für die Betreuer unangenehm, aber sie lassen sich im Abstiegskampf *nicht vermeiden und werden noch* öfter kommen. Positiv ist, daß wir nach einer Phase der Unsicherheit angegriffen und uns Chancen erarbeitet haben. Das sollte Selbstvertrauen geben."

DIE TABELLE

1.München	11	8	2	1	25:11	18:4
2.K'lautern	12	5	5	2	20:15	15:9
3.Hamburg	13	4	7	2	21:18	15:11
4.Bremen	12	4	6	2	28:21	14:10
5.Bochum	12	4	6	2	20:17	14:10
6.Uerdingen	13	6	2	5	26:21	14:12
7.Stuttgart	13	5	3	5	34:24	13:13
8.M'gladbach	11	4	4	3	32:22	12:10
9.Köln	11	5	2	4	27:24	12:10
10.Karlsruhe	12	3	6	3	21:21	12:12
11.Frankfurt	12	4	4	4	29:30	12:12
12.Leverkusen	13	3	6	4	20:22	12:14
13.Mannheim	11	4	3	4	14:20	11:11
14.Schalke 04	12	3	5	4	23:28	11:13
15.Dortmund	13	4	1	8	15:24	9:17
16.Düsseldorf	12	2	4	6	21:28	8:16
17.Bielefeld	12	1	6	5	12:29	8:16
18.Braunschweig	13	4	0	9	21:36	8:18

Leverkusen: Sportausschuß abgeschafft

Schwimmt die SPD im grünen Fahrwasser?

KLAUS BLUME, Bonn

Das könne wohl nicht das Ziel der Bürger sein und deshalb sei eine solche Maßnahme auch nicht die Politik der SPD. Denn gerade die verlaufe in Sachen Sport ganz und gar gegenteilig. Warum fände im Januar 1985 auf Initiative der SPD sonst wohl ein Kongreß zum Thema „Sportförderung in den Kommunen" in Saarbrücken statt? Mit diesen Argumenten begegnete Peter Büchner, der sportpolitische Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, *dem Beschluß* seiner Leverkusener Parteifreunde, den dortigen kommunalen Sportausschuß gemeinsam durch Ratsmehrheit mit den Grünen abgeschafft zu haben. Hermann Heinemann, der sportpolitische Sprecher der SPD, teilte in einem Schreiben an Willi Weyer, den Präsidenten des Deutschen Sportbundes (DSB) mit, daß die Leverkusener Entscheidung ihm „wie ein Stein im Magen liege" und daß sich in ihr keinesfalls die Auffassung seiner Partei widerspiegele.

Was war in Leverkusen geschehen? Der nach der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen getroffene Beschluß, den Sport- und Bäderausschuß einer der wichtigsten deutschen Sportstädte durch einen Umweltausschuß zu ersetzen, wurde vom Rektor der Deutschen Sporthochschule Köln, Dietrich Quanz (Leverkusen), als das „mögliche Ende der Sportfraktion der Parlamente" bezeichnet. Die CDU hat SPD-Oberbürgermeister Hans Henning bereits zu einer Wiedereinrichtung des Sportausschusses aufgefordert.

Was jetzt in Leverkusen geschehen ist, bezeichnet Irmgard Mierbach-Brungs, die SPD-Fraktionsgeschäftsführerin *in Leverkusen,* allerdings als eine notwendige pragmatische Entscheidung auf verwaltungstechnischem Weg. Laut Landtagsbeschluß in Nordrhein-Westfalen habe kommunale Sportpolitik nämlich künftig nur noch über die Bezirke und nicht über die Sportausschüsse zu erfolgen. Irmgard Mierbach-Brungs zur WELT: „Daß wir den Sportausschuß in Leverkusen nicht wieder eingerichtet haben, war kein Bestandteil unserer Absprachen mit den Grünen. Aber vielleicht geschah unser Schritt zu früh und zu schnell."

Die Grünen haben in Leverkusen, wo sie im Oktober als erste grüne Fraktion einen Bürgermeister in einer deutschen Großstadt stellten, allerdings nicht mit verwaltungstechnischen Zwängen argumentiert, sondern damit, daß der Umweltschutz in der Region Leverkusen eindeutigen Vorrang habe. Um den Sport kümmere sich ohnehin der ortsansässige Chemie-Konzern Bayer. Fragt sich nur, wer sich dann um die 104 anderen Leverkusener Sportvereine kümmern soll, wer um den Breitensport, wer um diejenigen, die Sport treiben möchten, ohne sich gleich einem Verein anzuschließen?

Das ist genau der Punkt, der beim Deutschen Sportbund (DSB) *viel mehr als nur Erstaunen* verursacht hat und gleichzeitig die nicht unbegründete Befürchtung auslöste, der Fall Leverkusen könne womöglich eine bundesweite Signalwirkung haben. DSB-Präsident Willi Weyer schrieb in dieser Angelegenheit bereits am 25. Oktober einen Brief an Hermann Heinemann, in dem er „merkwürdige Begründungen", „eine sportunfreundliche Handlung" und die Verletzung „sportpolitischer Grundsätze" monierte.

Denn es steht fest, daß die Grünen weder auf Bundes- noch auf Landes- oder auf Kommunalebene bisher ein gültiges Arbeitspapier zum Thema Sport vorgelegt haben. Walter Schwenniger aus Tübingen, das gegen den Protest der eigenen Fraktion durchgesetzte grüne Mitglied des Sportausschusses im Deutschen Bundestag, deutete lediglich an, die Sport-Schwerpunkte der Grünen könnten auf breitensportlichen Aktivitäten liegen.

So gesehen, könnte es freilich dazu kommen, daß Weyer am 1. Dezember auf der Hauptausschaussitzung des Deutschen Sportbundes in Frankfurt die Frage stellen wird, ob die SPD in Zukunft beabsichtige, in Sachen Sportpolitik im grünen *Fahrwasser zu schwimmen?* Und es wird selbstverständlich sein, daß der DSB nun ein Spitzengespräch mit der SPD suchen wird. Dies alles vor dem Hintergrund gesehen, daß Sport in jedweder Form für die Grünen, den hier und dort vorhandenen sozialdemokratischen Koalitionspartner, *nicht existent zu* sein scheint. Bahnt sich am Ende vielleicht folgende grüne Sportzukunft an? Zuerst werden die Sportausschüsse abgeschafft, anschließend kommen die Sport- und Badeämter dran, und schließlich geht es darum, die Sporttitel zu verhindern, also die Etatansätze für den Sport im Bund, in den Ländern und in den Kommunen. Danach hieße also: Kranke Menschen leben in einer gesundeten Umwelt.

Sollte Leverkusen diese Signalwirkung haben, so geschieht das immerhin vor folgendem Hintergrund: Der Deutsche Sportbund meldete, daß er nach seiner neuesten Statistik auf fast 19 Millionen Mitglieder verweisen kann, und das sind immerhin 30,7 Prozent der Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet. Bemerkenswert dabei ist, daß es in fast allen Sportarten und Landessportbünden eine Steigerung zu verzeichnen gab. Was sagte doch Peter Büchner, der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag? „Die Leverkusener Entscheidung kann nicht das Ziel der Bürger sein."

STAND ● PUNKT / *Ungebrochene Popularität*

Immerhin: 89 000 Besucher hatten sich beim Münchner Sechstagerennen die Nächte um die Ohren geschlagen – ein neuer Zuschauerrekord. Eine Steigerung sei kaum mehr möglich, resümierte denn auch Werner Göhner, in Personalunion Münchner Olympiapark-Direktor und Präsident aller im Verband erfaßten deutscher Radfahrer. Einen derartigen Zuspruch habe man aber weniger den dänischen Siegern Frank/Oerstedt zu verdanken als vielmehr einem Mann, der während des Rennens seinen 30. Geburtstag feierte: Dietrich Thurau. Er war gemeinsam mit seinem australischen Partner Danny Clark der erklärte Publikumsliebling, obwohl die beiden nur den dritten Platz belegten.

Eine erstaunliche Entwicklung, denn Thuraus frühere Doping-Affären, Vertrags-Eskapaden und Mißerfolge dürften im Grunde alles andere als Beifallsstürme versursachen. Aber das ist ja ohnehin nur die eine Seite der Plakette.

Thurau – das war und ist ein überaus eleganter, hochtalentierter und mittlerweile auch erfahrener Berufs-Radrennfahrer. Thurau – das ist nach dem Rücktritt des zuvor alles überragenden Belgiers Patrick Sercu der internationale Dreh- und Angelpunkt im Sechstage-Sport geworden. Was sich in der letzten Saison auch darin zeigte, daß er der erfolgreichste Fahrer im großen Winterbahngeschäft war. Thurau – das ist auch weiterhin bei sorgfältigem Trainingsaufbau ein Straßenprofi von internationaler Extraklasse. Er bewies das allen Unkenrufen zum Trotz vor zwei Jahren beim Giro d'Italia, als er Fünfter wurde. Und er will es 1985 wieder bei der Tour de France versuchen.

Das ist vielleicht die Ursache seiner ungebrochenen Popularität. Denn die Zuschauer kommen kaum wegen der blonden Locken und der blauen Augen.

K. Bl.

Fechten: Emil Beck droht die Isolation

sid, Düsseldorf

Hinter den Kulissen des Deutschen Fechter-Bundes (DFeB) geht nicht alles so rosig zu, wie es die jahrelangen Erfolge und Medaillengewinne bei Europa- und Weltmeisterschaften sowie Olympischen Spielen – in Los Angeles waren es zuletzt zwei Gold- und drei Silbermedaillen – glauben machen könnten. Horst Wauschkun, einer der Vizepräsidenten des DFeB, hat mit seinem Verzicht auf eine Wiederwahl beim deutschen Fechtertag (21. 11.) die Krise offengelegt.

Für seinen Verzicht gab Wauschkun neben *gesundheitlichen* Gründen vor allem auch „Frustration über die Zusammenarbeit im DFeB-Präsidium" an. Der für den Leistungssport zuständige Hamburger ist einer der wenigen Fürsprecher von Bundestrainer Emil Beck und seiner Fecht-Hochburg Tauberbischofsheim. Denn das Leistungszentrum in Nordbaden erntet nicht nur Lob. Kritiker im DFeB-Präsidium behaupten, das Fechtzentrum werde im Vergleich mit Bonn, Heidenheim, Offenbach oder Hannover zu viele Förderungsmittel erhalten. Präsident Güse hielt Beck vor, im Schatten von Tauber*bischofsheim könnten keine anderen* Vereine gedeihen.

Ausschlaggebend für den Rückzug von Wauschkun, der noch ein Jahr im Amt bleiben wollte, um einen Nachfolger einzuarbeiten, war wohl ein Sitzungsprotokoll der Landesverbände. 16 von ihnen hatten sich darin strikt gegen eine Wiederwahl des 56 Jahre alten Vizepräsidenten ausgesprochen. Der Präsident des Rheinischen Fechter-Bundes, Wulf Preising, hatte dazu allerdings erklärt, dies sei lediglich aus verbandsrechtlichen Erwägungen geschehen.

Bundestrainer Emil Beck zeigte sich betroffen von den Vorgängen innerhalb des Fechterbundes. „Das ist ein Hammer, ich bin betroffen. Mir ist es absolut unverständlich, daß man den erfolgreichsten Sportwart der letzten Olympischen Spiele ablehnt", sagte er.

SPD: Bundeswehrplanung der Regierung auf Sand gebaut

Bülow legt „Skizzen einer Bundeswehrstruktur der neunziger Jahre" vor

RÜDIGER MONIAC, Bonn

In mehreren Dringlichkeitsanfragen an die Bundesregierung haben Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion kritisiert, daß Bonn der neuen NATO-Planung zur Bekämpfung *von Verstärkungskräften* des Warschauer Paktes im Hinterland ohne Einschaltung parlamentarischer Gremien zugestimmt habe. Entsprechende kritische Fragen waren vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ehmke und dem Obmann der SPD-Fraktion im Unterausschuß Abrüstung und Rüstungskontrolle, Scheer, eingebracht worden. Im Bundestag versicherte dazu der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Würzbach, seit Bestehen des westlichen Bündnisses sei es üblich, daß konkrete Planungen in geheimer Sitzung beschlossen würden. Zu gegebener Zeit würde auch das Bonner Parlament über die Vorhaben unterrichtet.

Unterdessen legte der Vorsitzende der Kommission Sicherheitspolitik beim Parteivorstand der SPD, Andreas von Bülow, „Skizzen einer Bundeswehrstruktur der neunziger Jahre" vor. Bülow, der diese Arbeit nicht im Auftrag der Kommission sondern für sich selbst fertigte, sagte dazu vor Journalisten, die Bundeswehrplanung von Verteidigungsminister Wörner für die nächsten 15 Jahre sei „geschönt und frisiert" und wegen einer unzuverlässigen Finanzplanung „auf Sand gebaut".

„Beachtlicher Leerlauf"

Für den SPD-Bundestagsabgeordneten kommt es bei der Zukunftsplanung für die deutschen Streitkräfte nicht darauf an, den Friedensumfang der Bundeswehr bei *495 000 Mann zu* halten, für ihn ist nach eigenen Worten deren „Aufwuchsfähigkeit im Verteidigungsfall" wichtiger. Deshalb will er am Verteidigungsumfang von 1,3 Millionen Soldaten nicht rütteln, ist aber bereit, ihren Umfang im Frieden „tendenziell mit der Geburtenkurve zurückzunehmen". Auch wandte er sich eindeutig gegen die Absichten der Bundesregierung, zur Sicherung eines möglichst hohen Friedensumfangs den Grundwehrdienst von heute 15 in den kommenden Jahren auf18 Monate zu verlängern. Bülow meinte, in den 15 Monaten stecke bereits „beachtlicher Leerlauf, der die Bereitschaft zum Wehrdienst eher untergräbt als fördert". Dies werde sich mit einer Verlängerung noch verschärfen.

Bülow will auch die Ansicht von Verteidigungsminister Wörner nicht gelten lassen, die Bundeswehr brauche einen möglichst hohen präsenten Friedensumfang, weil sie allenfalls eine Zeit von 48 Stunden zur vollen Mobilisierung gegen einen möglichen Angreifer aus dem Osten verfügbar habe. Der SPD-Politiker hielt dem entgegen, daß Bonns NATO-Partner wie die Niederlande, Belgien, Dänemark und auch Großbritannien die Annahme einer Warnzeit von 48 Stunden nicht akzeptierten. Sie weigerten sich, „in Friedenszeiten den Großteil ihrer Truppen auf Wacht zu halten". Von den Franzosen meinte Bülow, sie lehnten es überhaupt ab, „sich in die Vorneverteidigung an der innerdeutschen *Grenze auch nur einplanen zu* lassen". Auf das Argument der Hardthöhe, daß gerade wegen dieser Schwäche der NATO in Mitteleuropa die Bundeswehr die Lücken der Verbündeten decken müsse, ging der SPD-Politiker in seinen gestern vorgelegten „Skizzen" nicht ein.

Er zeigte sich überzeugt, daß die Warnzeit „eher nach Wochen denn nach Tagen zu berechnen" sei. Des*halb will Bülow die Vorneverteidi*gung künftig mit einem geringeren Friedensumfang realisieren, zu dem Mobilisierungs-Reservisten zur Erreichung der vollen Kampfkraft der Bundeswehr entscheidend beizutragen hätten. Bülow versuchte den Eindruck zu verbreiten, als bilde die Bundeswehr die Wehrpflichtigen nur für ihre Aufgaben während ihres Grundwehrdienstes aus und überlege *nicht*, welche Aufgaben sie als Reservisten haben. Als Beispiel führte er eine Panzerbesatzung an, die nach seiner Darstellung nach der Entlassung aus dem Grundwehrdienst nicht mehr zusammengehalten werde und nicht wieder in die Kampfeinheit zurückkehre. Weiter warf er der Bundeswehr konkret vor, sie sei nur zwischen Montag und Freitag „wirklich präsent". An den Wochenenden ver*lasse sie sich „auf eine Art Reservi*stenstruktur mit erleichtertem Zugriff auf die gerade dienenden Soldaten". Selbst von SPD-Politikern wird gefragt, welche Absichten der Kommissionsvorsitzende beim Parteivorstand, von Bülow, mit seinen von ihm allein zu verantwortenden Überlegungen zur Bundeswehr verfolgt. Ob der SPD-Vorsitzende Brandt Bülows Aktivitäten gutheißt, ist ungewiß. Jedenfalls veranstaltete Bülow zur Vorlage seiner „Skizzen" gestern eine Pressekonferenz im Ollenhauer-Haus, die der Vorstandssprecher Rolf Clement leitete. Dieser kündigte die Ausführungen Bülows mit den Worten an, er habe „beim Parteivorstand" *seine „Skizzen" vorgelegt.*

Meinungsunterschiede

In Partei und Fraktion scheint gegenwärtig unklar zu sein, wer für die *Formulierung außen- und sicher*heitspolitischer Überlegungen letztlich die Verantwortung hat. In der Fraktionssitzung vom 23. Oktober hatten Ehmke und Bülow, der während Lebers und Apels Amtszeit als Verteidigungsminister *Parlamentari*scher Staatssekretär gewesen war, einen Antrag durchgesetzt, der Wörners angeblich zu schnelle Verabschiedung der Bundeswehrplanung ohne Einschaltung der zuständigen parlamentarischen Gremien scharf kritisierte.

Diese Linie vertrat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung, Erwin Horn, später auch in der Öffent*lichkeit, obwohl er offensichtlich* auch zu der Gruppe um Jungmann und Scheer gehört, die Ehmkes und Bülows pauschale Ablehnung der Wörnerschen Bundeswehrplanung nicht hinnehmen wollte. Jungmann und Scheer formulierten einen Änderungsvorschlag, in dem es hieß, eine Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate sei im Zusammenhang mit einer Veränderung der Bundeswehrstruktur *nicht* auszuschließen. Diese Position verbanden beide mit der Zielsetzung, beiderseits der Grenze in Deutschland einen atomwaffenfreien Streifen von 150 Kilometer Breite zu schaffen, in der Bundeswehr die atomaren Trägerwaffen abzuschaffen und in der NATO streng zwischen konventionellen und nuklearen Trägersystemen zu unterscheiden. Mit dieser Änderung scheiterten *aber* Scheer und *Jungmann*, so daß die Fraktion aufgrund Ehmkes und Bülows Initiative gegenwärtig strikt auf die Ablehnung der Bundeswehrplanung der Regierung festgelegt ist.

Seerecht: Genscher kontra Bangemann

● Fortsetzung von Seite 1

sondern gibt nur eine Kompetenzzuweisung. Kritisch merkt jedoch der CDU-Experte Kittelmann, außenwirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion, hierzu an, daß der internationale Ansatz für eine Regelung – gerade im Umweltschutz wichtig – fehle.

Kittelmann hat in einem Gespräch mit der WELT die Ablehnungsgründe noch einmal verdeutlicht: Eine Zeichnung mit Vorbehalt zum Tiefseebergbauregime, wie sie Genscher fordert, sei für die Union aus mehreren Gründen nicht akzeptabel. Sie sieht es als wirksamer und glaubwürdiger an, wenn Bonn zusammen mit Washing*ton und London „von außen"* versucht, die unbefriedigenden Regelungen zu verändern. Dabei wird auf das Beispiel Frankreichs und Japans hingewiesen, die den von Genscher empfohlenen Weg gegangen und der Vorbereitungskommission durch Zeichnung beigetreten seien.

Für Kittelmann ist entscheidend, daß die Vorbereitungskommission überhaupt kein Mandat für eine Textänderung hat. Ihre Aufgabe sei vielmehr die Umsetzung des kodifizierten Textes: „Wer zeichnet, wird Mitglied dieser Kommission." Zudem fürchtet er, daß sich nach der vom Auswärtigen Amt befürworteten Zeichnung der öffentliche Druck auf die Ratifikation verlagere. Erst mit der Ratifikation durch das Parlament wird der Beitritt vollzogen. Wer ratifiziert, müsse sich an den Kosten beteiligen. Auf die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik entfielen etwa 40 Prozent des Beitragsaufkommens für die Meeresbergbaubehörde.

Gegen eine Zeichnung spreche auch, daß hier erstmals – mit hoher Präjudizwirkung – in einem völkerrechtlichen Abkommen wichtige Bestandteile der von der Dritten Welt geforderten Neuen Weltwirtschaftsordnung von den Industrieländern akzeptiert werden sollen; so zum Beispiel der zwangsweise Technologietransfer, Produktionsbeschränkungen für den Tiefseebergbau zugunsten des terrestrischen, Abgaben der privaten Unternehmen an die Behör*de in einem Ausmaß, die einen* rentablen Meeresbergbau ausschließe, sowie die Bestimmung über eine später einzuberufende Revisionskonferenz, die mit Dreiviertelmehrheit alle Regelungen ändern könne.

Blüm: Auf die Krankenversicherung rast eine neue Kostenlawine zu

1984 droht Defizit von vier Milliarden / Gesundheitspolitik kein Wettlauf um Geldquellen

PETER JENTSCH, Bonn

Auf die gesetzliche Krankenversicherung „rast" nach den Worten von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm „eine neue Kostenlawine zu". Vor der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen machte Blüm gestern deutlich, daß die Bundesregierung nicht gewillt ist, dieser Entwicklung tatenlos zuzusehen.

Auch die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung bestätigten, *daß ihnen in diesem Jahr* ein Defizit in Höhe von rund vier Milliarden Mark drohe. Karl Kaula, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen: „Einige Krankenkassen bewegen sich am *Rande der Liquidität.*" Sprecher der Orts-, Innungs- und Betriebskrankenkassen kündigten für 1985 bereits „Beitragsanhebungen auf breiter Front" an.

Nach Darstellung der Kassen sind ihre Leistungsausgaben im ersten Halbjahr 1984 um 8,1 Prozent gestiegen, während die Steigerung der Grundlohnsumme, aus der die Einnahmen geschöpft werden, nur bei drei Prozent gelegen habe. Dieser Trend habe sich bis heute fortgesetzt.

Blüm nannte diese Entwicklung eine „kalte Dusche für jede wirtschaftliche und soziale Besserung". Als Folge der angekündigten Beitragserhöhungen werde die Preisstabilität, „das größte sozialpolitische Erfolgserlebnis dieses Jahres, demontiert". Zudem würden die Beitragserhöhungen den Erfolg der geplanten Steuersenkung wegwischen, bevor er eingetreten sei. Schließlich steigerten die Erhöhungen auch die Lohnnebenkosten, „die wie eine Rationalisierungspeitsche wirken und den Ersatz von Mensch durch Maschine beschleunigen". Der Minister: „Die arbeitsplatzintensiven mittelständischen Betriebe werden davon besonders hart betroffen, denn Beiträge sind arbeitsplatzgebundene Abgaben. Durch diese Entwicklung werde auch das Bemühen der Bundesregierung konterkariert, die Rentenfinanzen im Rahmen gesamtwirtschaftlicher Belastungsneutralität zu sanieren."

Eine Gesundheitspolitik, die nur als Kostenpolitik betrieben werde, lehnte Blüm als „Scheuklappenpolitik" ab. Auch der medizinische Fortschritt verlange seinen Preis. Er setzte aber dem Bestreben der Kassenärztlichen Bundesvereinigung einen *Dämpfer auf, mehr Mittel aus dem* Finanzkuchen der Krankenversicherung über die Verbesserung medizinischer Diagnose und Therapie für die ambulante ärztliche Versorgung herauszuschneiden. Blüm: „Bei dem hohen Gesamtvolumen, das unser Gesundheitssystem in Anspruch nimmt, muß der medizinische Fortschritt aus den vorhandenen Mitteln finanzierbar sein. Gesundheitspolitik ist kein Wettlauf um Geldquellen, welche jene Gruppe gewonnen hat, die das meiste Geld abschöpft."

Blüm appellierte an die Beteiligten des „Konzerts in Weiß", insbesondere an die Leistungserbringer, an Ärzte, Zahnärzte und Pharmaindustrie, „die Konsensfähigkeit" mit den Leistungszahlern, also den Krankenkassen, nicht erlahmen zu lassen. Als Indiz für dieses „Erlahmen" wertete er das Scheitern der Verhandlungen zwischen Kassen und Pharmaindustrie, die Preisentwicklung bei Arzneimitteln vertraglich in neue Bahnen zu lenken.

Aus Kreisen des Bundesarbeitsministeriums verlautete dazu am Rande des Konzerts, man werde mit einem Bündel von Maßnahmen versuchen, ein Instrumentarium zu schaffen, das eine preiswertere Arzneimittelversorgung ermögliche. Dazu soll unter anderem die möglichst schnelle Einführung einer Preisvergleichsliste gehören, die es dem Arzt ermögliche, das „billigste" Medikament zu verordnen. Überlegt wird auch eine Erweiterung der „Negativliste", die die medikamentöse Behandlung von Bagatellerkrankungen auf Kassenkosten ausschließt. Die Pharmaindustrie warnte vor übereilten Eingriffen des Gesetzgebers und erklärte sich zu weiteren Verhandlungen bereit.

Wie die WELT weiter aus Kreisen der Krankenversicherung erfuhr, strebt sie gemeinsam mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung an, die Arzneimittelausgaben durch eine veränderte Verordnungstätigkeit der niedergelassenen Ärzte um zehn Prozent (das sind rund 1,4 Milliarden Mark) zu senken.

Vor dem Konzert sagte Blüm, daß er nach wie vor von einer Einigung mit den Ländern über eine wirksame Reform der Krankenhausfinanzierung überzeugt sei. Da die Kassen das meiste Geld für die stationäre Be*handlung ausgäben, müsse* es das Ziel der Reform sein, ihre Mitsprache zu verbessern. Karl Kaula appellierte als Sprecher der gesetzlichen Krankenversicherung insbesondere an die Länder: „Nehmen Sie zur Kenntnis, daß Sie mit der Krankenhausnovellierung das Schicksal der künftigen Kostendämpfungspolitik bestimmen."

Herrschaft des DGB in den Betriebsräten bremsen

Fraktionen von CDU/CSU und FDP wollen Minderheitenschutz

GÜNTHER BADING, Bonn

Die in zahllosen Betriebs- und Personalräten bisher allein den Ton angebenden Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) werden künftig den Minderheitsgruppen wie Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) oder Christlicher Gewerkschaftsbund (CGB) mehr Mitspracherechte einräumen müssen. Zum einen bereiten die Fraktionen von CDU/CSU und FDP derzeit ein Artikelgesetz zum Minderheitenschutz in der Betriebsverfassung und zur gesetzlichen Verankerung von eigenen Ausschüssen der Leitenden Angestellten vor. Zum anderen hat das Bundesverfassungsgericht die bisher geltende Quorums-Regelung bei der *Listenaufstellung* für Personalratswahlen (die Regelung bei Betriebsratswahlen ist gleichlautend) als verfassungswidrig und daher unzulässig bezeichnet.

Die „Quorums"-Bestimmung, nach der entweder ein Zehntel der Beschäftigten oder aber mindestens 100 Wahlberechtigte ihre Unterschrift unter eine Liste zur Betriebsratswahl setzen müssen, habe dazu geführt, daß DGB-Gewerkschaften bereits „im Vorfeld der Wahl andere konkurrierende Gewerkschaften auszuschalten oder deren Zulassung wesentlich zu erschweren" versucht hätten, erklärt der CSU-Abgeordnete Peter Keller dazu. Bei der Unterschriftensammlung werde auch Druck auf die Beschäftigten ausgeübt.

Die CDU/CSU will nun erreichen, daß künftig für die Zulassung der Wahlvorschläge von Gewerkschaften die Unterschrift von zwei Beauftragten ausreicht. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Adolf Müller (Remscheid) verwies gestern darauf, daß mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes, der nicht nur für Personalräte sondern auch sinngemäß für Betriebsräte Anwendung finden müsse, die Absicht der Unionsfraktion „über die allgemeine politische Rechtfertigung hinaus eine durchschlagende verfassungsrechtliche Legitimation" erhalte.

Die CDU/CSU-Fraktion will weiterhin durchsetzen, daß Freistellungen und Besetzungen von Ausschüssen der Betriebsräte künftig nach dem Verhältnis der in den Betriebsrat gewählten Gruppen vorgenommen werden. Mit seiner Mehrheit habe der DGB bisher Vertreter anderer Gruppen glattweg ausgeschaltet, heißt es.

Im DGB wurde das Gesetzesvorhaben schon heftig als „Verschlechterung" des Betriebsverfassungsgesetzes und „Abbau von Arbeitnehmerrechten" kritisiert.

Kohl: Chance für ein Stück Abrüstung

HANNA GIESKES, Düsseldorf

„Eine reelle Chance für ein Stück Abrüstung" sieht Bundeskanzler Helmut Kohl nach der amerikanischen Präsidentenwahl. Beim traditionellen Martinsmahl der nordrhein-westfälischen Bauindustrie kündigte Kohl in Düsseldorf an, daß er noch „innerhalb der nächsten zwei Wochen" nach Washington reisen werde, um mit Präsident Ronald Reagan mögliche Initiativen zu besprechen.

Er halte es für seine „moralische Pflicht", die Abrüstung im nuklearen und später auch im konventionellen Bereich voranzubringen, sagte der Kanzler weiter, „denn wir wollen keinen kalten Krieg und keine Eiszeit"; er werde dies mit der ganzen Autorität seines Amtes betreiben.

Der amerikanische Präsident wisse überdies, daß alle westlichen NATO-Partner sich in den entscheidenden Bündnis-Fragen einig seien „und daß die Bundesrepublik Deutschland wieder ein berechenbarer Faktor in der internationalen Politik geworden ist".

Wahrer Friede sei indes ohne Freiheit nicht denkbar: „Es bleibt das Ziel unserer politischen Bemühungen, uns auch für die Freiheit der Bürger im anderen Teil Deutschlands einzusetzen", sagte der Kanzler weiter. Er ließ keinen Zweifel daran, *„daß die deutsche Frage offen ist"*. Es sei die Pflicht der Bundesregierung, den Willen zur Einheit der Nation nicht aufzugeben: „Dies ist ein geschichtlicher Auftrag an unsere Generation".

Kohl wertete es als glückliche Erfahrung seiner Amtszeit, daß sich das deutsch-deutsche Verhältnis „trotz der Stationierung von Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden" verbessert habe: „Bis Weihnachten werden mehr als 30 000 Bürger aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sein."

Deutsche Bank zu den Parteienspenden

■ Fortsetzung von Seite 1

– Stärkung der internationalen Zusammenarbeit demokratischer Institutionen.

Irgendwelche Vorteile haben wir mit den gewährten Spenden weder angestrebt noch erhalten. Wünsche oder Forderungen wurden niemals damit verbunden. Wir haben nie versucht, Prozesse politischer *Willensbildung* oder politischer Entscheidungen durch Gewährung oder Vorenthaltung von Spenden zu beeinflussen.

Einrichtungen, wie z. B. die Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V., die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Friedrich-Naumann-Stiftung waren und sind als juristische Personen zur Förderung staatspolitischer Zwecke anerkannt und zur Ausstellung von Spendenquittungen berechtigt. Sie haben über die von uns gezahlten finanziellen Zuwendungen entsprechende Spendenbescheinigungen ausgestellt.

Die Bescheinigungen dieser Institutionen sind durch die in unserer Bank fast ständig tätigen steuerlichen Betriebsprüfer während der vergangenen 25 Jahre nicht ein einziges Mal beanstandet worden. Die durch ihre Spendenquittungen bescheinigten Zuwendungen wurden stets als steuerlich abzugsfähig anerkannt.

Uns, der Finanzverwaltung und vor allem den politisch Verantwortlichen war immer bewußt, daß unsere Zuwendungen *zur Förderung staatspolitischer Zwecke* auch der Arbeit der staatstragenden politischen Parteien unseres Landes zugute kamen.

Dies war gewollt und notwendig!

Über die steuerliche Behandlung der Zuwendungen war nicht nur die Finanzverwaltung unterrichtet. Vielmehr haben Politiker aller Parteien, Minister und andere Amtsträger die Handhabung gekannt, angeregt und gebilligt. Hierdurch ist ein *Vertrauensta*tbestand *geschaffen* worden, der nicht nachträglich in Frage gestellt und in eine kriminelle Handlung umgemünzt werden kann.

Wir gingen und gehen auch heute davon aus, daß die permanent bei uns tätigen Prüfer der Finanzbehörden gleich uns darauf vertraut haben, daß die für die Spendenempfänger zuständigen Finanzämter ihrem gesetzlichen Auftrag zur Steueraufsicht *nachgekommen* sind und von *ihren* Möglichkeiten Gebrauch gemacht haben, die gesetz- und satzungsgemäße Verwendung der erhaltenen Spenden festzustellen. Die Finanzverwaltung hatte dazu mehrere Jahrzehnte lang Zeit. Wir verwahren uns deshalb mit Entschiedenheit gegen den Vorwurf, mit unseren Zuwendungen Steuerhinterziehung begangen zu haben.

Kein demokratischer Staat kann ohne die Hilfsbereitschaft seiner Bürger und Unternehmen auskommen. Aus dieser Überzeugung handeln wir.

Insgesamt hat die Deutsche Bank in den letzten 27 Jahren 114 Mill. DM gespendet, davon für wissenschaftliche Zwecke 46 Mill., für gemeinnützige und karitative 39 Mill. und für staatspolitische Zwecke 29 Mill. DM.

Der Vorstand der Deutschen Bank

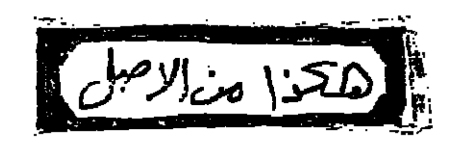
Blessing Burgard Cartellieri Christians Ehret Guth
Herrhausen van Hooven Kopper Mertin Weiss Zapp

Mehr Raum für christliche Werte

rmc. Bonn

Bundesverteidigungsminister Wörner möchte mithelfen, daß in der Bundeswehr der Besinnung auf christliche Werte noch mehr Raum als bisher schon gegeben wird. In einem Gespräch mit dem „Arbeitskreis Christlicher Publizisten" (ACP), der sich als überkonfessionelle Vereinigung von Journalisten und Theologen begreift, erklärte sich Wörner bereit zu prüfen, wie bei Veranstaltungen in der Truppe, auf denen sich Kommandeure um ein verbessertes Verständnis für die Führung der ihnen anvertrauten Soldaten bemühen, auch ACP-Vertreter entsprechende Beiträge liefern können.

Heinz Matthias, der ACP-Vorsitzende, berichtete der WELT weiter, Wörner habe sich in sehr persönlichen Äußerungen als ein Mensch offenbart, der die Kraft für sein schweres Amt auch aus seinem Glauben als evangelischer Christ schöpfe. In der modernen Welt, in der es Risiken gebe wie auch in der vergangenen, sei Angst keine christliche Tugend, habe der Minister festgestellt. Es sei bedauerlich, daß bestimmte Kreise in den Kirchen dies propagierten.



Begründete Zuversicht

Mk. – Optimistischer als die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und auch als das Bundeswirtschaftsministerium schätzt das Institut der deutschen Wirtschaft, das vor allem von der Industrie getragen wird, die konjunkturelle Entwicklung für das nächste Jahr ein. Sicher keine Gesundbeterei. Vielmehr erscheint die Argumentation plausibel, die dazu führt, daß für 1985 mit einem Anstieg des realen Bruttosozialprodukts von 2,5 bis drei Prozent gerechnet wird.

Die Dynamik wird auch im nächsten Jahr wieder von den Investitionen und dem Export ausgehen. Allerdings gab es 1984 hier Überraschungen, die sich gegenseitig kompensiert haben, so daß unter dem Strich das zum Jahresbeginn vorausgesagte Wachstumstempo von 2,5 Prozent erreicht werden dürfte. Der Export schoß doppelt so schnell nach oben, während der Zuwachs bei den Investitionen gerade die Hälfte dessen erreichen dürfte, was erwartet wurde.

Es spricht nichts dafür, daß sich die Lage an der Außenfront grundsätzlich ändert, selbst wenn es in den USA zu einer Konjunktur-Abschwächung kommen sollte. Die Aussichten für eine kräftige Belebung der Investitionen sind jedoch günstig. Darauf deuten nicht nur die jüngsten Auftragseingänge und die gestiegene Auslastung der Kapazitäten sowie der Nachholbedarf und der technologische Modernisierungsdruck, sondern vor allem die bessere Ertragslage der Unternehmen hin. Das sinkende Renditegefälle zwischen Kapitalmarkt und Sachanlagen stärkt die Investitionsneigung. Der Schuß mehr Zuversicht ist also begründet.

Wachablösung

J. Sch. (Paris) – Obwohl die französische Regierung den Notenbankgouverneur jederzeit ablösen kann, hat sie damit den Tag gewählt, an dem Renaud de La Génière sein fünfjähriges Amtsjubiläum beging. Damit trägt sie (nicht verwirklichten) Plänen der Regierung Giscard–Barre Rechnung, nach ausländischem Vorbild ein Fünf-Jahresmandat einzuführen. Gleichwohl bestehen Zweifel, ob es sich um eine normale Wachablösung handelt. Hatte de La Génière doch in letzter Zeit die Finanzpolitik der sozialistischen Regierung – insbesondere die Verschuldung – in einer Schärfe kritisiert, wie man das in Frankreich von einem Notenbankgouverneur nicht gewohnt ist. Ob sein Nachfolger Michel Camdessus gefügiger sein wird, bleibt abzuwarten. Als ehemaliger Chef des Schatzamtes bringt er an sich gute Voraussetzungen für sein neues Amt mit. Aber de La Génière war noch von der bürgerlichen Regierung ernannt worden. Dieser Vertrauensvorschuß fehlt seinem Nachfolger.

Ziele der Industriewerbung

Von GERD BRÜGGEMANN

Das Selbstverständnis der Industriewerbung in Deutschland ist heute, anders als noch vor zehn oder 15 Jahren, ganz unangefochten. Damals wurde heftig darüber diskutiert, ob Maschinen, Chemikalien, Großanlagen, überhaupt Investitionsgüter und Dienstleistungen von Banken und Versicherungen in gleicher Weise beworben werden könnten oder dürften wie Waschpulver, Dosensuppen oder Hundefutter. Inzwischen ist das längst ausgestanden. Trotz allerlei Anfechtungen und Anfeindungen hat sich die Werbung als unentbehrliches Mittel der Absatzpolitik etabliert, das den Herstellern von Produktionsgütern wie von Markenartikeln gleichermaßen gute Dienste leistet.

Selbst die ärgsten Gegner der Werbung bedienen sich ihrer – in der ideologisierten Form der Propaganda – und verkünden dabei, nebenbei bemerkt, in schamloser Weise Unwahrheiten, die jedes Wirtschaftsunternehmen vor Gericht bringen würden. Tatsächlich braucht nur eine Mangelwirtschaft keine Werbung. In ihr werden die knappen Güter ohne Markt und zumeist in schlechter Qualität verteilt.

Industriewerbung ist system- und sachgerecht. Als zusätzliches Instrument hat sich im Laufe der Jahre die institutionelle oder Imagewerbung entwickelt, mit deren Hilfe das Unternehmen sein Wesen und Wollen, seine Bedeutung für den Markt und die Gesellschaft darstellt.

Während Produktwerbung unterschiedlich laut ist, oft marktschreierisch und manchmal auch peinlich sein kann, gibt sich die institutionelle Werbung betont unaufdringlich, sachlich, informativ. Diese Entwicklung ist ein Fortschritt, wenngleich kein Anlaß, dieser Art der Werbung höheren Rang einzuräumen als der Produktwerbung. Die unterschiedliche Methode entspricht den unterschiedlichen Zielen.

Wichtig ist freilich, daß es ein Ziel gibt. In der produktbezogenen Werbung macht das nur wenig Probleme. Sie soll dazu beitragen, Marktanteile zu gewinnen oder wenigstens zu halten. Bei der Imagewerbung ist das erkennbar schwieriger, wenn sie nicht in belangloser Unverbindlichkeit verschwimmen soll. Das ließ sich besonders gut in den siebziger Jahren studieren, als es Mode wurde, das Unternehmens- und das Unternehmerbild mit offizieller Billigung zu demontieren und zu denunzieren.

Eine Gegenstrategie, sofern sie denn entwickelt wurde, ist jedenfalls nicht in institutionelle Werbung umgesetzt worden. Die damals veröffentlichten Kampagnen zeigten eher eine beschwichtigende Haltung, die sich dem herrschenden Meinungsdruck anzupassen suchte. Gesellschaftspolitisch war das wirkungslos. Das hatte nichts mit den benutzten Werbe- Instrumenten zu tun, die wertneutral sind, sondern mit oft nur unzureichend formulierten Zielen.

An der Situation hat sich alles in allem so sehr viel nicht geändert. Die Unternehmen stehen immer noch unter starkem Druck eines erheblichen Teils der veröffentlichten Meinung. Sie ersetzen sozusagen die im Zuge der sogenannten Entspannungspolitik abgebauten militärischen Feindbilder im gesellschaftlichen Bereich. Das Abgleiten einer an sich durchaus sinnvollen Umweltdiskussion in Hysterie, die Technik- und Innovationsfeindlichkeit nicht nur bei jungen Leuten lassen auf umfangreiche Informationsdefizite schließen. Mit Hilfe der institutionellen Werbung könnten sie zumindest bei jenen verringert werden, die von Argumenten noch erreicht werden.

Inzwischen hat eine Reihe von Unternehmen und Verbänden das Problem nicht nur erkannt; sie haben auch entsprechende Kampagnen veranlaßt. Es gibt aber immer noch zahlreiche Beispiele institutioneller Werbung, die blaß und unbedeutend bleibt. Es ist nicht ganz klar, ob hier nur ein Mißverständnis herrscht: Auch informative Werbung muß natürlich deutlich sein. Leisetreterei zahlt sich nur selten aus. Auf der anderen Seite kann auch die beste Werbekampagne ein Defizit in den Zielen ebensowenig kompensieren wie einen Mangel in der Qualität des beworbenen Produkts.

Der Industriewerbung geht es da nicht besser oder schlechter als der Markenartikelwerbung. Und so wie diese ist sie eine Selbstverständlichkeit geworden. Es gibt keinen Grund, darüber erneut zu diskutieren, aber Anlaß zum Nachdenken schon – und zum Handeln.

RUHRWIRTSCHAFT / Exporte und Investitionen stützen die Konjunktur

Die Lage im Revier hat sich im Laufe des Jahres weiter stabilisiert

HANS BAUMANN, Duisburg

Die konjunkturelle Situation im Ruhrgebiet hat sich im Laufe des Sommerhalbjahres 1984 überwiegend stabilisiert. Exporte und Investitionen bilden weiterhin die wesentlichen Stützen der Konjunktur. Aufwind kommt von den Investitionsplänen entscheidender Teilbereiche der Wirtschaft, vor allem aus der Stromwirtschaft, die ihre Kraftwerke umrüsten muß. Das sind die wesentlichen Ergebnisse einer Konjunkturumfrage der Ruhrgebietskammern im Herbst 1984.

„Die zu Beginn des Jahres festzustellende zunehmende Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung hat allerdings – auch vor dem Hintergrund des langanhaltenden streikbedingten Produktions- und Nachfrageausfalls – etwas nachgelassen", sagte Wolf Aengeneyndt, Präsident der zur Zeit federführenden Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel, Kleve, bei Vorlage des Herbstberichtes.

Als „unverändert zufriedenstellend" beurteilt die Wirtschaft nach dieser Umfrage bei über 1000 Unternehmen mit über 400 000 Beschäftigten die Lage. Dabei hat sich in der Industrie der Anteil der Unternehmen, die ihre Geschäftslage als gut oder doch als befriedigend bezeichnen, nochmals erhöht. Er liegt jetzt bei rund 70 Prozent nach rund 65 Prozent im Frühjahr dieses Jahres.

Deutlich aufwärtsgerichtet ist die Entwicklung im Verbrauchsgüterbereich. Aber auch die Investitionsgüterindustrie verspürt konjunkturelle Impulse. Vor unverändert großen Schwierigkeiten steht auch im Herbst die Bauwirtschaft. Abgeschwächt hat sich auch die konjunkturelle Entwicklung im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Stabilisiert dagegen hat sich die Lage der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie – allerdings auf immer noch nicht ausreichendem Niveau.

Noch keinen Anschluß an die Konjunktur hat der Handel gefunden. Hier hat sich gegenüber dem Frühjahr die Lage wieder deutlich verschlechtert. Das gilt sowohl für den Groß- als auch für den Einzelhandel. Nahezu jedes zweite Unternehmen im Einzelhandel ist mit der Beschäftigung unzufrieden.

Im Frühjahr noch sprach die Umfrage von dem höchsten Grad an Optimismus seit zehn Jahren. Jetzt im Herbst werden die Erwartungen über den weiteren Verlauf der Konjunktur etwas vorsichtiger eingeschätzt. Beigetragen dazu haben die nicht überall erfüllten Hoffnungen auf weitere Belebung, der zur Zeit etwas zögerliche Eingang der Bestellungen sowie der Rückgang der Ertragskraft. Hinzu kommen die Ungewißheit über die Auswirkungen der für 1985 vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen und über die für das Exportgeschäft bedeutsame Entwicklung des Dollarkurses. „Vor dem Hintergrund dieser wieder verhalteneren Zukunftsbeurteilungen kann nach wie vor nicht von einem sich selbst tragenden Konjunkturaufschwung im Ruhrgebiet gesprochen werden", erklärte IHK-Hauptgeschäftsführer Theodor Pieper. Das Zutrauen der Wirtschaft in die weitere Entwicklung sei noch nicht nachhaltig gefestigt.

Seit zwei Jahren jetzt ohne Unterbrechung hat die Auslastung der industriellen Fertigungskapazitäten zugenommen. Der Auslastungsgrad beträgt jetzt 77,1 Prozent nach 76,1 im Frühjahr. Damit gewinnt die Kapazitätserweiterung als Investitionsmotiv an Bedeutung. Vor einem Jahr waren nur sieben Prozent der Industrieunternehmen bereit, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Inzwischen hat sich diese Zahl verdoppelt. Seit über vier Jahren war der Anteil der Investitionswilligen nicht mehr so hoch wie heute. Die Investitionsplanungen nach der Umfrage lassen für das nächste Jahr eine stetige Fortsetzung der konjunkturellen Stabilisierung erwarten.

Trotz dieser Tendenzen zur Entspannung kommen keine frohen Botschaften vom Arbeitsmarkt. Hier schlagen nach wie vor die gravierenden strukturellen Schwierigkeiten voll durch. Einen neuen Rekord erreichte allerdings die Zahl der abgeschlossenen Lehrstellenverträge.

WIRTSCHAFTS-PROGNOSE

„Aufschwung gewinnt 1985 mehr Profil und Qualität"

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Ausfuhr und die Ausrüstungsinvestitionen bleiben die beiden wesentlichen Träger des sich fortsetzenden Aufschwungs in der Bundesrepublik. Er gewinnt dadurch, wie das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in seiner jetzt vorgelegten Konjunkturprognose feststellt, an Profil und Qualität. Das Bruttosozialprodukt wird 1985 voraussichtlich um real 2,5 bis drei Prozent wachsen, nachdem es 1984 um etwa 2,5 Prozent zugenommen hat. Die Erwartungen des Bundeswirtschaftsministeriums liegen etwas darunter.

Dadurch bahnt sich nach Ansicht des Instituts in der Entwicklung der Beschäftigung eine Wende an. Nachdem die Zahl der Beschäftigten im laufenden Jahr in etwa stagnieren dürfte, werde sie 1985 um 225 000 zunehmen. Dies werde jedoch nicht zu einem gleich hohen Rückgang der registrierten Arbeitslosen führen.

Es sei vielmehr damit zu rechnen, daß die Beschäftigungsexpansion zum Teil durch den Neuzugang an Arbeitskräften und durch Personen aus der sogenannten „stillen Reserve" getragen sein wird. So dürften im Jahresdurchschnitt 1985 rund 2,08 Millionen Personen als arbeitslos registriert sein, etwa 178 000 weniger als im Durchschnitt dieses Jahres. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote würde dadurch von 9,3 auf 8,6 Prozent zurückgehen.

Die konjunkturelle Zuversicht für 1985 stützt sich auf den fortgesetzten Aufwärtstrend in der Weltwirtschaft. Der Welthandel wird mit einem Zuwachs von 6,5 Prozent eine beachtliche Dynamik entfalten. Davon werde auch der deutsche Export profitieren, gestützt auf die gestärkte Wettbewerbsfähigkeit und die weltweit zunehmende Nachfrage nach Investitionsgütern. Zu rechnen sei mit einem Anstieg der Ausfuhr um real acht Prozent und einem Wachstum der Einfuhr um fünf Prozent.

Nach dem Ende der Arbeitskämpfe zeichne sich eine deutliche Belebung der Investitionen ab. Aufgrund der Tarifauseinandersetzungen werde ihr Zuwachs in diesem Jahr real nur zwei Prozent betragen. Für 1985 erwartet das Institut jedoch eine Steigerung um rund 8,5 Prozent.

Die verbesserten Verteilungsrelationen, die Tendenz zur Senkung der Zinsen, die Erhöhung der realen Abschreibungsrate im Verhältnis zu den Wiederbeschaffungskosten und der erhebliche Nachholbedarf ließen eine fühlbare Stärkung der Investitionsfähigkeit und -bereitschaft erwarten. Sorge bereitet die Baukonjunktur.

Nach Darstellung des Bundeswirtschaftsministeriums hat sich die wirtschaftliche Entwicklung im dritten Quartal spürbar verbessert. Vor allem die Auslandsbestellungen hätten erheblich zugenommen. Die Lage am Arbeitsmarkt habe sich leicht gebessert. Die höhere Inflationsrate von 2,5 Prozent im Oktober wird mit dem hohen Dollar-Kurs begründet.

AUF EIN WORT



»Hier in Ost-Westfalen kennt man das Sprichwort: ‚Durch Sparen allein ist noch keiner reich geworden.' Und man kennt auch noch ein weiteres: ‚Wer wagt, gewinnt.'«

August Oetker, Komplementär der Dr. August Oetker KG, Bielefeld.
FOTO: TEUTOPRESS

Skeptisch über Ost-West-Handel

dpa/VWD, Berlin

Die Entwicklung des Handels zwischen den europäischen Mitgliedsländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und den 24 westlichen Industrieländern wird vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, skeptisch beurteilt. Die Anpassungspolitik der kleineren RGW-Volkswirtschaften habe zwar die Finanzbeziehungen OECD-RGW entspannt, doch werde das Schuldenproblem erst entschärft, wenn die RGW-Staaten ihren Schuldendienst aus Leistungsbilanzüberschüssen finanzieren, heißt es. Die Chancen für den Ost-West-Handel hätten sich verschlechtert, weil die kleineren RGW-Staaten für ihre Energiebezüge in Zukunft mehr Waren in die UdSSR liefern müßten. Dies gehe auf Kosten des Westexports.

PAPIERINDUSTRIE

Auslastung verbessert, aber Mengenboom nicht endlos

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der „Run aufs Papier", der die deutsche Produktion 1984 – überraschend für die ganze Branche – um voraussichtlich 10 Prozent auf 9 (8,2) Mill. Tonnen steigen läßt, wird sich 1985 nicht im gleichen Ausmaß fortsetzen, meint Carl-Ludwig Graf von Deym, Präsident des Verbands Deutscher Papierfabriken. Dafür spreche zum einen, daß das diesjährige Wachstum des Inlandsmarktes um 10 Prozent auf 10,8 (9,8) Mill. Tonnen zu einem gewissen Teil auf die Aufstokkung der Kundenläger zurückgehe. Zum anderen führe nichts daran vorbei, daß sich das langfristige Wachstum des Papierverbrauchs in ganz Europa nur in der Größenordnung von 1 bis 2 Prozent im Jahr bewege.

Immerhin werden die Papiermacher ihren Umsatz 1984 um knapp 18 Prozent auf runde 14 (11,9) Mrd. DM ausweiten, obwohl der Anteil der Importe am Inlandsmarkt auf 42 (40) Prozent gestiegen ist. Zu diesem Erfolg trägt auch der eigene Export bei, der mit 2,8 (2,4) Mill. Tonnen 31 (29) Prozent der Produktion ausmacht.

Getrübt wird das Bild nur durch die Kostensteigerungen (bei den Rohstoffen Altpapier und Zellstoff sowie beim Lohn), die in diesem Jahr insgesamt ein Ausmaß von 10 Prozent erreichen sollen. Dagegen stehen Papierpreissteigerungen in den ersten neun Monaten von nur 6 Prozent.

Dank der besseren Auslastung von 90 bis 100 Prozent wird sich die Ertragslage trotzdem sichtlich verbessern. Nachdem der Brutto-Cash-flow 1983 von den 7 bis 8 Prozent der beiden Vorjahre auf knapp 9 Prozent vom Umsatz gestiegen war, soll jetzt die 10-Prozent-Marke erreicht werden. Von den langfristig notwendigen 12 bis 13 Prozent sei dieser Satz aber noch weit entfernt.

STRASSENBAU

Branche rechnet weiter mit sinkender Nachfrage

HANNA GIESKES, Düsseldorf

„Die deutschen Straßenbauer werden in diesem Jahr einen absoluten Tiefpunkt erreichen." Georg von Wettern, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Straße, begründete dies in Düsseldorf mit der Erwartung der Branche, daß die Straßenbauausgaben in diesem Jahr noch einmal um 300 bis 500 Mill. DM auf zwölf Mrd. DM sinken werden. Damit werde sich das reale Straßenbauvolumen innerhalb von zehn Jahren um 30 Prozent vermindert haben.

„Kapazitätsanpassung ist deshalb das Gebot der Stunde", sagte von Wettern weiter, und erst bei einem Mitarbeiterstand zwischen 90 000 und 95 000 werde sich wieder ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage einstellen; derzeit beschäftigen die rund 2400 Betriebe insgesamt 100 000 Mitarbeiter. Der Vorsitzende beklagte, daß den Unternehmen oftmals nur der Gang zum Konkursrichter oder massive Entlassung übrigbleibe, „denn eine Liquidierung mit Anstand wird durch die Arbeits- und Sozialgesetzgebung verwehrt".

Die Branche gibt die Hoffnung dennoch nicht auf: Die aktuellen Auftragseingangsdaten mit einem Nachfrageplus von 10,9 Prozent von Januar bis August seien zwar „geschönt", weil hier Straßenbau und sonstiger Tiefbau in einen Topf geworfen worden seien, „aber ein nach wie vor großer Straßenbaubedarf ist unverkennbar", sagte von Wettern.

Die Bundesregierung habe mit der Aufstockung ihres Straßenbauhaushalts 1985 um 200 Mill. DM gegenüber 1984 ein Zeichen gesetzt, „und nun kommt es darauf an, daß Länder und Gemeinden diesem Beispiel folgen".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

US-Etat-Defizit höher als erwartet

Washington (dpa/VWD) – Die Haushaltsdefizite in den USA werden in den nächsten Jahren ohne Gegenmaßnahmen trotz eines realen Wirtschaftswachstums von geschätzten vier Prozent voraussichtlich über 190 Mrd. Dollar (rund 550 Mrd. DM) hinausgehen. 1983 hatte das Defizit bei 195,4 und 1984 bei 175,3 Milliarden Dollar gelegen. Haushaltsexperten der Regierung gingen bei ersten Vorberatungen zum Etat 1986 davon aus, daß ein spürbarer Abbau der Defizite nur mit einer Kombination von Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen möglich sei.

Für intensivere Prüfung

Bonn (rtr) – Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat sich nach Angaben eines Sprechers seines Ministeriums im Rahmen der Finanzministerkonferenz der Bundesländer für eine stärkere steuerliche Betriebsprüfung eingesetzt. Wie der Sprecher mitteilte, habe der Minister bereits in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz, den Bremer Bürgermeister Moritz Thape, angeregt, eine personelle Verstärkung der steuerlichen Betriebsprüfung zu erwägen.

Vorwurf zurückgewiesen

Bonn (DW) – Das Bundeswirtschaftsministerium hat den Vorwurf des Bundesrechnungshofes, es habe zwischen 1977 und 1982 der Ruhrkohle AG rund 700 Mill. DM zuviel Fördermittel gezahlt, entschieden zurückgewiesen. Diese Auffassung wurde gestern auch von den Regierungsparteien und der SPD im Wirtschaftsausschuß geteilt. Ein Sprecher des Ministeriums erklärte, die vom Rechnungshof vermutete Übersubventionierung des Unternehmens habe nicht stattgefunden. Der Bundesrechnungshof ist der Auffassung, daß die Kokskohlenbeihilfen in den vergangenen Jahren zu hoch gewesen sei, weil die Investitionshilfe für Bergbaubetriebe bei der Ermittlung des kostendeckenden Preises für deutsche Kokskohle nicht kostenmindernd berücksichtigt worden sei. Das Ministerium weist darauf hin, daß die finanzielle Lage des Unternehmens durch andere staatliche Maßnahmen hätte gestärkt werden müssen, falls die Kokskohlenbeihilfe geringer gewesen wäre.

Notenbankchef abgelöst

Paris (J. Sch.) – Der französische Ministerrat hat gestern Michel Camdessus zum Gouverneur der Banque de France bestellt. Nachdem er im Februar 1982 Leiter des Schatzamtes (Tresor) geworden war, bekleidete er seit August 1984 das Amt des stellvertretenden Notenbankgouverneurs. Er löst Renaud de La Ǵenlere ab, der am 14. November 1979 von der Regierung Giscard-Barre zum Notenbankgouverneur ernannt worden war.

Stärkerer Preisanstieg

Paris (J. Sch.) – In den westlichen Industriestaaten (OECD) sind die Konsumentenpreise im September nicht saisonbereinigt um durchschnittlich 0,5 Prozent gestiegen, nach jeweils nur 0,3 Prozent in den drei vorangegangenen Monaten. Diese Beschleunigung erklärt sich vor allem aus der um diese Jahreszeit üblichen Erhöhung der öffentlichen Tarife und der durch die Dollar-Hausse entstandenen Energieverteuerung, stellt das OECD-Sekretariat fest. Im Jahresvergleich dagegen hat sich die Inflationsrate weiter vermindert. Mit durchschnittlich fünf Prozent erreichte sie ihren tiefsten Stand seit September 1983.

Neues BIZ-Direktorium

Basel (Zü) – Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel ändert zum 1. Mai 1985 ihre Generaldirektion. Generaldirektor Günther Schleiminger, der die BIZ seit 1. März 1981 leitete, wird Ende April 1985 zurücktreten. Sein Nachfolger wird Alexandre Lamfalussy, der bisher der Währungs- und Wirtschaftsabteilung vorstand. Für Lamfalussy rückt als Beigeordneter Generaldirektor R. T. P. Hall nach, der das Bankendepartement seit 1. Januar 1974 führt. Horst Bockelmann, derzeit Abteilungsleiter bei der Deutschen Bundesbank, wurde zum Vorsteher des Währungs- und Wirtschaftsressorts und zum Wirtschaftsberater gewählt.

BUNDESVERBAND GROSS- UND AUSSENHANDEL

Dritter Präsident im Amt

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Zum zweiten Mal nach dem Kriege findet beim Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) ein Präsidentenwechsel statt. An den Platz von Hans Hartwig aus Dortmund hat die Mitgliederversammlung gestern den Lübecker Klaus Richter gewählt, beides Baustoffgroßhändler, die die Firmen ihrer Väter weitergeführt, dem gewandelten Bedarf angepaßt und erweitert haben.

Hans Hartwig, seit 1977 im Amt, wurde „in Anerkennung seiner großen Verdienste um den deutschen Groß- und Außenhandel zum Ehrenpräsidenten mit Sitz und Stimme im BGA-Präsidium" gewählt. Bundespräsident Richard von Weizsäcker würdigte ihn auf einem Empfang als Unternehmerpersönlichkeit, der sich, geprägt von politischer Mitverantwortung und gesellschaftlichem Engagement, stets für die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien und die Erhaltung eines liberalen Außenhandels eingesetzt hat.

Hartwig hatte den BGA in für den Verband schwierigen Zeiten übernommen. Es gelang ihm, die Organisation, die sich in der Öffentlichkeit immer stärker als Außenhandelsverband darstellt, aus den Schlagzeilen herauszubekommen. Richter kann jetzt darauf aufbauen.

Wie Hartwig, der noch zahlreiche Ehrenämter inne hat, so verfügt auch er über eine umfangreiche Erfahrung im Verbands- und Kammerwesen. Unter anderem ist Richter, der 1925 in der Hansestadt geboren wurde, seit 1973 Präses der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck und turnusmäßig Mitglied des Vorstandes des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT).

Die Wahl Richters, der seit 1978 dem BGA-Präsidium angehört, kommt nicht überraschend. Bereits im vergangenen Jahr war er zum Vizepräsidenten berufen worden und leitete den Verkehrsausschuß. In seiner ersten Rede in seinem neuen Amt setzte sich Richter für eine marktwirtschaftliche Politik ohne Wenn und Aber ein. „Die Richtung, die die Regierung eingeschlagen hat, stimmt. Aber sie sollte den marktwirtschaftlichen Kurs beherzter angehen und entschiedener steuern." Als ein Kernstück der Bewährung bezeichnete er die Steuerpolitik. Die Korrektur, wie sie mit der Steuerreform anvisiert wird, könne nur ein Einstieg sein.

FRANKREICH / Devisenkontrollen für Unternehmen und Privatpersonen gelockert

Ausgabe von Ecu-Anleihen erleichtert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung hat gestern die Devisenkontrollen für Privatpersonen und Unternehmen überraschend gelockert. Sie will außerdem den Pariser Kapitalmarkt für Ecu-Anleihen öffnen.

Bereits Ende letzten Jahres hatte die Regierung die von ihr im März 1983 (Delors-Plan) eingeführte Begrenzung der Reisedevisen-Ausfuhr aufgehoben. Das Barkontingent beträgt seitdem wieder 5000 Franc pro Person und Reise. Seit August dürfen darüber hinaus französische Kreditkarten im Ausland unbegrenzt genutzt werden.

Nunmehr wird die Freigrenze für Geldüberweisungen ins Ausland pro Person von bisher 1500 Franc im Quartal auf 1500 Franc im Monat erhöht, also verdreifacht. Der Devisenerlös dieser Gelder darf nicht nur zur Bezahlung von Rechnungen oder zur Finanzierung des Studienaufenthaltes der Kinder, sondern auch für den Erwerb von Grundstücken verwendet werden.

Gleichzeitig werden die Unternehmen ermächtigt, ihre in anderen Mitgliedstaaten der EG durchgeführten Investitionen (5,4 Milliarden Franc 1983) zu 50 Prozent aus französischen Quellen zu finanzieren, gegenüber bisher zu nur 25 Prozent, womit sie gezwungen waren, sich 75 Prozent des Kapitals im Ausland zu beschaffen. Schon im August hatte die Regierung die Freigrenze für den Kapitalexport der Unternehmen von 150 000 auf 250 000 Franc erhöht.

Schließlich kündigte Beregovoy einen verstärkten Zugang der „EG-Institutionen" zum Pariser Kapitalmarkt an. Sie könnten im größeren Umfang als bisher Franc-Anleihen emittieren und auf die Europäische Rechnungseinheit Ecu lautende Anleihen auflegen. Deren Titel brauchen von den Franzosen nicht mit Wertpapierdevisen (divise titre), sondern können in Franc bezahlt werden.

Damit wird die Spaltung des Pariser Kapitalmarktes gemildert. Sie war dadurch entstanden, daß für den Kauf ausländischer Titel nur die aus entsprechenden Verkäufen stammenden Devisenerlöse verwendet werden dürfen. Für die Wertpapierdevisen müssen gegenüber normalen Devisen Aufpreise bezahlt werden. Diese erreichten bis zu 30 Prozent und liegen zur Zeit bei zehn Prozent.

Der Ecu wird damit von Paris devisenwirtschaftlich wie eine nationale Währungseinheit behandelt. Vor allem aber will die französische Regierung die Bundesbank, die die französischen Devisenrestriktionen als nicht mit dem Geist des EWS vereinbar kritisierte, zu einer positiveren Einstellung gegenüber dem Ecu als Währungseinheit veranlassen. Durch die Lockerung der Devisenbewirtschaftung seien dafür wesentliche Voraussetzungen geschaffen worden, erklärte Beregovoy. Denn der Ecu, der Dollar und der Yen müßten die drei großen internationalen Währungen sein.

Die Kapitalflucht aus Frankreich ist immer noch beträchtlich. Allerdings sind auch die Kontrollen wesentlich verschärft worden. Von den damit beauftragten 21 500 Beamten wurden 1983 nicht weniger als 10 548 Devisenvergehen aufgedeckt, gegenüber 4870 im Jahr 1982. Die sichergestellten Beträge hielten sich mit 3,8 Milliarden Franc auf dem Vorjahresstand. Die Vergehen im Touristenverkehr erreichten 3834 Fälle und betrafen 463 Millionen Franc. Im ersten Halbjahr 1984 waren es nur noch 210 Millionen Franc.

KARSTADT / Nackenschläge vom Wetter

Der Gewinn wird kleiner

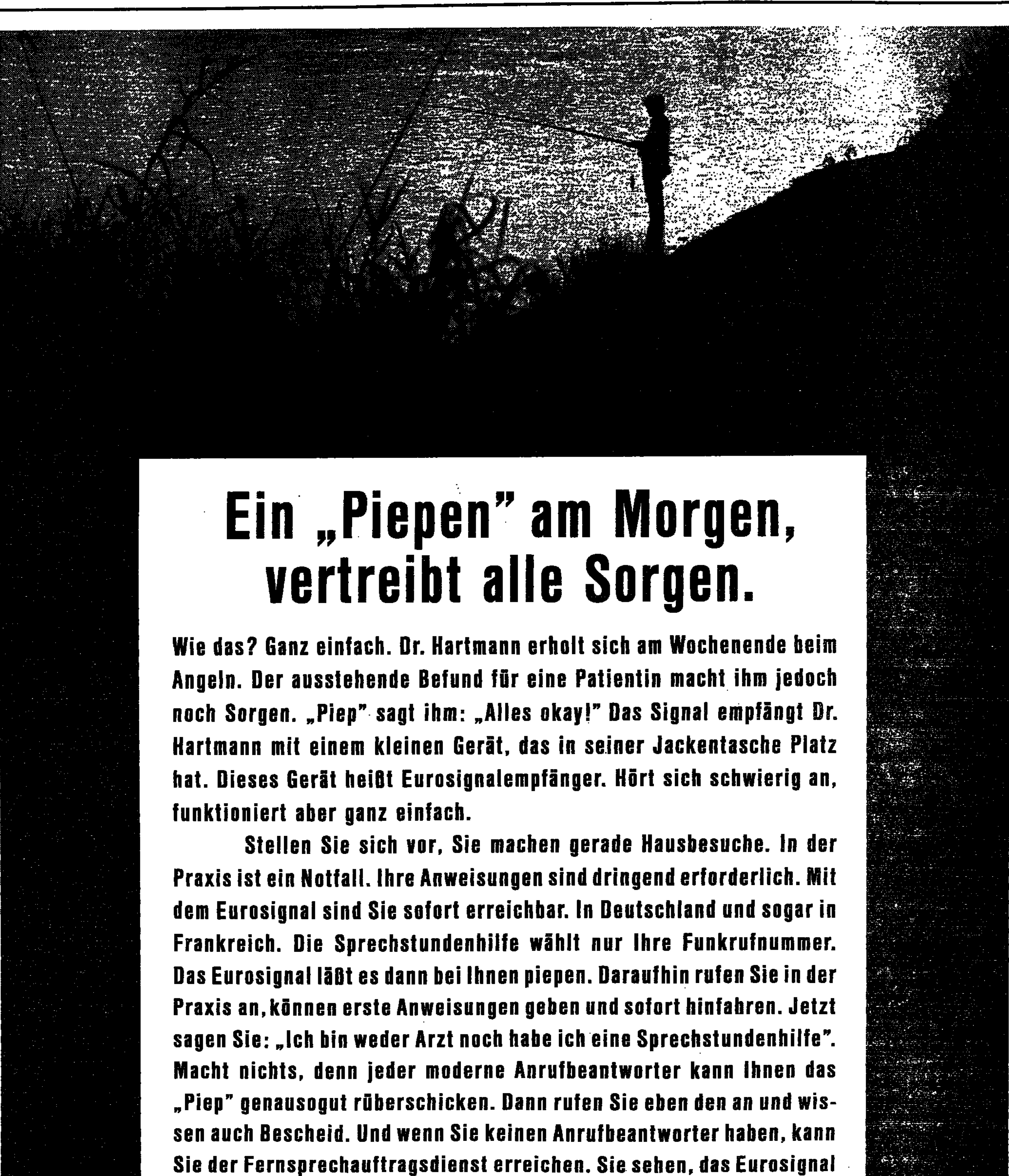
J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Auch wenn sich das Konsumklima zum Weihnachtsgeschäft hin freundlicher entwickle, werde der 1984er Gewinn hinter dem Vorjahr zurückbleiben. Diese bemerkenswert ehrliche Prognose gibt der von der Essener Karstadt AG geführte größte Warenhauskonzern Europas nach Ablauf der ersten drei Quartale dieses Jahres. Um ihre für 1983 auf 7 (6) DM aufgebesserte Dividende brauchen die Aktionäre der Karstadt AG (etwa 20 000 Streubesitzer halten knapp ein Drittel von 360 Mill. DM Aktienkapital) aber wohl nicht zu bangen. Denn die Konzernmutter benötigte 1983 für ihre verbesserte Ausschüttung nur 55 Prozent vom Jahresüberschuß-Ausweis – eine beruhigende Spanne für Dividendenkonstanz auch bei Gewinnschmälerung.

Unter dem Doppeldruck von miserablem Sommerwetter für den Textilieneinkauf und Konsumenten-Irritation aus überlangem Streik in Metall- und Druckindustrie melden die 162 Warenhäuser des Karstadt-Konzerns bis Ende September mit 6,3 Mrd. DM Umsatz ein vergleichsweise moderates Minus gegenüber dem Vorjahr von 1,4 Prozent. Besser ging's (auch hier branchentypisch) im Versandhandel: Die „Volltochter" Neckermann kam mit 1,1 Mrd. DM Umsatz aus den ersten drei Quartalen um 0,9 Prozent über den Vorjahresstand.

Streikopfer brachten im Konzern vor allem die Touristik-Aktivitäten. Die Warenhäuser-Reisebüros buchten bis Ende September mit 313 Mill. DM zwar 7,7 Prozent Mehrumsatz. Aber die große NUR-Tochter („die unter den Arbeitskämpfen besonders gelitten hat") blieb nun mit 1,12 Mrd. DM Umsatz um 2,6 Prozent hinter ihrem Vorjahresstand zurück.

Die Kombination des „Technischen Kundendienstes" Karstadt/Neckermann, seit März 1984 in einer neuen Konzerntochter, „Rat und Tat", praktiziert, brachte bislang mit 64 Servicestationen 24,6 Mill. DM Umsatz. Die Karstadt-Verkaufsfläche wuchs bis Ende September 1984 nur noch bescheiden um 0,2 Prozent auf 1,28 Mill. qm. Herausragend dabei die Neueröffnung von fünf Teppichboden-Zentren (6900 qm) und die Schließung der Filiale Bergkamen (4100 qm). Bei der AG ist die Zahl der Vollbeschäftigten bis Ende September weiter auf 53 567 (55 211) gesunken.



BATIG / Weiter für Übernahme-Überraschungen gut

„Brückenkopf Horten"

INGE ADHAM, Frankfurt

Wirklich in die Karten gucken läßt sich Harald Erichsen, Vorstandsvorsitzender der Batig Gesellschaft für Beteiligungen GmbH, Hamburg, nicht. Aber vor dem Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten machte er klar, daß die finanzkräftige operative deutsche Holding des britischen BAT-Konzerns auch weiterhin für Übernahme-Überraschungen gut bleibt.

Nach dem Erwerb der britischen Eagle Star-Versicherung durch die britische Mutter kann sich die weltweit operierende Gruppe auf vier Hauptsäulen stützen: den ursprünglichen Kernbereich Tabak und das Papierengagement als industrielle Bereiche, den Einzelhandel sowie den Versicherungssektor als Dienstleistungsbereiche. Zwar betont Erichsen die dezentrale Ausrichtung des Unternehmens, bei dem ein achtköpfiger Board mit etwa 100 Mitarbeitern von London aus annähernd 12 Mrd. Pfund Umsatz (1983) steuert. Auf der anderen Seite gilt die strategische Ausrichtung der Mutter auch für die deutsche Holding.

Mit ihrem Mehrheitsengagement bei Horten ist Batig endgültig aktiv in den Dienstleistungsbereich eingestiegen. Es brachte den erwünschten „verbrauchernahen Brückenkopf" und umfangreichen Immobilienbesitz in bester Großstadtlage, der die Phantasie des Batig-Managements offenbar ebenso beflügelt wie die unter dem Stichwort „financial services" denkbaren Aktivitäten.

Als strategische Ansatzpunkte für Batig auf dem Weg zu weiterem Wachstum nennt Erichsen auch das Eindringen in völlig fremde Märkte, wie es Batig mit dem Erwerb von Weinkrüger vorexerziert hat. Daß man sich von diesem Engagement sehr schnell wieder trennte, lag wohl daran, daß der 80 Millionen-Mark-Umsatz bei Weinkrüger den mit großen Zahlen jonglierenden Batig-Leuten zu klein und nicht genug ausbaufähig erschien. Wenn schon Einstieg in einen neuen Bereich, dann so, daß man in einem neuen Markt gleich eine dominierende Position hat, ist Erichsens Überzeugung.

Zum Batig-Umsatz des vergangenen Jahres von brutto 5,5 Mrd. DM haben BAT Cigarettenfabriken mit netto 1,1 und die Raumausstattung (Pegulan) mit 1,2 Mrd. DM annähernd gleich beigetragen; in diesem Jahr wird sich das Bild mit der Einbeziehung von Horten deutlich ändern.

BHF-BANK / Rentenmarktindex erweitert

Zins und Zinseszins einbezogen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit der Schaffung eines Performanceindex zusätzlich zu dem vor rund anderthalb Jahren entwickelten Rentenmarktindex hat die BHF-Bank ihr Rentenresearchsystem weiter ausgebaut, wovon sie sich eine Ausweitung des Rentengeschäfts mit größeren institutionellen Anlegern, vor allem auch ausländischen Notenbanken verspricht. Der Performanceindex ist ein Maßstab für die Wertentwicklung festverzinslicher Papiere, in die neben der Wertentwicklung auch die Zinseinkommen unter Berücksichtigung der Zinseszinseffekte als entscheidende Komponente für die Gesamtentwicklung einer festverzinslichen Anlage eingehen.

Der neue Index ist eine Fortentwicklung des in der Fachwelt allgemein anerkannten Rentenmarktindex, der als repräsentatives und objektives Spiegelbild des Kursgeschehens am deutschen Rentenmarkt konzipiert wurde. Um Verzerrungen auszuschalten, die aus der Verkürzung der Laufzeiten und aus Verschiebungen der Kupon- und Emittentenstruktur resultieren, wurde der seit Mitte 1983 täglich veröffentlichte Rentenmarktindex auf einer Auswahl 15 fiktiver Papiere basiert, die nach Restlaufzeit, Kuponverteilung und -gewichtung auch über lange Zyklen am Rentenmarkt als repräsentativ angesehen werden kann. Wie sich der rund einprozentige Zinsrückgang am Rentenmarkt seit Jahresbeginn in den Kursen niedergeschlagen hat, zeigt der Anstieg des Rentenmarktindex von 98,306 auf seinen diesjährigen Höchststand von 102,141 Punkten am Dienstag.

Der Performanceindex macht deutlich, wie stark die Zins- und Zinseszinseinnahmen den Anlageerfolg bestimmen; dieser Index, der jedes Jahr zum Jahresbeginn auf 100 umbasiert wird, ist seither auf 110,809 Punkte gestiegen. Aus einem Langfristvergleich der BHF-Bank läßt sich ablesen, daß aus einer Anlage von 100 Mark Anfang 1967 unter Berücksichtigung aller Zins- und Kursschwankungen inzwischen mehr als 375 Mark geworden sind.

Der Performanceindex ist so konstruiert daß er entsprechend den individuellen Wünschen der Anleger variiert werden kann und daß er somit Dispositionsentscheidungen erleichtert; die „glückliche Hand" ersetzt er freilich nicht.

NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE

Kernenergie zahlt sich aus

J. BRECH, Hamburg

Die Geschäftsentwicklung bei der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), Hamburg, ist auch in den ersten neun Monaten dieses Jahres überdurchschnittlich positiv verlaufen. Wie in einem Aktionärsbrief mitgeteilt wird, gaben die NWK insgesamt 19,2 Mrd. kWh ab; das entspricht einem Zuwachs von 10,8 Prozent. Die Abgabe in das eigene Gebiet erhöhte sich um 5 Prozent auf 15,4 Mrd. kWh. Bei unveränderten Strompreisen wurde der Umsatz um 5,3 Prozent auf 2,15 Mrd. DM gesteigert.

Die Erzeugungsstruktur, so heißt es, habe NWK weitgehend optimiert. Der Anteil der Kernenergie an der Eigenerzeugung sei dank des sehr guten Betriebsverhaltens der Kernkraftwerke Stade, Unterweser, Brunsbüttel und erstmals Krümmel auf 64,1 Prozent gestiegen. Der Anteil von Kohle betrug 30 Prozent, der von Gas nur noch 4,5 Prozent. Öl wird bei NWK nur noch zur Zünd- und Stützfeuerung verwendet. Diese Erzeugungsstruktur habe den Grundstein für eine Stabilisierung der Stromerzeugungskosten gelegt, von der auch die Kunden profitieren werden. Die Strompreise sind bei NWK seit November 1982 unverändert. Die Kernenergie wird mit der Errichtung des Werks Brokdorf noch weiter ausgebaut. Nach Angaben von NWK dürfte das Kernkraftwerk in der zweiten Jahreshälfte 1986 in Betrieb gehen. Der zügige Baufortschritt hat die Investitionen bei NWK mit knapp 600 Mill. DM auf hohem Niveau gehalten.

Zuversichtlich äußert sich der Vorstand auch zur Ertragsentwicklung. Da der Anteil von Kernenergie an der Eigenerzeugung bis zum Jahresende noch steigen wird, dürfte sich die Ertragslage weiter stabilisieren. Bei NWK geht man davon aus, daß für das ganze Jahr 1984 ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden kann.

HOECHST / Ausland trägt weiter den Aufschwung

Nicht mehr ganz so steil

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Das Wachstum der Hoechst AG, Frankfurt, hat sich im dritten Quartal 1984 leicht verlangsamt. Nachdem im ersten Halbjahr insgesamt der Weltumsatz noch um 14,2 Prozent gestiegen war, nahm er von Juli bis September nur noch um knapp 10 Prozent zu. Damit ergibt sich für die ersten neun Monate insgesamt eine Steigerung um 12,6 Prozent auf 30,8 (27,4) Mrd. DM.

Dieses Wachstum wurde – wie schon in der ersten Jahreshälfte – wesentlich vom Auslandsgeschäft bestimmt, das um 15 Prozent auf 23,1 (20,1) Prozent zunahm. Das Inlandsgeschäft verlief demgegenüber mit einem Plus von 6 Prozent auf 7,7 (7,3) Mrd. DM deutlich verhaltener. Zwei Drittel des weltweiten Zuwachses wurden von der Mengenentwicklung getragen, für die eine Steigerung von 8 Prozent genannt wird.

Überdurchschnittliche Erfolge verzeichneten die Produktbereiche Pflanzenschutz, Fasern, Informationstechnik (Drucken und Kopieren) sowie Folien und Kunststoffe. Zu dem besseren Geschäft haben „die meisten Gesellschaften im In- und Ausland" beigetragen, heißt es im Zwischenbericht. Schwerpunkte seien Nord- und Lateinamerika sowie Europa gewesen.

Die nach wie vor günstige Geschäftslage hat sich auch im Ertrag niedergeschlagen. Zwar fiel hier die Steigerung des dritten Quartals für sich genommen mit 23 Prozent deutlich niedriger aus als noch das Halbjahres-Plus von 83 Prozent. Doch auch nach 9 Monaten bleibt noch ein ansehnlicher Zuwachs des weltweiten Gewinns vor Steuern um 44,5 Prozent auf 2,1 (1,3) Mrd. DM.

Ganz anders in der AG, die ihren Umsatz in den ersten drei Quartalen um 11,2 (1. Halbjahr: 13,4) Prozent ausgeweitet hat. Hier wird nach neun Monaten ein höherer Ertragszuwachs ausgewiesen als dem ersten Halbjahr: Nach dem Sechsmonats-Plus von 42 Prozent ergibt sich per Ende September ein Zuwachs um knapp 47 Prozent auf 968 (659) Mill. DM. Der Vorstand begründet die günstige Entwicklung mit der erfreulichen Kapazitätsauslastung von 83 (Vorjahr: 76) Prozent und mit den höheren Exporterlösen. Auch das Oktobergeschäft habe „ein erfreuliches Bild" gezeigt.

CARL ZEISS / Auftragseingang um 20 Prozent gestiegen – Zum ersten Mal über eine Milliarde Umsatz

Luftbild-Vermessung noch lange nicht ausgereizt

WERNER NEITZEL, Oberkochen

Auf dem Felde der Vermessung der Erde aus der Luft (Photogrammetrie) und am Boden (Geodäsie), in dem die Oberkochener Firma Carl Zeiss mit der Herstellung modernster Apparaturen eine führende Rolle spielt, sorgt die Elektronik für neue Innovationsschübe und ein weiter wachsendes Marktpotential. Immerhin besteht noch ein großer Mangel an topographischen Karten. Europa ist kartierungsmäßig zu maximal 80 Prozent abgedeckt, Südamerika lediglich zu 10 Prozent. Bei der Herstellung von Ingenieurkartierungen für den Straßen- und Eisenbahnbau aber sind photogrammetrische Vermessungen wichtige Voraussetzung.

In der Bundesrepublik werden jährlich von etwa zehn Bildflugfirmen rund 850 Meßbildflüge durchgeführt. Weltweit werden jährlich schätzungsweise 2 Millionen Luftbilder für Meß- und Kartenzwecke aufgenommen. Der Markt für photogrammetrische Instrumente in der westlichen Welt (für den östlichen Markt gibt es keine Anhaltspunkte) wird bei Zeiss auf rund 120 Mill. DM Volumen pro Jahr veranschlagt. Neben Zeiss treten in dieser Sparte im wesentlichen noch die beiden schweizerischen Firmen Wild und Kern als Wettbewerber im Erscheinung.

Einen besonderen Erfolg landete das Oberkochener Unternehmen dieser Tage damit, daß es einen Großauftrag aus den USA im Volumen von über 30 Mill. DM an Land zog. In dieser Sparte, in der Zeiss zum Beispiel auch Spezialkameras für das Space-Lab oder Luftbildkameras für Aufnahmezwecke im Tiefflug baut, gewinnt neben der Feinmechanik, der Optik und Elektronik die Software zunehmend an Bedeutung. Der Forschungs- und Entwicklungsaufwand beläuft sich auf 15 Prozent des Umsatzes.

Im Bereich der geodätischen Vermessungsinstrumente, die in der Landvermessung, dem Ingenieur- und Bauwesen vorzugsweise zum Einsatz kommen, schätzt Zeiss das Marktvolumen in der westlichen Welt auf etwa 600 Mill. DM pro Jahr und gibt seinen Anteil mit rund 10 Prozent an. Die Oberkochener, die sich bisher mit ihrem Geräteangebot hauptsächlich auf den anspruchsvollen Benutzerkreis konzentriert hatten, sind dabei mit elektronisch gesteuerten Instrumenten zu einem günstigen Preis-Leistungs-Verhältnis erfolgreich in den wachstumsträchtigen Routinebereich einzusteigen.

In diesem Routinebereich, der rund 60 Prozent des gesamten Marktvolumens für geodätische Instrumente repräsentiert, haben sich bisher vorwiegend japanische Firmen (gemessen an Marktanteilen) getummelt. Bekanntlich kooperiert Zeiss bereits seit einiger Zeit mit der japanischen Firma Sokkisha, die ihre besondere Stärke im Bereich klassischer Instrumente hat.

In der Umsatzentwicklung hat Zeiss in der Geodäsie in den zurückliegenden Jahren große Sprünge nach vorn gemacht. Neue Gerätegenerationen brachten jeweils kräftige Schübe. Heute tätigt das Unternehmen etwa 70 Prozent des Umsatzes auf diesem Gebiet mit modernen elektronischen Instrumenten, in denen feinmechanische, optische und elektronische Komponenten „zusammenspielen", 30 Prozent des Umsatzes liegt im klassischen Instrumentenbereich. Im gesamten Geschäftsbereich der Vermessung beschäftigt Zeiss 800 Mitarbeiter und setzt rund 100 Mill. DM um.

„Bei Carl Zeiss betrug das Umsatzwachstum im Durchschnitt der letzten drei Jahre etwa 10 Prozent, und wir würden ungern damit brechen", so beschreibt Vorstandssprecher Horst Skoludek die Umsatzerwartungen der Firma für das laufende Jahr. Im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) übersprang das Unternehmen erstmals die Milliarden-Marke. Der Umsatz wuchs um 9 Prozent auf 1,04 Mrd. DM, real lag der Zuwachs bei 6 Prozent. Die Gruppe setzte weltweit zwischen 1,8 und 1,9 Mrd. DM um. Der Auftragseingang stieg um 20 Prozent auf 1,07 Mrd. DM. Da das Auslandsgeschäft sogar um 30 Prozent anzog, vergrößerte sich der Auslandsanteil auf 56 (52) Prozent.

Der Auftragsbestand hat eine theoretische Reichweite von fünf Monaten. Wachstumsträger waren vor allem die Instrumente für die Industrie, die Augenoptik und das Projektgeschäft. Bei dem relativ hohen Anteil der Exporte nach USA und Japan kam Zeiss auch die Stärke von Dollar und Yen zustatten. Vorgesehen ist eine Personalaufstockung um 300 auf dann rund 8000 Beschäftigte.

ENKA

Dreierbund für Faser-Kenntnis

J. G. Düsseldorf

Einen weltumspannenden Dreierbund zum Austausch von Herstellungskenntnissen für hochfeste Kohlenstoff-Fasern auf der Rohstoffbasis Pan (Polyacrylnitril) haben Enka/Wuppertal, Toho Beslon/Tokio und Celanese/New York geschlossen. Die im holländischen Akzo-Konzern vor allem für das Chemiefasergeschäft zuständige Enka-Gruppe, bisher schon weltgrößter Chemiefaserproduzent für technische Anwendungszwecke, spricht bei der Kohlenstoff-Faser von einem schnell wachsenden Markt.

Die Welt-Kapazität lag 1980 erst bei 1000 Jahrestonnen und dürte sich bis 1985 verfünffacht haben. Enka verkauft dieses Produkt mit Kilopreisen zwischen 80 und 150 DM (bei Spezialitäten auch noch teurer) seit einiger Zeit „erfolgreich" aus japanischer Erzeugung und wird Anfang 1986 die erste Eigenproduktion im Werk Oberbruch/Aachen (50 Mill. DM Investitionen für 350 Jahrestonnen) aufnehmen. Die Anwendungsgebiete dieser Faser („viel fester und viel leichter als alle Metalle") reichen von der Luft- und Raumfahrt bis zu Sportartikeln.

SEDUS / Kräftiger Wachstums-Schub im Inland

Komfortable Sitze gefragt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die steigende Nachfrage nach hochwertigen Bürositzmöbeln verhalf der Firma Sedus Christof Stoll GmbH & Co. KG, Waldshut, einem der größten europäischen Hersteller in dieser Sparte, zu einem kräftigen Wachstumsschub. Der Umsatz wies im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) auf eine Zuwachsrate von 20,5 (9,5) Prozent auf und erreichte ein Volumen von 67,1 Mill. DM. Da vor allem das Inlandsgeschäft stark anzog, verringerte sich die Exportquote auf 43,4 (49,4) Prozent.

Ihren Geschäftserfolg begründet die Firma damit, daß der auf Verbraucherseite in den letzten Jahren eingetretene Wandel zu höherwertigen Qualitäten der Philosophie des Unternehmens entgegenkomme, die sich der Idee vom gesunden und komfortablen Sitzen verschrieben habe. Auch für die Zukunft sieht Sedus auf Grund weiterer Produktentwicklungen und durch den Einstieg in den Bereich der Möbel für Konferenz- und Besprechungsräume weitere gute Wachstumsmöglichkeiten. Da im Gegensatz zum Vorjahr, in dem die Finanzierung des Zweigwerks in Sprockhövel einen gewissen Ausgabenschwerpunkt bildete, lediglich Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen anstanden, verbesserte sich – wie es heißt – die Liquiditätslage erheblich. Auch das Ergebnis entwikkelte sich günstig.

Der seit Monaten anhaltende starke Auftragseingang führte zu einer deutlichen Aufstockung der Belegschaft. In den letzten acht Monaten stellte Sedus etwa 70 neue Mitarbeiter ein und zählt nunmehr etwa 620 Beschäftigte. Dabei ist freilich anzumerken, daß – bedingt durch konjunkturelle Einflüsse – die Beschäftigtenzahl in den beiden letzten Jahren etwas zurückgegangen war.

SCHAPER-GRUPPE / Erwartete Konsumbelebung blieb aus – Impulse durch den neuen Kommanditisten

Weitere Erfolge bei der Kostendämpfung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die zu den führenden deutschen Groß- und Einzelhandelsunternehmen zählende Schaper-Gruppe, Hannover, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) erneut die geplanten Umsatzziele nicht realisieren können. Hans Schaefer und Theodor Tiemann, Geschäftsführer der Obergesellschaft Adolf Schaper KG, sehen die Gründe dafür in der von hoher Arbeitslosigkeit geprägten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die die Kaufzurückhaltung verstärkte. Hinzu kamen die Streiks im Frühsommer. Die sich abzeichnende Konsumbelebung sei dadurch abrupt beendet worden.

Zwar stieg der Außenumsatz der Schaper-Gruppe im Berichtsjahr um 3,1 Prozent auf 4,9 (4,7) Mrd. DM und der Umsatz der eigenen Vertriebslinien sogar um 5 Prozent auf 3,63 (3,45) Mrd. DM. Flächenbereinigt aber wurde erstmals kein Wachstum erzielt. Nach den Worten Schaefers sind die Preise im Lebensmittelbereich im Durchschnitt um ein Prozent angehoben worden. Die Verkaufsfläche innerhalb der Gruppe nahm um 6 Prozent auf 550 000 (510 000) qm zu.

Im Gegensatz zum Umsatz sind die Ertragserwartungen erfüllt worden. Die Konzentration im Großhandelsbereich und die forcierte Sortimentsstraffung hätten zu einer Verbesserung des Betriebsergebnisses geführt. Das Ergebnis vor Steuern erreichte rund ein Prozent vom Umsatz und lag damit auf dem Niveau des Vorjahres. Es sei „weitestgehend gelungen, die Kosten an die Umsatzentwicklung anzupassen".

Für das laufende Geschäftsjahr rechnet Schaper mit ähnlichen Entwicklungen wie 1983/84. Chancen für ein flächenbereinigtes Wachstum werden kaum gesehen. Allerdings habe das Unternehmen einige neue Projekte in Vorbereitung, so daß wieder ein Umsatzplus von 5 Prozent bei einem „zumindest gleichbleibenden Ergebnis" einkalkuliert wird.

Impulse für den Non-food-Bereich, vor allem mit Blick auf Importe aus Fernost, verspricht sich Schaper von dem Einstieg der Rewe-Handelsgesellschaft Leibbrand oHG, Bad Homburg, die Anfang Oktober 12,5 Prozent der Kommanditanteile übernommen hatte. Zusammen seien die beiden Unternehmen stark genug, um „interessante Abschlüsse" tätigen zu können. Denkbar sei zugleich eine engere Zusammenarbeit mit der Asko, Saarbrücken, im Textilbereich.

Eine Aufstockung der Rewe-Leibbrand-Beteiligung schließt die Geschäftsführung zumindest für absehbare Zeit aus. Ein solcher Schritt würde das Bundeskartellamt, das ohnehin noch mit dem Prüfungsverfahren befaßt ist, auf den Plan rufen. Schaefer versicherte nachdrücklich, daß Schaper nicht daran denkt, die Einkaufsorganisation Selex zu verlassen und zu Rewe zu wechseln.

Weiter gestärkt hat Schaper im Berichtsjahr die Kapitalbasis. Das haftende Kapital der Gruppe wurde auf 147 (125) Mill. DM erhöht. Bei einer Bilanzsumme von 570 Mill. DM verbesserte sich die Eigenkapitalrelation auf 26 (23) Prozent. Die Holding verfügt jetzt über 100 (80) Mill. DM haftendes Kapital. Hinzu kommen 6 Mill. DM Einlagen stiller Gesellschafter.

Wichtigster Umsatzträger der Schaper-Gruppe blieben die 30 (28) „real-kauf"-Märkte, die 1,57 (1,52) Mrd. DM erlösten. Dazu kommen 14 (13) Warenhäuser und 6 (4) Baumärkte. Im Discountbereich ist das Unternehmen mit 66 (60) Märkten vertreten. Der Großhandel trägt mit 265 (250) Mill. DM zum Umsatz bei. Die Gruppe hat 10 679 (9902) Mitarbeiter.

NAMEN

Dr. Volker Thomae scheidet zum 31. Dezember aus dem Vorstand der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, aus. Er wurde zum Vorsitzenden der Geschäftsführung der SEL Finanz GmbH, Berlin, berufen.

Dietmar Wessmann, Geschäftsführer der Andre Deutschland GmbH, Römerberg (Speyer), scheidet auf eigenen Wunsch zum Jahresende aus. Ab 1. November haben **Siegfried Schober**, Speyer, und **Helmut Prochazka**, Mannheim, die Geschäftsführung übernommen.

Heribert J. Wiedemann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Harnischfeger GmbH, Dortmund, ist zum Mitglied des Gesamtvorstandes der Harnischfeger Corp., Milwaukee/-USA, berufen worden.

Gerhard Schloemer, persönlich haftender Gesellschafter der Gerhardi & Cie., Lüdenscheid, und Präsident der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen, wurde am 12. November 60 Jahre alt.

Aktien teilweise mit Gewinn

Vorsichtige Anlagekäufe im Elektrobereich

DW. – Obwohl sich das stimmungsmäßige Umfeld für den Aktienmarkt durch die vorangegangene Börsenschwäche an der Wall Street durch die unsichere Zinstendenz in den USA und durch die heftigen Dollarkursschwankungen verschlechtert hat, konnten sich die deutschen Aktien auch am Mittwoch wieder gut behaupten. Spürbar wurden sie insbesondere bei den Elektroaktien. Das Interesse für Bankaktien ist zwar erhalten geblieben, reichte aber nicht, um in jedem Fall das Vortagsniveau zu halten.

Von den Anlagekäufen profitierten nicht nur die marktbreiten Papiere wie Siemens und AEG, sondern erneut auch PKI, wo der Kurs deutlich angehoben wurde. Auch für Varta-Aktien bestand Kaufbereitschaft. Die Kurse des Chemiebereiches wurden durch den Zwischenbericht von Hoechst abgestützt. Der Markt der Autowerte blieb insbesondere durch den Aufruf des ADAC verunsichert, Neuwagenkäufe vorerst zurückzustellen. Zu denken gab ferner, daß sich der Unifonds per 30.9.84 von seinen VW-Aktien vollständig gelöst hatte. Bei Harpen und Hamborn vollzieht sich eine gegenläufige Kursbewegung. Während Hamborn weiter abrutschte, wurde Harpener auf erhöhter Basis gesucht.

Düsseldorf: Alexander gaben um 3 DM und Audi NSU um 4 DM nach. Kochs Adler verloren 6 DM und Verseidag 3 DM. Balcke Dürr stockten um 6 DM, Deutsche Atlanten um 5 DM und Hageda um 4,80 DM auf. Mauser erhöhten um 3 DM und Düwag um 7 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachen Münchner Bers 5 DM und Allianz Leben 20 DM.

Frankfurt: ADT erhöhten um 3 DM auf 73 DM und Chemieverwaltung verminderten um 8 DM auf 280 DM. Holzmann verloren 7,50 DM auf 352,50 DM. Mannheimer Versicherung stockten um 9 DM und Varta um 4 DM auf. VGT verloren 6 DM.

Hamburg: Haller Meurer wurden mit 165 DM bezahlt. Leichter lagen Phoenix Gummi bei 117,50 DM. Beiersdorf erholten sich um 1 DM auf 362 DM und Markt und Kühlhallen zogen weiter um 5 DM auf 380 DM an. Erneut stark rückläufig waren Kühltransit, die mit 770 DM taxiert wurden. Vereins- und Westbank gaben um 2 DM auf 293 DM nach.

München: Agrob St. verminderten um 6,50 DM und Agrob Vz. um 3 DM. Audi NSU verloren 8 DM und Brau AG Nürnberg 4 DM. Augsburger Kammgarn verbesserten sich um 2,60 DM und Bayer. Lloyd um 50 DM. Leonische Draht stockten um 3,80 DM auf und Hutschenreuther verminderten um 1,30 DM.

Berlin: Herlitz St. wurden um 8 DM heraufgesetzt. Schering erholten sich um 3,50 DM, Bergmann um 3 DM, Herlitz Vz. um 2 DM und Berliner Elektro um 1,50 DM. Berthold mußten um 2 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: erholt

WELT-Aktienindex: 157,6 (157,4)
WELT-Umsatzindex: 2520 (2410)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	14. 11.	13. 11.
H AachM Beteil. 9+2,5	994	990
H Aach. M. Vers. 6+1	350G	350G
D Aach. Rück. 9	1100	1100G
D Aseag *4	490G	490bG
M Ack-Gögg 4	107,8	106,2
H Adca 0	127B	126,5
D Adler 9	365G	365G
F Adt AG 0	75T	70
F AEG-Telef. 0	106	105,5
D AEG-Kabel 8	282T	282
S Aesculap 8	375bG	375
F AGAB 5	120	120

	14.11.	13.11.
H Br. H. Hypo 10	324G	324G
Hn Brech. Jute *0	102	103,5
H Breitenb.-C. *28	580B	580B
H Br. Straßb. *0	500B	510B
H Br. Vulkan 0	68,5	69,4
H Br. Wollk. 6	129	130bB
F BBC 6	195	193,5
S BSU Textil %20	1290G	1290G
D Buckau-W. 4,1	137bB	135bG
D Buderus *12	375G	378
M Bgl. Br. Ing. *12+2	760G	760G
S Bgl. Brh. Rav. *0	380TB	385TB
S Calw D. **30+18	838	845

	14.11.	13.11.
M En. Oberfr. 4,5	285	285B
M En. Ostb. 5+1	250,5	254
H Elkraft 0	42,5	47
B Engelhardt 7	210T	210T
D Enka 6,67	187bG	–
M Erlus 12,5	490B	494
M Erste Kulmb. 9	1000G	1000G
S esbl *0	10	10bG
S Essl. Masch. 6	260G	260,5
M Esterer **16	560TB	560TB
D Farb. Liqu. RM 0	7,8	7,95
F Flachglas 8	200bG	202
D Ford *0	950T	950T

	14. 11.	13. 11.
H Holsten-Br. 6+1	262bG	260bG
F Holzmann 10+1	352,5	360
D Horten 6	180,5	181
B Hw. Kayser *12	252T	252T
D Hussel 8	295	295
D Huta Heg. 0	69,1	67,5
M Hutschenr. 9	249,7	251
H Hypo Hbg. 12,5	413	413G
D IKB 7,5	173	173,8
S IWKA 0	227	228
M Isar-Amper 6,5+1	370bG	370bG
D Isenbeck 4,75	150G	155bB

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	218	216
Gösser-Brauerei	326	329
Länderbank Vz.	218	218
Österr. Brau AG	310	309
Perlmooser	350	350
Reininghaus	419	420
Schwechater Br.	165	165
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	153	153
Universale Hoch Tief	218	–
Veitscher Magnesit	244	244
Index	57,54	57,41

Kopenhagen

Den Danske Bank	273	274
Jyske Bank	505	510
Kopenh. Handelsbk.	275	275
Novo Industri	258	254
Privatbanken	244	245
Ostasiat. Komp.	171	171
Dan. Sukkerfabr.	550	550
For. Bryggerier St.	745	750
Kgl. Porc. Fabr.	225	245

Brüssel

Arbed	1716	1750
Banq. Lambert	2315	2320
Cockerill Ougrée	298	297
Ebes	2800	2785
Gevaert	3410	3610
Kreditbank	7450	74,50
Petrofina	7330	7570
Soc. Gén. d. Belg.	1795	1815
Sofina	8150	8150
Solvay	4320	4375
UCB	5130	5150
Index	161,26	161,51

Singapur

Cycle + Car.	2,88	2,85
Cold Storage	2,79	2,76
Dev. Bk. of Sing.	5,90	5,45
Fraser + Neave	4,82	4,80
Kl. Kepong	2,22	2,18
Mal. Banking	5,56	5,45
Nat. Iron	3,74	3,74
OCBC	8,95	8,86
Sime Darby	1,95	1,87
Singapur Land	2,66	2,70
Un. Overs. Bank	4,24	4,20

Sydney

Westpacific Banking	4,01	4,01
Bridge Oil	2,65	2,47
Brok. Hill. Prop.	10,65	10,65
Coles	4,22	4,22
CRA	5,46	5,46
CSR (Thalss)	3,06	3,08
Metals Expl.	0,52	0,52
MIM-Holdings	2,87	2,86
Myer Emporium	1,82	1,83
North Broken Hill	2,30	2,35
Oakbridge	0,76	0,76
Peko Wallsend	5,60	5,44
Poseidon	3,65	3,58
Thomas Nat. Tr.	1,82	1,88
Waltons Bond	0,34	0,36
Western Mining	3,48	3,40
Woodside Petr.	1,19	1,19
Index	778,4	778,30

Optionshandel

Frankfurt: 14. 11. 84: 887 Optionen = 47 400 (64 500) Aktien, davon 230 Verkaufsoptionen = 10 450 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-110/4, 4-100/14, 4-110/7, 4-120/3,7, 7-100/15,1, 7-120/5,5, BASF 1-150/22, 1-160/15,5, 1-170/7, 1-180/2,5, 1-190/1,5, 4-160/20, 4-170/12, 4-180/7,5, 4-190/4,4, 4-200/3, 7-180/11,6, 7-190/8, Bayer 1-180/9, 1-190/3,5, 1-200/1,9, 4-160/27,1, 4-180/15,2, 4-190/8,6, 4-200/5,4, 7-200/10, 7-210/6,5, Bay. Hypo 4-320/18,85, 4-330/12,5, 7-320/21, Bekula 4-110/2, BMW 7-420/10,4, Commerzbank 1-160/17,6, 1-170/10,2, 1-174/6,5, 1-175,6/6, 1-180/5,5 1-190/2,55, 4-150/32,5, 4-170/14, 4-180/9,1, 4-190/5,5, 7-180/14,3, 7-190/7,9, 7-200/5,4, Conti 1-130/1,9, 4-140/3,4, 7-140/4,6, Daimler 4-580/13, Deutsche Babcock St. 4-160/12, Deutsche Bank 1-350/32,5, 4-390/17, 4-400/10,4, 4-410/7,7, Dresdner Bank 1-160/28, 1-170/21, 1-180/12,6, 1-190/6,3, 1-200/3,6, 4-170/30,5, 4-180/17,6, 4-190/12,5, 4-200/8, 4-210/5,4, 7-180/20,6, 7-190/16, 7-200/12, 7-220/4,8, GHH St. 1-140/16,6, Hoechst 1-180/6,5, 1-190/2,5, 4-160/26,2, 4-180/11,1, 4-190/5,5, Hoesch 1-100/10, 1-110/4, 4-100/11, 4-110/8, 4-120/4,5, 7-110/12, Karstadt 1-250/8, 1-280/4, 4-260/5, Kaufhof 1-230/12,5, Klöckner 1-65/9, 1-70/5,4, 1-75/4, 1-80/2, 4-70/10, 4-75/8, 4-80/5,3, 4-85/4,4, 4-90/3,4, 7-75/10-9,9, 7-90/3,5, Lufthansa St. 1-180/6,7, 4-170/16,4, 4-190/6, Lufthansa VZ 1-160/7, 4-170/15, Mannesmann 1-160/2,15, 4-160/6,5, 7-160/12, 7-170/6,4, Kali + Salz 4-280/4, Siemens 1-390/66, 1-410/45,5, 1-450/14, 1-500/3, 4-430/43, 4-500/7,6, Thyssen 1-75/10, 1-85/3,3, 4-85/6,5, 7-85/9,8, Veba 1-162,5/5/9,85, 1-180/1,7, 4-170/8, 4-180/3,5, VW 1-180/18,5, 1-190/11, 1-200/5,8, 1-210/3,5, 4-190/19,4, 4-200/11,55, 4-220/6, Alcan 4-85/7,5, Chrysler 4-100/3, IBM 4-400/23,2, 4-430/10, Norsk Hydro 7-40/7,5, Philips 4-50/4, Royal Dutch 1-136,6/18, Sperry 1-130/2,75. Verkaufsoptionen: AEG 1-95/1,4, 4-95/2,4, 4-100/3,6, 4-110/9, 7-95/3, 7-100/5,4, BASF 1-170/1,9, 7-170/4, Bayer 7-170/1,9, 7-180/4,7, BBC 4-200/8, BMW 1-370/8,4, Commerzbank 1-170/1,7, 4-160/1,8, 4-170/3,4, 7-170/5, Conti 1-120/3,8, 4-120/5, 7-120/8, Daimler 4-570/18, 4-560/25, Deutsche Bank 1-360/2,5, 4-360/8, Dresdner Bank 1-180/2,5, 4-170/2, 4-180/4,7, Hoechst 4-170/2, 4-180/6,2, 7-170/3, Hoesch 1-110/3,5, 4-110/4,5, Kaufhof 4-230/6, Klöckner 1-75/4,2, Lufthansa St. 4-170/5, 4-180/9, 7-170/6, 7-180/12,3, Lufthansa VZ 4-170/4,1, Mercedes 4-500/19,4, Mannesmann 1-150/1,6, 1-160/8, 4-150/2,6, 7-150/4,9, Kali + Salz 4-230/5,2, Siemens 4-400/1,6, 4-410/2,5, 4-430/6,9, 7-420/6,4, 7-440/12, Thyssen 4-80/2, Veba 7-160/2,1, 7-170/6,3, VW 4-180/3,5, 4-190/5,4, 7-180/46, Chrysler 1-85/2,1, 1-90/3,5, 4-90/5, 7-90/7, General Motors 4-230/11,5, Philips 4-50/3, 7-50/4. (1. Zahl Verfallsmonat [jeweils der 15.], 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 14. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼– 9½	5⅜–5⅝	4¼–4¾
3 Monate	9⅝– 9⅞	5⅝–5⅞	4⅞–5¼
6 Monate	9⅞–10⅛	5¾–6	5 –5¼
12 Monate	10⅛–10⅜	5¾–6	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 14. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1425,00	1772,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1175,00	1433,80
5 US-Dollar (Liberty)	445,00	621,30
1 £ Sovereign alt	235,00	290,70
1 £ Sovereign Elizabeth II.	231,00	286,14
20 belgische Franken	181,00	233,70
10 Rubel Tscherwonez	246,00	307,80
2 südafrikanische Rand	230,00	285,00
Krüger Rand, neu	1046,00	1232,34
Maple Leaf	1046,00	1232,34
Platin Noble Man	1019,00	1201,56

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	242,00	303,24
20 schweiz. Franken „Vreneli"	187,00	237,12
20 franz. Franken „Napoléon"	187,00	237,12
100 österr. Kronen (Neuprägung)	967,00	1166,22
20 österr. Kronen (Neuprägung)	192,00	241,68
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	446,00	548,34
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	143,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

14. 11. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.-Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,9450	2,9530	2,9390	2,92	3,01
London¹)	3,736	3,750	3,71	3,68	3,83
Dublin¹)	3,093	3,107	3,038	2,19	2,29
Montreal³)	2,2405	2,2485	2,2251	2,17	2,27
Amsterd.	88,570	88,790	88,635	87,50	89,50
Zürich	121,340	121,540	121,62	120,25	123,00
Brüssel	4,938	4,958	4,887	4,81	5,01
Paris	32,490	32,650	32,12	31,75	33,50
Kopenh.	27,625	27,745	27,305	26,50	28,25
Oslo	34,270	34,390	32,73	33,25	35,00
Stockh.**)	34,650	34,810	34,31	32,75	35,50
Mailand²) **)	1,603	1,613	1,568	1,55	1,65
Wien	14,202	14,242	14,164	14,13	14,35
Madrid**)	1,777	1,787	1,75	1,67	1,79
Lissabon**)	1,830	1,840	1,749	1,40	2,20
Tokio	1,2210	1,2240	–	1,18	1,24
Helsinki	47,670	47,870	46,73	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,06	0,20
Athen*) **)	2,3905	2,4445	–	1,85	2,65
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5315	2,5505	–	2,49	2,59
Johannesbg.*)	1,685	1,704	–	1,58	1,80

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Am New Yorker Devisenmarkt herrschte am 14. 11. Enttäuschung darüber, daß die Notenbank keine Liquidität in den Markt schleuste. Als Resultat daraus war heute ein Zinsanstieg um ⅛ Prozentpunkt und feste Dollarkurse (in der Spitze bis 2,9775) zu beobachten. Zu einem kräftigen Rückschlag bis 2,9430 kam es vor Börsenbeginn, als die Bundesbank für viele überraschend im Freiverkehr als Dollar-Verkäufer auftrat. Auch zur amtlichen Notiz von 2,9490 trat sie erstmals nach fast 3 Wochen mit einem Verkauf von 20,5 Mill. Dollar in Erscheinung. Trotz einer Revision der Einzelhandelsumsätze in den USA für September und einem unter par liegenden Ergebnis für Oktober, kletterte der Dollarkurs am frühen Nachmittag wieder auf 2,9580. Keinen nennenswerten Kursfortschritt mehr hatte das englische Pfund. Offensichtlich ist das Ende des Bergarbeiterstreiks im Kurs inzwischen exkomptiert. Weiter auf dem Rückzug war der Schweizer Franken mit einem Rückgang um 1,3 Promille auf 121,44. US-Dollar in: Amsterdam 3,3265; Brüssel 59,58625; Paris 9,0620; Mailand 1834,55; Wien 20,7360; Zürich 2,4284; Ir. Pfund/DM 3,100; Pfund/DM 3,743.

Ostmarkkurs am 14. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Ausschlaggebend für die Erweiterung der Dollar-Abschläge waren am 14. November die um ⅛ Prozent befestigten Euro-Dollar-Zinssätze.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,03/0,93	3,05/2,95	6,00/5,80
Pfund/Dollar	0,07/0,05	0,04/0,02	0,15/0,19
Pfund/DM	2,10/0,70	4,80/3,20	7,90/6,40
FF/DM	23/07	53/27	96/80

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 14. 11.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,90–6,05 Prozent.

Privatdiskontsätze am 14. 11.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 14. 11.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00)–7,00 (5,97)–7,25 (6,37)–7,75 (6,68)–8,00 (6,91)–8,50 (7,13). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00)–7,00 (6,00)–7,25 (6,41)–7,75 (6,74)–8,00 (6,99)–8,50 (7,24)–8,50 (7,42) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,35, 2 Jahre 6,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,4, Rendite 6,90.

Wir trauern um

Dipl.-Ing.

Kurt Bohrmann

Er starb am 12. November 1984 nach schwerer Krankheit im Alter von 59 Jahren.

In drei Jahrzehnten hat Herr Bohrmann sich mit seiner ganzen Schaffenskraft für das Wohl von Thyssen Henschel und dessen Mitarbeiter eingesetzt.

Als Mitglied des Vorstandes von Thyssen Henschel hat er durch großes persönliches Engagement und hohe fachliche Qualifikation die Entwicklung des Geschäftsbereichs wesentlich mitgeprägt.

Wir sind Kurt Bohrmann zu besonderem Dank verpflichtet.

THYSSEN INDUSTRIE AG

Die Trauerfeier findet am 19. November 1984 um 14.00 Uhr in der Friedhofskapelle Kassel-Harleshausen, Wegmannstraße, statt.

Wegen der Arbeitsruhe am Buß- und Bettag fehlt uns wichtige Zeit bei der Vorbereitung unserer Wochenendausgabe vom 24. November.

Wir bitten deshalb unsere Inserenten:

Schicken Sie Anzeigenaufträge für die Samstag-Ausgabe vom 24. November möglichst frühzeitig an uns ab

Sie helfen uns damit, Ihre Aufträge mit üblicher Sorgfalt ausführen zu können.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

4300 Essen 18 (Kettwig)
Im Teelbruch 100
Telefon (0 20 54) 10 11
Telex 8 579 104

1000 Berlin 61, Kochstraße 50
Telefon (0 30) 2 59 11
Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1
Telefon (0 40) 34 71
Telex 2 17 001 777

Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Verlusten schlossen am Dienstag die Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Weniger drastische Verluste wiesen Gold und Silber auf. Fester gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago [illegible]	13. 11.	12. 11.
Dez	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	355,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	13. 11.	12. 11.
Wheat Board [illegible]		
St. Lawrence [illegible]	[illegible]	[illegible]
Amber Durum	[illegible]	[illegible]

Roggen Winnipeg [illegible]		
Dez	[illegible]	geschl.
März	[illegible]	geschl.
Mai	[illegible]	geschl.

Hafer Winnipeg (can. [illegible])		
Dez	[illegible]	geschl.
März	[illegible]	geschl.
Mai	[illegible]	geschl.

Hafer Chicago [illegible]	13. 11.	12. 11.
Dez	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]

Mais Chicago [illegible]		
Dez	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]

Gerste Winnipeg (can. [illegible])	13. 11.	12. 11.
Dez	[illegible]	geschl.
März	[illegible]	geschl.
Mai	[illegible]	geschl.

Genußmittel

Kaffee	13. 11.	12. 11.
New York [illegible]		
Terminkontr. Dez	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]

Kakao New York ($/t)	13. 11.	12. 11.
Terminkontr. Dez	2316	2295
März	2264	2248
Mai	2270	2250
Umsatz	5184	3079

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,15	5,23
März	5,20	5,75
Mai	5,95	6,04
Juli	6,24	6,32
Sept.	5,47	6,57
Umsatz	8546	4335

ICO-Preis fob karib. Häfen (US-c/lb)	13. 11.	12. 11.
	4,68	4,73

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt Nov.	13. 11.	12. 11.
Nov.	2556-2600	2585-2589
Jan.	2355-2356	2351-2363
März	2222-2224	2235-2239
Umsatz	2228	2682

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1921-1922	1900-1904
März	1886-1887	1869-1870
Mai	1888-1889	1872-1873
Umsatz	5647	2848

Zucker London ($/t) Nr. 6		
Dez	135,80-134,00	135,00-136,40
März	152,00-152,40	154,20-154,40
Mai	159,20-159,40	161,00
Umsatz	3795	1842

Pfeffer Singapur (Straits-$ je 100 kg)	13. 11.	12. 11.
schw. Sarawak spez	432,50	unerh.
weißer Sarawak	672,50	unerh.
weißer Muntok	660,00	unerh.

Orangensaft New York (c/lb)	13. 11.	12. 11.
Nov.	164,50	165,00
Jan.	168,25	168,00
März	169,30	169,20
Mai	169,00	169,10
Juli	168,85	169,00
Umsatz	350	300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	13. 11.	12. 11.
Südstaaten fob Werk	geschl.	40,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	geschl.	33,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	29,42	29,30
Jan.	27,70	27,60
März	26,35	26,50
Mai	25,75	25,85
Juli	25,20	25,60
Aug.	24,80	25,10
Sept.	24,40	24,80

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	geschl.	31,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	geschl.	33,50
Choise white hog 4% fr. F	geschl.	22,00

Talg New York (c/lb)		
top white	geschl.	21,75
fancy	geschl.	21,50
bleichfähig	geschl.	19,75
yellow max 10% fr. F.	geschl.	17,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	50,80	50,75
Febr.	51,75	51,95
April	48,32	48,10

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	68,95	67,75
März	69,02	69,80
Mai	70,40	70,70

Rinder Chicago (c/lb)	13. 11.	12. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	51,00
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	50,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	621,00	625,50
Jan.	633,00	637,50
März	646,00	652,00
Mai	659,00	664,75
Juli	668,00	674,00
Aug.	667,50	674,00
Sept.	654,00	659,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	153,50	155,40
Jan.	158,30	158,30
März	162,60	164,20
Mai	168,30	170,00
Juli	173,50	175,80
Aug.	174,50	175,50
Sep.	175,00	175,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	13. 11.	12. 11.
Dez.	360,60	geschl.
März	373,80	geschl.
Mai	381,50	geschl.

Kokosöl New York (c/lb)	13. 11.	12. 11.
Westküste fob Werk	geschl.	49,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	14. 11.	13. 11.
jegl. Herk. cif	935,00	925,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	635,00	635,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	655,00	650,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	253,00	252,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1100,00	1125,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	297,00	294,75

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	13. 11.	12. 11.
Dez.	63,82	64,05
März	65,62	65,75
Mai	67,08	67,20
Juli	68,50	68,85
Okt.	68,60	68,90
Dez.	68,90	68,90

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	42,75	42,75

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	13. 11.	12. 11.
Dez.	51,9-52,0	515-520
Jan.	51,8-52,1	519-523
März	52,7-52,9	528-530
Umsatz	94	94

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	13. 11.	12. 11.
Dez.	unerh.	unerh.
März	unerh.	unerh.
Mai	unerh.	unerh.
Juli	unerh.	unerh.
Umsatz		–
		Tendenz: –

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	13. 11.	12. 11.
Dez.	565,0-566,0	568,5-568,0
März	583,0-584,0	583,0-584,9
Okt.	590,0-590,5	590,5-590,9
Umsatz	51	20

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	13. 11.	12. 11.
East African 3 long	600,00	600,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	13. 11.	12. 11.
Nov.	13 200	13 200
Dez.	12 222	12 400

Kautschuk London (p/kg)	13. 11.	12. 11.
Nr. 1 RSS loco	60,00-64,00	61,00-65,00
Dez.	60,50-63,50	-64,50
Jan.	61,50-64,50	63,00-65,50
Feb.	62,50-64,50	-66,50
Tendenz: nominell		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	13. 11.	12. 11.
Dez.	196,50-197,00	unerh.
Jan.	200,00-201,00	unerh.
Nr. 2 RSS Dez.	188,00-189,00	unerh.
Nr. 3 RSS Dez.	184,50-185,50	unerh.
Nr. 4 RSS Dez.	177,50-178,50	unerh.
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	13. 11.	12. 11.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	14. 11.	13. 11.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	131,06-131,25	136,09-136,28
drittfolg. Monat	130,31-130,50	134,78-134,96
Zink: Basis London		
laufend. Monat	235,50-235,68	237,69-237,87
drittfolg. Monat	237,75-237,94	239,94-240,12
Produz.-Preis	265,77	263,90
Reinzinn 99,9%	3933-3972	3979-4018

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	14. 11.	13. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	403,88-405,76	413,70-415,57
Blei in Kabeln	138,75-139,75	143,75-144,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehgraht	464,00-464,50	464,00-464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	14. 11.	13. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	387,00	391,00-394,00
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	429,00-433,00	435,00-437,00
MS 63	418,00-422,00	423,00-428,00

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	13. 11.	12. 11.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,24	29,28

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	14. 11.	13. 11.
Lg. 225	372-378	372-378
Lg. 226	374-380	374-380
Lg. 231	407-411	407-411
Lg. 233	417-421	417-421

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	14. 11.	13. 11.
Platin (DM je g)	34,408	34,15
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 500	33 350
Rücknahmepr.	32 750	32 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 740	33 690
Rücknahmepr.	32 900	32 840
verarbeitet	35 400	35 340
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 150	32 950
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	745,10	755,40
Rücknahmepr.	723,20	734,10
verarbeitet	777,90	789,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	14. 11.	13. 11.
London 10.30	346,00	350,00
15.00	345,60	350,45
Zürich mittags	346,50-347,00	349,80-350,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 100	101 800
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	603,40	612,50
3 Monate	617,80	626,65
6 Monate	630,75	640,05
12 Monate	659,85	669,05

Platin (£-Feinunze)	13. 11.	12. 11.
London fr. Markt	284,70	284,05
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	116,85	115,25

New Yorker Preise	13. 11.	12. 11.
Gold H & H Ankauf	350,45	345,75
Silber H & H Ankauf	780,00	768,00
Platin fr. Händlerpr.	337,00-340,00	337,00-340,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	148,50-149,50	145,00-146,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	762,50	772,50
Dez.	768,00	775,00
Jan.	772,20	782,20
März	784,70	794,00
Mai	797,70	807,70
Juli	810,90	820,90
Sept.	825,50	835,50
Umsatz	–	13 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	13. 11.	12. 11.
Nov.	60,00	61,15
Dez.	60,10	61,35
Jan.	60,55	61,95
März	61,75	62,90
Mai	62,75	64,00
Juli	63,85	65,10
Sept.	64,95	66,20
Umsatz	–	7000

Londoner Metallbörse

	14. 11.	13. 11.
Aluminium (£/t) Kasse	945,00-946,00	944,00-945,00
3 Monate	971,00-971,50	970,00-970,50
Blei (£/t) Kasse	349,50-350,00	359,00-360,00
3 Monate	347,50-348,00	356,50-357,00
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1064,5-1065,0	1091,0-1091,5
3 Monate	1088,5-1089,0	1114,5-1115,0
abends Kasse	–	1087,5-1088,5
3 Monate	–	1111,5-1112,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1072,0-1073,0	1092,0-1094,0
3 Monate	1091,0-1092,0	1112,0-1113,0
Zink (£/t) Kasse	628,00-629,00	631,00-632,00
3 Monate	634,00-634,50	637,00-638,00
Zinn (£/t) Kasse	9585-9590	9550-9560
3 Monate	9580-9585	9550-9555
Quecksilber ($/Fl.)	–	305-310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80-85

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Renten überwiegend nachgebend

Ausgehend von der Zinsunsicherheit in den USA kam es bei den öffentlichen Anleihen zu begrenzten Abgaben, die Kurseinbußen bis zu 0,50 Prozentpunkte zur Folge hatten. Nachteiligen Einfluß auf die Anlagetätigkeit hatte auch der stark schwankende Dollar. Kaufaufträge aus dem Ausland lagen kaum vor. Bei den Pfandbriefen war die Tendenz leicht nachgebend, doch war das Angebot keineswegs drängend. Der Berufshandel hatte sich am Pfandbriefmarkt mit dem Aufbau spekulativer Bestände wegen der problematischen Kursregulierung zurückgehalten.

	14. 11.	13. 11.
M 7 dgl. Pf 20	99,75G	99,75G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	101T	101T
6 dgl. Pf 34	97,5	97,5
6½ dgl. Pf 37	–Zhg	–Zhg
9 dgl. Pf 51	100,15	100,15G
Hnß BfHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	94,75G	94,75G
7½ dgl. Pf 87	100G	100G
6 dgl. KS 29	85,75G	85,75G
7 dgl. KS 30	100,85G	100,85G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 54	118G	118G
8 dgl. Pf 109	83G	83G
6½ dgl. Pf 123	91,5G	91,5G
8½ dgl. Pf 141	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 143	97bG	97G
7 dgl. KO 113	100,5bG	100,5bG
9 dgl. KO 217	100,4G	100,4G
9 dgl. KO 215	100,25G	100,25G
9¼ dgl. KO 218	100,1G	100,1G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 50	77,5G	77,5G
9 dgl. KS 139	103,4G	103,4G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	101,3G	101,3G
8 dgl. Pf 239	104,7G	104,7G
H 5½ DG-Hypobk. KS 8	101,5G	101,5G
7 dgl. KS 35	100,81	100,81
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	96,5T	96,5T
6¼ dgl. IS 73	99,45G	99,45G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO85-4	86,5G	86,5G
6 dgl. KO 48	83G	83G
7 dgl. KO 97	100G	100G
7½ dgl. KO 186	100,8G	100,8G
9 dgl. KO 129	100,8G	100,8G
Hnß Dt. Hyp. Hann. Pf 91	81G	81G
7 dgl. KS 101	100,6G	100,6G
10 dgl. KS 134	100G	100G
8¾ dgl. KS 140	100,5G	100,5G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	101,75	101,75
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 88	82G	82G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	77,5G	77,5G

	14. 11.	13. 11.
Hnß dgl. Pf 10	100,7bG	100,7bG
9 dgl. KO 53	101,3G	101,3G
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	89,2G	89,2G
8 dgl. Pf 95	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	89,5	89,5
7 dgl. 94	100,5	100,5
7 dgl. 99	100,2	100,2
8 dgl. 101	103G	103
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9½ dgl. 126	105,75G	105,75G
D 8 LAG TS 76	101,7	101,7G
8½ dgl. TS 77	100,1	100,5
5½ dgl. 78	97,2	97,2
7 dgl. 79	100,9	101G

Industrieanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

Ausländische Aktien in DM

Bilder von der Natur, ohne Künstler gefertigt: Die Geschichte der Photographie

Mit Sonnenlicht und Silbersalzen

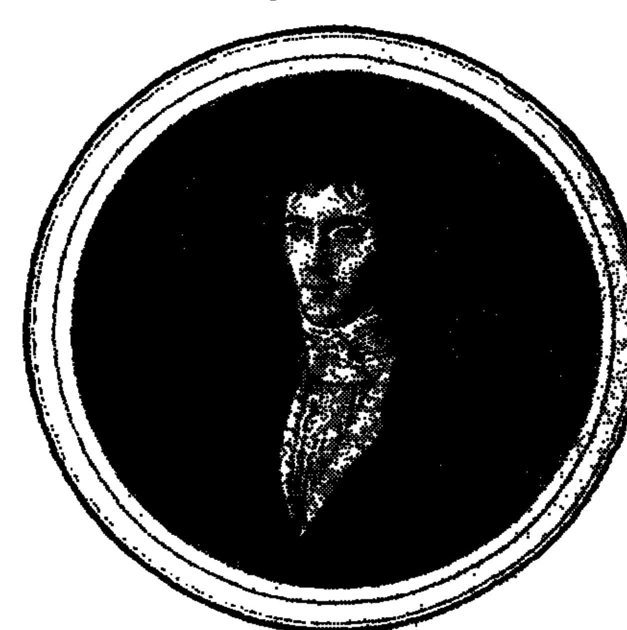
Man muß schon eine ganze Menge Phantasie mitbringen, um auf diesem Bild überhaupt etwas zu erkennen. Erst bei genauerem Betrachten wird deutlich, daß dieses verschwommene Helldunkel rechts und links zwei Häuser und in der Mitte den Blick über Dächer zeigt. Heute wäre dieses Photo keinen Abzug wert. Aber trotzdem findet man es in jeder Photographie-Geschichte abgebildet. Denn es ist die allererste Photographie. 1827 wurde sie von Joseph Nicéphore Niépce auf seinem Landsitz du Gras aufgenommen, acht Jahre bevor William H. Fox Talbot ein Gitterfenster in Lacock Abbey ablichtete und zehn Jahre bevor Louis Jacques M. Daguerre, der allgemein als der Erfinder der Photographie gepriesen wird, ein paar gipserne Engelsköpfe, ein Relief und eine Korbflasche auf einem Tisch arrangierte und abphotographierte.

Helmut Gernsheim hat das Photo von Niépce entdeckt. Und er hat anhand seiner Forschungen zur Frühzeit der Photographie festgestellt, daß die Beschriftung auf der Rückseite des Bildes zutreffend ist: „L'Heliographie – Les premiers résultats obtenus spontanément par l'action de la lumière. Par Monsieur Niépce, De Chalon sur Saône. 1827" und „Monsieur Niépces first successful experiment of fixing permanently the Image from Nature" steht darauf.

Helmut Gernsheim gilt als einer der führenden Photohistoriker. Er wurde 1913 in München geboren. Anfang der dreißiger Jahre emigrierte er nach England. Dort arbeitete er als Photograph und begann gleichzeitig Dokumente zur Photogeschichte zu sammeln. So entstand die inzwischen berühmte „Gernsheim Collection", die seit 1964 der Universität in Austin, Texas gehört. Gernsheim hat eine ganze Reihe von Büchern veröffentlicht. Am bekanntesten ist seine grundlegende „Geschichte der Photographie", die deutsch 1983 als Supplementband zur Propyläen Kunstgeschichte erschien. Aber er schrieb z. B. auch über Julia Margaret Cameron, eine Dame der viktorianischen Zeit, die erst mit 48 Jahren zu photographieren begann und dabei höchst ungewöhnliche Porträtaufnahmen machte. Bei den Vorarbeiten

Über die ältesten Fotos der Welt – Nord III, 21.55 Uhr

für dieses Buch entdeckte Gernsheim die beachtlichen Kinderphotographien des Reverend Charles Lutwidge Dodgson, eines Mathematik-Dozenten in Oxford, den alle Welt als „Lewis Carroll" und als Autor von „Alice im Wunderland" kennt.



Ihm gelang das erste Photo: Joseph Nicéphore Niépce, nach einer Zeichnung von C. Laguiche

1922 war es Niépce nach vielen Mißerfolgen gelungen, einen Kupferstich mit dem Porträt des Papstes Pius VII. als „Heliographie" auf eine beschichtete Glasplatte zu übertragen und zu fixieren – das Hauptproblem aller früheren Photoversuche. Die Bilder, die vor allem mit Hilfe einer mit Silbersalzen lichtempfindlich gemachten Schicht, die auf eine Glas- oder Metallplatte aufgetragen wurde, in einer Camera obscura aufgenommen worden waren, erwiesen sich nicht als dauerhaft. Niépce versuchte dann, auf beschichteten Lithosteinen das Bild festzuhalten und zu ätzen, um es anschließend wie eine Druckgraphik zu vervielfältigen. Aber das gelang ihm nicht. Die photographische Inkunabel entstand schließlich auf einer 16,5 x 20,5 cm großen Zinnplatte. Sie mußte etwa acht Stunden lang belichtet werden. Sicherlich entstand nicht nur diese eine Aufnahme; es ist jedoch die einzige, die erhalten geblieben ist. Zu Beginn der 50er Jahre wurde sie in einem Schiffskoffer gefunden.

Die Geschichte dieses ersten Photos liest sich heute wie ein Abenteuer. Und aus heutiger Sicht wundert man sich, daß die Wissenschaftler der Royal Society, denen Niépce ein Memorandum über seine Erfindung zuleitete, damals deren Bedeutung nicht erkannten und ihr keine Aufmerksamkeit widmeten. Das hing natürlich auch damit zusammen, daß Niépce nur sehr allgemein beschrieb, wie er ein beständiges Bild der Natur aufzunehmen und zu fixieren in der Lage war. Schließlich war er nicht der einzige, der sich auf diesem Gebiet versuchte. Nicht nur Niépce fürchtete, daß sich jemand seine Erkenntnisse zunutze machen könnte, er als Erfinder aber leer ausgehen würde.

So entschloß sich Niépce schweren Herzens, mit Louis Daguerre am 14. Dezember 1829 einen Vertrag abzuschließen, in dem es heißt: „Monsieur Daguerre lädt Monsieur Niépce zur Teilhaberschaft ein zwecks Vervollkommnung eines neuen, von Monsieur Niépce entdeckten Verfahrens zur Fixierung von Abbildungen der Natur ohne Mitwirkung eines Künstlers."

Daguerres Beitrag zu dieser Partnerschaft waren „eine neue Form der Camera obscura und seine Fähigkeiten". Diese „Fähigkeiten" erwiesen sich dann später als das eigentliche Kapital. Denn Daguerre verstand es, aus seiner Erfindung, der Daguerreotypie, einem auf einer Silberplatte fixiertem Bild, das nicht zu vervielfältigen war, Gewinn zu schlagen, während die Frau und die Kinder von Niépce nach dessen Tod 1833 allen Besitz verkaufen mußten, weil die Experimente das – sicherlich nicht üppige – Vermögen verschlungen hatten.

PETER DITTMAR

KRITIK

Von Baltimore bis Siebenwasser

„Jahrgang 1902" hieß das Buch des jungen Ernst Glaeser aus Butzbach, mit dem er 1928 einen gewissen Ruhm errang. Er schilderte die Verwirrung in den Köpfen der 1918 mannbar gewordenen Knaben, die in das Chaos des Kriegsendes, in Hunger, Revolution und Geldentwertung hineingestoßen wurden. Eine wahrhafte Darstellung dieser Epoche mußte nach dem „Umschwung" von 1933 als ein Sakrileg empfunden werden.

Glaeser zog daraus die Konsequenz, in die Schweiz auszuwandern, einen Schritt, den er sicherlich zu seinem eigenen Bedauern kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wieder rückgängig machte. Im Exil schrieb er ein zweites Buch, nicht wieder autobiographisch angelegt, **Der letzte Zivilist**, das in Deutschland natürlich erst 1948 erscheinen durfte und aus dem das ZDF einen zweiteiligen Film machte.

Das Buch fiel sehr romanhaft aus: Der Dollar-Millionär aus Baltimore, den es in den zwanziger Jahren in sein Heimatstädtchen Siebenwasser in der Nähe Heidelbergs treibt, wirkt in seinem Kinderglauben an die Demokratie badischer Provenience und in seinem Preußenhaß etwas konstruiert, wenn ihm der für die Rolle verpflichtete Max von Sydow auch sehr menschliche Züge verleiht. Er kauft einer verbitterten alten Adligen ein heruntergewirtschaftetes Gut ab und bringt es schnell in die Höhe, zur Freude seiner Landsleute von einst und zum Verdruß der am Ort ansässigen NSDAP. Einen hoffnungsvollen Schwiegersohn (Thomas Schücke) reißt seine Tochter (Pascale Rocard) zwar aus der nicht allein politisch bestimmten Bindung an einen herben SA-Vorgesetzten (Mathieu Carrière) heraus, aber dann wird er das Opfer einer widerwärtigen Intrige und schießt sich eine Kugel in den Kopf. Der Millionärsvater reist mit Tochter und Enkelkind zurück nach USA, der Versuch des „Letzten Zivilisten" ist als gescheitert zu betrachten.

Unter den vielen Aufbereitungen der jüngsten deutschen Geschichte, mit denen uns die beiden Fernsehanstalten in letzter Zeit beliefern, kann sich die Regieleistung von Laurent Heymann etwa auf der Mitte der Skala behaupten. Der 1963 verstorbene Ernst Glaeser, der sein unstetes Schicksal 1960 noch einmal in einer romanhaften Selbstdarstellung mit Kritik an der deutschen Nachkriegsgesellschaft verbunden hat, dürfte allerdings kaum bei dieser Gelegenheit eine literarische Wiedergeburt erleben.

HELLMUT JAESRICH

Die totale Überschallung

Erstaunlich einsichtig gab sich die *Diskussionsrunde im neuen* **Spielraum** vom ZDF, der live in München über ein Thema zu Gericht saß, das schon längst nicht mehr zu den schönsten Nebensachen der Welt gehört: „Überall und jederzeit Musik – die Vertreibung der Stille".

Schüler und Soziologen, Psychologen, Tontechniker und Kaufhausmanager, wie ein außerordentlich selbstbewußter Produzent sogenannter „Funktionaler Musik" (FM) kamen da zu Wort, ein Komponist sogenannter E-Musik und ein Lehrer, ein Kulturkritiker und ein Rundfunkmann.

Lange dauerte es, bis das Forum dem Phänomen totaler Überschallung kritisch genug zu Leibe rückte, einer Hydra im Dienste von Profitdenken vor allem, der Musik als Vereinsamungssymptom, als Erzeugerin beängstigender Leere in modernen Seelen. So ist es. Längst dient Musik nicht mehr ausschließlich der Erbauung, sondern ähnlichen Zwecken wie einst Vance Packards „Geheimen Verführern": Musik – falls man jene FM-Klangteppiche etwa in Kaufhäusern noch so nennen kann – dient heute in weiten Teilen eben der Plusmacherei, ist banaler Manipulator und Entmündigungsinstrument.

Um Musik als Kunstform ging es da allenfalls am Rande, in dieser Runde auch zu Recht, Vorrang hier hatten jene Klangwelten, die kleine Fluchten vorm großen horror vacui ermöglichen: Ursachen und Wirkungen sind Zeichen einer Zeit, in der zum Beispiel Stille, die Absenz von Reizüberflutung als vermeidbare Katastrophe verstanden wird. Insofern war dies ein sehr gelungener „Spielraum".

ALEXANDER SCHMITZ

Jeder hat seine Terminologie

in,2 Der WDR hat wieder eine seiner umstrittenen Sendungen zum Opus Dei präsentiert, diesmal im Magazin **Monitor**. Und das Opus Dei hat prompt reagiert und den WDR verklagt. Zur Klage besteht Anlaß.

Zwei Beispiele: Ein Waffenhändler, Kronzeuge des Streifens, gab sich als Aristokrat und Mitglied des Opus Dei sowie der rechtsradikalen spanischen Bewegung Fuerza Nueva aus. Allen in Paris sei der Mann als „Mitglied des Laienordens" bekannt, meinte Redakteur Happe olympisch. Abgesehen davon, daß das Opus Dei kein Orden, sondern eine vom Papst und fast allen Bischöfen der Erde geprüfte Personalprälatur ist (für einen WDR-Redakteur möglicherweise schwieriger zu verstehen als die Worte eines Waffenhändlers), ist „weder der Leitung des Opus Dei in Deutschland, in Spanien und Frankreich, noch der Generalleitung in Rom diese Person bekannt" (Stellungnahme der Prälatur an die Presse).

Die Mitgliedschaft bei Fuerza Nueva sollte ein Dokument belegen, auf dem tatsächlich der Name der Bewegung stand, das sich für den spanischsprechenden Zuschauer allerdings als Abonnementsbestellung („Boletin de suscripción") der Zeitschrift gleichen Namens entpuppte. Auch bei dem als Waffenhändler-Lizenz ausgegebenen Papier „happerte" es. Für die WDR-Redaktion: „Cronista de armas" heißt nicht Waffenhändler, sondern Wappenmaler.

Hintergründe der Sendung lassen Befürchtungen aufkommen, die folgender Dialog andeutet: Bei einer Begegnung mit dem Mitglied der Leitung der Prälatur in Deutschland, Dr. Thomas, fragte Redaktionschef Bednarz, der vorher Korrespondent in Moskau war, ob sein Gesprächspartner die höchste Person des Opus Dei in Deutschland sei. Antwort: Ein Mitglied eines kollegialen Leitungsgremiums von zehn Personen. Bednarz: Also so eine Art Politbüro? Dr. Thomas: Jeder hat seine Terminologie.

HANS STAUFER

STUDIO

Am 29. und 30. November veranstaltet das Adolf-Grimme-Institut in der Gesamthochschule Siegen eine Fachtagung mit dem Thema **Der Fernsehkrimi – Besichtigung eines populären Genres**. Autoren, Regisseure, Kritiker und Programmverantwortliche wollen untersuchen, welche Rolle dem TV-Krimi unter veränderten Wettbewerbsbedingungen auf dem Medienmarkt zukommen könnte.

DW.



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Die Platzanweiserin
Fernsehfilm von Klaus Poche
12.00 Berühmte Bauwerke in der DDR
12.10 ZDF Magazin
Moderation: Fritz Schenk
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Musikladen
Regie: Michael Leckebusch
In der vorletzten Folge des „Musikladens" *präsentieren Manfred* Sexauer und Christine Roethig das ehemalige Abba-Mitglied Frida Lyngstad, den Fistelstimmenrocker Robin Gibb, die Synthesizer-Band „Flat Lux" und die Steril-Popper „Depeche Mode".
16.55 Wir Kinder
Vom Aachener Karneval
Nicht nur die Erwachsenen, auch Kindern beteiligen sich rege an der vor vier Tagen begonnenen Karnevalszeit. In Aachen wurde *deshalb eigens ein Kinderkarneval* eingeführt, bei dem die kleinen Karnevalisten einen Prinzen krönen und eine Garde zusammenstellen. Constantin Pauli zeigt in der heutigen Folge der „Wir Kinder"-Reihe, mit welchem Enthusiasmus die Kleinen in den Fasching ziehen.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Unser Afrika wird 100
Wie Europa sich einen Kontinent besorgte
Dokumentation von Christian Herrendörfer und Carl-Heinz Caspari
Am 100. Jahrestag der Berliner Kongo-Konferenz, auf der die Verteilung afrikanischer Länder unter europäischen Mächten vereinbart wurde, untersucht die ARD, wie Afrika die „weiße Zivilisierung" überstanden hat.
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Mord in der U-Bahn
Von Fritz Eckhardt
Mit Fritz Eckhardt, Kurt Jaggberg u.a.
Regie: Kurt Junek
Während eines Fußballspiels in Wien kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Fans und Polizei. Kurz darauf findet man in einem U-Bahn-Wagen eine Leiche. Ein Fall, der Oberinspektor Marek einiges Kopfzerbrechen bereitet ...
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Un-Ruhestand
Geschichten vom Älterwerden
3. Luise und Nelly
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Fünf Freunde im Zeltlager
2. Teil
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Mirage mit „Get Down"
17.50 Tom und Jerry
Um ihrem Nachbarn einen Gefallen zu erweisen, nehmen sich Tom und Jerry vier kleiner Kätzchen an. Doch ihre Nachbarschaftshilfe verursacht bald viel Aufregung, denn ein großer Hund kann die Kätzchen gar nicht leiden ...
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
Eine reizende Familie
Nie mehr Milch um Mitternacht
19.00 heute
19.30 *Der große Preis*
Heiteres Spiel mit Wim Thoelke
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 Kontakte
Ein neuer Typ Mensch
Über veränderte Einstellungen zum Leben
Von Malte Rauch und Wolf-Rüdiger Schmidt
Es heißt, daß wir vor einem Jahrzehnt der Veränderungen des mitmenschlichen und sozialen Verhaltens stehen. *Die zukünftigen Lebensstile* könnten sich zwischen zwei Polen bewegen.
21.45 heute-journal
22.05 Klartext
Altersversorgung: Ein Riese gerät *ins Wanken*
Bericht von Rudolf Blank und Herbert Hackl
22.50 Geschundenes Zelluloid
Das Schicksal des Kinoklassikers „Im Westen nichts Neues"
Von Hans Beller
23.25 Cat Ballou – hängen sollst du in Wyoming
Amerikanischer Spielfilm (1965)
Mit Jane Fonda, Lee Marvin, Nat King Cole u. a.
Regie: Elliot Silverstein
0.55 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 All meine Söhne
Amerikanischer Spielfilm (1948)
21.45 Kommunalpolitik in der Krise?
Zum Beispiel Langenberg
22.15 Treffpunkt im Unendlichen
Film nach Klaus Mann
0.50 Letzte Nachrichten

NORD
19.15 Urlaubers Hinterland: Spanien (5)
20.00 Tagesschau
20.15 Lady L
Englischer Spielfilm (1966)
21.55 Über die ältesten Fotos der Welt
22.40 Das Artie Shaw Orchester
23.25 Nachrichten

HESSEN
19.00 Kleine Residenz
Deutscher Spielfilm (1942)
20.20 Kultur
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Die echten Mächtigen von Dallas
22.30 Die wirklich Reichen (3)
23.25 Schach dem Weltmeister

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Colombo
21.05 Emanzipation durch Literatur
21.35 Bildbetrachtung
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 ... und hätten der Hilfe nicht
22.30 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Die Erben des Jüngsten Tages
22.30 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
21.45 Gästebuch

BAYERN:
19.00 Gelbelstraße 27
Fernsehspiel von Horst Lommer
20.50 Vom Geist in der Musik
21.35 Rundschau
21.50 Z. E. N.
21.55 Der General starb im Morgengrauen
Amerikanischer Spielfilm (1936)
23.30 Rundschau
23.35 Actualités

DIE  WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/ WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland, Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Fischolt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Törichte Jungfrauen

A. W. – Eine ergötzliche Logik hat der „Verband der evangelischen Theologiestudenten" in Berlin vordemonstriert. In einem Brief der Vollversammlung dieses Verbandes an die Ausbildungsreferenten der evangelischen Landeskirchen wird voll Bitterkeit darüber geklagt, daß sich die „Ellenbogen-Theologie" ausbreite, nämlich das Leistungsdenken auch beim theologischen Studieren und Forschen. Wegen des Andrangs zum Studium würden immer mehr Landeskirchen „leistungsbetonte Auswahlkriterien" für die Wartelisten und verschärfte Prüfungsordnungen einführen, und das sei gerade in der Theologie, der Gotteswissenschaft, ausgesprochen unchristlich und deshalb abzulehnen.

Mit anderen Worten: Wer dämlich ist und nichts leistet, der ist der bessere Theologiestudent. Das heißt ja nun wohl, dem Lieben Gott das Wort im Munde umdrehen. Er hat zwar das Gleichnis gebracht von den Vögeln unter dem Himmel, die weder säen noch ernten und sammeln und dennoch ernährt werden, und er hat gepredigt: „Selig sind, die da geistlich arm sind..." Aber Menschen sind nun einmal keine Vögel, für sie – auch für evangelische Theologiestudenten – gilt, daß sie im Schweiße ihres Angesichts ihr Brot essen sollen.

Und was die „geistliche Armut" betrifft, so meint sie wahrhaftig nicht theologische Unbedarftheit, eher die gar nicht so leicht zu erlangende Einsicht, daß wir uns alle vor geistigem Hochmut hüten müssen, daß wir alle Hilfe und Beistand nötig haben und uns keine noch so diffizile Pharisäerweisheit, sondern einzig und allein die Gnade Gottes von der Sünde befreit.

Es bleibt also dabei: Auch Theologiestudenten müssen sich anstrengen, unterliegen wie alle anderen Studenten bestimmten Leistungskriterien. Wenn es schon ein GLeichnis für ihre Lage geben soll, dann das von den klugen und den törichten Jungfrauen. Ein guter Theologiestudent gleicht jenen klugen Jungfrauen, die fleißig waren und genug Öl erwarben, um den Bräutigam zum Hochzeitsmahl begleiten zu können.

„Ensemble modern" konzertierte im Deutschlandfunk

Ohne falsche Routine

Das „Ensemble modern" ist 1980 aus der „Jungen deutschen Philharmonie" hervorgegangen und genießt für seine Pflege der Neuen Musik seit vorigem Jahr die Förderung der GEMA-Stiftung. In Donaueschingen und Hannover konnte man sich von der Leistungsfähigkeit dieses nur zeitweise zusammentretenden Klangkörpers aus jungen Musikern überzeugen, die offensichtlich auf Engagement und Konzentration, auf der Abwesenheit von Routine beruht (was positiv gemeint ist). Unter Leitung von Anthony Pay trat das Ensemble auf seiner Herbsttournee bei der Jahresversammlung der Gesellschaft für Neue Musik (GNM) im Kölner Deutschlandfunk auf. Das Programm mit Werken von Volker Heyn, Helmut Lachenmann, Georg Katzer und Wolfgang Rihm war auf den Anlaß abgestimmt: Neue Musik mit Anspruch und von einer bestimmten Hartnäckigkeit, mit der sie auf den Zielen der Avantgarde beharrt und das Einschwenken in wohlfeile Neo-Strömungen vermeidet. In diesem Sinne handelte es sich um ein konservatives Programm, um den Entschluß, noch einmal zu versuchen, was in den sechziger Jahren begonnen wurde, und dies in denkbar handwerklicher Gewissenhaftigkeit.

Der 1938 in Karlsruhe geborene Volker Heyn kam über Gitarrenspiel und Theater zum Komponieren, und oft haben seine Kompositionen theatralische wie auch malerische Züge. An seinem hier uraufgeführten Werk „Rozs" für Saxophon, Trompete, Posaune, Violine und Cello verblüfft der Farbreichtum und die skurrile Phantasie, mit der die malerischen Eruptionen in die kurze Form eines Eröffnungsstücks gebracht sind.

Der 1935 in Stuttgart geborene Helmut Lachenmann hat in der Verweigerung herkömmlicher Intonations- und Rezeptionsweisen, in der Entwicklung einer alternativen Intonation seinen eigenen Stil gefunden, in dem er sich schon geraume Zeit bewegt und in dem auch die Hinzuziehung eines Klingelgerätes nicht mehr überrascht. „Movement – vor der Erstarrung", hier in deutscher Erstaufführung, hat daneben musiktheatralische Züge, wo der Dirigent ein fast stummes Orchester zu leiten hat, und besteht sehr formbewußt aus einem Klangschleier zarter Andeutungen und kaum gewagter Töne, der an pointilistische Malerei erinnert und der Gefahr des Kunstgewerbes nicht immer entgeht.

Gar nicht so weit weg von dieser Technik bewegt sich der 1935 in Schlesien geborene, in Ost-Berlin lebende Georg Katzer mit seinem „Kommen und Gehen" für Bläserquintett und Klavier, was die poetische Verarbeitung von Geräuschen und die theatralische Komponente betrifft. Dagegen hat er sich vom Prinzip des Klanges nicht gänzlich abgenabelt: Seine ostinaten Akkorde auf dem Klavier sind von gewaltloser Farbschönheit und klingen bisweilen geradezu sehnsüchtig. Das Stück dirigierte der sonst klavierspielende Ingo Metzmacher.

„Silience to be beaten – Chiffre II" für Kammerensemble von dem 1952 in Karlsruhe geborenen Wolfgang Rihm hat mit den anderen Stücken des Programms die Tendenz zum sonoristischen Experiment gemeinsam, zu extremen Lagen und Effekten, und im übrigen den stürmischen Gestus, wie man ihn von diesem hochbegabten Dramatiker kennt. Man fragt sich wohl manchmal, wie er ohne sein geliebtes tiefes Schlagzeug auskäme – aber seine großen dramatischen Gesten haben jenseits aller Gewaltposen ihre eigene, persönliche Logik.

DETLEF GOJOWY

Uri Barabashs Film „Hinter Gittern" aus Israel

Der positive Araber

Der neueste israelische Film „Hinter Gittern" erregte nicht nur in Israel Aufsehen – er bekam auf dem Festival von Venedig den Preis der Kritiker und wurde bei den fünf Vorführungen vom Publikum begeistert beklatscht. „Hinter Gittern" ist kein typisch israelischer Film, er steht eher für eine Wende in seinem Land – wie man nämlich mit beschränkten Mitteln und einem israelischen Thema etwas ganz Eigenes machen kann. Bis jetzt erschöpfte sich die israelische Filmkunst überwiegend in himbeerfarbigen Amerikanismen.

„Hinter Gittern" wird möglicherweise kein Kassenknüller, aber er ist hochkarätig. Der Zuschauer wird zunächst von massiver Zuchthausatmosphäre bedrängt, und mit dem rückfälligen Uri, bullig und glasäugig, zusammen eingeliefert. Das Zuschauersein, die sichere Position der Objektivität geht sehr rasch abhanden, man ist selbst mitten drin und gezwungen, sich in die Welt der Häftlinge gefühlsmäßig einzuordnen.

Uri erweist sich als Führerpersönlichkeit, wenn es im Gefängnis Probleme gibt. Sein Gegenspieler ist Issam, Kopf der arabischen Gruppe. Uri lehnt ihn als Araber und als Terroristen – Issam ist für Bombenanschläge zu dreimal lebenslänglich verurteilt – grundsätzlich ab. Die Feindseligkeiten zwischen Juden und Arabern scheinen nie abzureißen. Der Mord an einem jüdischen Häftling, vom korrupten Gefängnisleiter begangen, wird der arabischen Gruppe zugeschrieben und facht den ständig schwelenden Haß noch mehr an.

Da kommt unerwartet die Wahrheit ans Licht: Der junge Jude Doron, der in der Araberzelle sitzt, wird vom Gefängnisleiter erpreßt. Er soll bezeugen, daß der Mord von Issam & Co geplant wurde. Doron erhängt sich, in seiner Hand ein zerknüllter Zettel, der die Unschuld der Araber beweist. Den Gefangenen wird plötzlich klar, daß sie sich verrannt, sich mit ihrer ständigen Fehde den Zielen der korrupten Obrigkeit als Werkzeug in die Hände gegeben haben. Uri und Issam, die zwei Oberrebellen, tun sich zusammen und organisieren einen allgemeinen Sträflingsstreik.

Schauspielerisch wie auch in Regie und Kameraführung ist der Film meisterhaft, und er verfehlt seine Wirkung beim Publikum nicht. Problematisch wird er in seiner unterschiedlichen Bedeutung für den Zuschauer in Israel und im Ausland. Innerhalb der Grenzen seiner Heimat entfaltet sich der Film zu dem, was er eigentlich sein sollte: eine Mahnung an die Widersinnigkeit des Fanatismus und der vorgefaßten Urteile, die Darstellung des engen Raumes, in dem alle in einem Boot zu sitzen gezwungen sind und, sich dort einfach als Menschen anerkennend, miteinander auskommen müssen und können.

Die Problematik der Sicht des internationalen Publikums äußerte sich bereits bei den Vorführungen in Venedig, als der gefeierte Regisseur Uri Barabash, der bislang nur für das Fernsehen gearbeitet hat, gefragt wurde, wie er denn einen solchen Film in Israel habe drehen dürfen. Denn Issam, der schöne, charismatische arabische Anführer, ist ein positiver Held, während die Obrigkeit – israelisch! – korrupt und hinterhältig ist. Aber Uri Barabash ging es nicht um die Aufdeckung von Mißständen in israelischen Gefängnissen. Er sucht nicht die Schuldigen im israelisch-arabischen Konflikt, seine Figuren sind als Gleichnisse zu betrachten. „Hinter Gittern" wurde für die nächste Oscar-Verteilung vorgeschlagen. Er läuft in diesem Monat auch in europäischen Kinos an.

KATALIN FISCHER

Staatsdichter, Poplyriker und Dissidenten: Das siebte „Festival der Weltpoesie" in Amsterdam

Ich lag im Garten bei Kleinzschachwitz

Die Jahreszeiten sind schon immer ein beliebtes Thema der Poesie gewesen. Besonders Frühling und Herbst treiben seit Jahrhunderten die Poeten dazu, Verse aufs Papier zu bringen. Man mag sich darüber streiten, ob es inzwischen mehr Frühlings- oder Herbst-Gedichte gibt, aber für die Dichtkunst in Deutschland hat wohl der Herbst die größere Anziehungskraft, und jenes Rilkesche „Herr, es ist Zeit: der Sommer war sehr groß" ist nur eine Anrufung unter unzähligen anderen.

Daß Herbst und Poesie zusammengehören, wird den Bewohnern einer westeuropäischen Hauptstadt jedes Jahr von neuem unüberseh- und -hörbar klargemacht: Ich rede von Amsterdam, jener Stadt der über 160 Grachten und 1000 Brücken, an denen sich Wohn-, Handels- und Lagerhäuser filigranhaft schmal und schier endlos entlangreihen, unterbrochen von Plätzen, auf denen sich Menschen und Verkehr immer wieder scheinbar heillos ineinander verknäueln – um sich dann mit der gleichen Geschwindigkeit auch wieder aufzulösen und in unzähligen Uferstraßen, Restaurants, Cafés, Antiquitätenläden, Museen und Geschäftshäusern zu versickern.



Kam mit schwarzlackiertem Gipsbein: Der Hamburger „Szene-Poet" Kiev Jaguar Stingel auf dem Amsterdamer Poesiefestival FOTO: FRANS SCHELLEKENS

Amsterdam ist nicht nur eine Messe oder einen Besuch, sondern auch so manches Gedicht wert, die Stadt selbst ist ein Gedicht. Zumindest wird in dieser Stadt seit langem wirklich etwas für das Gedicht getan: Seit 1974 findet hier alljährlich über eine Woche lang das „One World Poetry Festival" statt – in diesem Jahr schon zum siebenten Mal. Es gibt eine Stiftung, die sich einzig um die Organisierung eben dieses Festivals kümmert, sowie finanzielle Spender, die aus allen Bereichen der niederländischen Gesellschaft kommen. In diesem Jahr beteiligten sich an der Ausrichtung des Treffens das Niederländische Ministerium für Kultur, die Gesellschaft für Internationale Kulturelle Zusammenarbeit, das Goethe-Institut Amsterdam, das Flüchtlingswerk der Niederlande, die Stadt Amsterdam und nicht zuletzt Privatfirmen wie Rank Xerox und viele andere...

Nun, Geld braucht dieses Festival auch, denn es hat sich eine nicht ganz billige Aufgabe gestellt: die jeweils „jüngsten Entwicklungslinien der internationalen Poesie zu präsentieren". Inzwischen sind es über 400 Dichter aus allen Teilen der Welt, die man aus diesem Anlaß in Amsterdam schon sehen und hören konnte, und es kann den Initiatoren des Festivals guten Gewissens bescheinigt werden, daß es ihnen, wie sie im Veranstaltungskatalog 1984 schreiben, gelungen ist, „in den vergangenen Jahren in diesem Sinne eine Tradition aufgebaut" zu haben.

Auch dieses Jahr gab es Abend für Abend wieder eine Fülle von Gedichten zu hören und Poeten zu sehen. Und nicht nur dies, auch Verwandtes: Musik (so u. a. ein Jazzkonzert mit Ornette Colemann & Prime Time), Filme, Tanz und Video-Poesie. Allerdings prägte das Treffen nicht wie früher ein Generalthema, sondern verschiedene nationale und internationale Abende, zu denen auch ein „Deutscher Abend" gehörte.

Erstmals übrigens fanden sämtliche Veranstaltungen – bis auf die Schlußrunde – im außerhalb des Stadtkerns gelegenen Kulturzentrum „De Meervaart" statt und nicht wie bisher im von den Fans geliebten Multi-Kultur-Zentrum der City – „De Melkweg" genannt. Mir scheint, daß diese Verlagerung des Ortes nicht glücklich war – da blieb, für Stunden jedenfalls, jene typische Amsterdamer Atmosphäre weg, jenes Stadtambiente, das ein technisch auch noch so gut ausgerüstetes Kulturzentrum aus Beton eben nicht bieten kann.

Zu den spektakulärsten Eingeladenen gehörten diesmal der sowjetische Dichter Jewgeni Jewtuschenko sowie der israelische Schriftsteller Moshe Dor. Was an der Einladungspolitik der Veranstalter grundsätzlich auffällt, ist eine – der selbstgestellten Aufgabe angemessene – grenzenlose Souveränität, und so gehörte, trotz Jewtuschenko, in diese Woche der Poesie auch ein Abend mit „Dichtern im Exil". Die Poeten, die da reden und bezeugen konnten, kamen aus der ČSSR, aus Südafrika, Paraguay, aus Litauen, Pakistan, Chile und Irak.

Vergleichbar vielfältig ging es auf dem deutschen Abend zu – eingeladen worden waren Anna Rheinsberg (die nicht kam und von Doro Frank vertreten wurde), der Hamburger Szenen-Poet Kiev Jaguar Stingel, der Essayist und Chefredakteur des Düsseldorfer Stadtmagazins „Überblick", Hubert Winkels, der aus Graz stammende, bei Kiepenheuer & Witsch verlegende Pop-Poet Peter Glaser, schließlich Thomas Rosenlöcher aus Dresden, der am 9. 11. wieder in die „DDR" zurückfuhr, und ich, der die ehemaligen „DDR"-Autoren vertrat.

Es war zwar ein Zufall, daß der „Deutsche Abend" von einem niederländischen Jungarbeiterchor mit dem Lied „Du, laß dich nicht verhärten" von Wolf Biermann eingestimmt wurde, aber die Liedwahl verwies doch, unfreiwillig drastisch, auf die Problematik der nachfolgenden Texte: Die deutsche Teilung, die mitten durch die Menschen hindurchgeht, spielte eine wichtige Rolle, nicht zuletzt in den ironisch gebrochenen Idyllen des Thomas Rosenlöcher aus der „DDR", der aus seinem Band „Ich lag im Garten bei Kleinzschachwitz" auch das Gedicht „Die Verlängerung" vorlas: den zur Sprache gebrachten, grotesken Alptraum eines Menschen, dem vom heftigen Nachdenken die Füße dermaßen wachsen, daß er damit an die Grenzen des Staates stößt und sie ihm „knapp vorm Brandenburger Tor" fast „abgesprengt" werden.

Die westdeutschen Poeten brachten andere Risse und Brüche zu Gehör – erfreulich unideologische Texte, radikal existenzbezogen, nicht wehleidig, eher kühl und erstaunt. Was den Veranstaltern besonders zu danken ist, war die Tatsache, daß alle Texte für das niederländische Publikum bereits in einer Broschüre übertragen vorlagen.

Das „One World Poetry Festival" zwischen Prinsengracht, Café Americain, „De Melkweg" und „De Meervaart" hat den Beteiligten Freude bereitet, und zwar vor allem deshalb, weil – trotz der Sprachenvielfalt – eben keine babylonische Sprachverwirrung die Szene beherrschte, sondern der Geist der Poesie, der Menschen auf ganz einmalige, intensive Weise zueinander finden läßt.

ULRICH SCHACHT

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „herder-initiative"

Ist Schamgefühl out?

Die von Gerd-Klaus Kaltenbrunner herausgegebene Vierteljahresschrift „herder-initiative" ist nun bei Nr. 59 angelangt. Daß diese 192 Seiten starken Hefte in Taschenbuchformat (zu DM 12.90) jeweils einem einzigen Thema gewidmet sind und noch keines wiederholt haben, zeugt für die organisatorische Phantasie des Herausgebers. Und übrigens auch für sein politisches Geschick. Seine Reihe ist nicht zufällig diejenige konservative Zeitschrift, die von den Herren der öffentlichen Meinung am wenigsten behindert wird. Kaltenbrunner findet immer wieder Wege, wo die auf verdächtige Reizworte programmierten Radars keinen Alarm geben können.

Das neue Heft ist ist dem „Zeitalter der Schamlosigkeit" gewidmet. Für die Aufpasser scheint das einfach ein Problem der Prüderie zu sein. Auf den ersten Blick passen die beiden Stars unter den Mitarbeitern, die Psychotherapeutin Christa Meves und der Frauenarzt Richard Huber, gut in dieses Schema. In ihrem „Plädoyer für das Schamgefühl" berichtet Frau Meves über ein Gymnasium: „Eine Lehrerin teilt den Eltern ihrer Schüler auf einer Versammlung mit, daß sie, ‚wie es in den Schulen jetzt allgemein üblich geworden sei', ihre Klasse (4. Klasse mit Jungen und Mädchen) nackt duschen lassen will." Mit einer Ausnahme geben alle Eltern die Zustimmung. Ein Vater jedoch verlangt geheime Abstimmung unter den Schülern: Von 28 Kindern sind 26 dagegen. Frau Meves begrüßt das.

Professor Huber zeigt in seinem Beitrag „Muß man wegschauen? Das Genitale im Bild" Verständnis für die Verhüllung der Geschlechtsteile: „Menschliche Kopulationsorgane sind von ihrer Funktion her ursprünglich nicht auf das Auge bezogen – sie gehören primär in eine taktile Instinktwelt." Daher wirken sie „in unserer heute fast nur noch optisch bestimmten Welt ‚unpassend' und optisch inadäquat..." Gleichwohl sei die „eher gedankenlos geschürte Angst vor der Genitalsphäre" schädlich.

Ist also Frau Meves prüde und Professor Huber „fortschrittlich"? Wer ihre Beiträge genauer liest, merkt bald, daß sie sich kaum widersprechen. Der Medizinprofessor will die Enttabuierung nur für die Intimsphäre gelten lassen, in der man „diese erotische Realität unbefangen zu akzeptieren vermag".

Und ebenso konservativ ist es, wenn Frau Meves ein sehr weit gefaßtes Schamgefühl, das mehr als nur den sexuellen Bereich betrifft, als Lebenshilfe versteht. Es ist für sie „das Erreichen eines bestimmten Niveaus im Bewußtseinsprozeß, nämlich der generellen Fähigkeit, Schwächen, Fehler, Unvollkommenheiten, ja Schuld zu empfinden und mit Hilfe des Schamgefühls die Verhüllung des Makels anzustreben, um die Person vor Schädigung der Selbstachtung – mit oder ohne Offenlegung des Makels –, vor Verzweiflung über sich selbst zu bewahren".

Sowohl Frau Meves wie Professor Huber gehen dabei, im Sinne eines modernen Konservatismus, nicht von vorgefaßten Meinungen, sondern von genauer Kenntnis des menschlichen Verhaltens aus. ANTON MADLER

München zeigt Werke des Modezeichners Gruau

Erbe Toulouse-Lautrecs

Sein Strich birgt noch immer die ungebrochene Kraft der Verführung in sich; seine ästhetischen Signale aus der Welt des großen Luxus treffen noch immer. Seit fünfzig Jahren demonstriert er in seinen Zeichnungen und Graphiken seinen unverkennbaren Stil, diese unnachahmliche Mischung aus Eleganz, Verführung und Geheimnis: Renato Conte Savagli-Riccardelli, venezianischer Adelssproß (74), der unter dem Namen René Gruau die Grenzen zwischen Kunst und Mode fließend überschreitet. Die Münchner Galerie Bartsch & Chariau war es, die vor zwei Jahren erstmals das Werk Gruaus der Öffentlichkeit präsentierte. Die Geschichte der Wiederentdeckung Gruaus glich einem spannenden Krimi. Diese Galerie, spezialisiert auf angewandte Kunst, auf Cartoonisten, Plakate und Werbegraphik, suchte schon lange nach einem Modezeichner. Bis eines Tages der französischen Teilhaberin Joelle Chariau eine alte Nummer der Zürcher Zeitschrift „Graphis" mit einem ausführlichen Artikel über den französischen Zeichner René Gruau in die Hand fiel. Und sie wußte sofort, das ist unser Mann. Monatelang dauerten die Recherchen an. Fast hatte man das Projekt schon aufgegeben, als ein Brieflein von Gruau eintraf, der der Galeristin erlaubte, sich unter seinen graphischen Schätzen umzusehen. Die Ausstellung bedeutete damals in München eine kleine Sensation. Jetzt erschien im Schirmer/Mosel Verlag, München, die erste ausführliche Monographie mit einem Text von Hubert de Givenchy über diesen international so gefragten Modegraphiker (200 Seiten, 60 Farbtafeln, 40 Duotone-Abb., Preis 128 DM). Aus diesem Anlaß kann man nun erneut die Werke Gruaus in der Galerie Bartsch & Chariau bewundern. In diesem graphischen Rapport mit Mode-Zeichnungen von 1945 bis heute kann man sehen, was sich seitdem verändert hat. Vorbei die Zeiten von Fath, Balmain, Givenchy und Dior mit ihren schmalen Taillen und weiten Röcken, mit hochgebauschten Tournuren. Frauen mit schräg gestellten Augen, hohen Backenknochen und hochmütigen Mündern, sie, diese von Gruau erfundenen Luxusgeschöpfe, die für Lippenstifte, Parfüm, für Strümpfe, für Schmuck, für Seide und Badeanzüge werben. Gruaus Kompositionen sind stets streng und ausgewogen, knüpfen an die Zeichentechniken des Fernen Ostens und stehen doch zugleich in der Tradition der französischen Graphik eines Toulouse-Lautrec. Er teilt mit diesem besonders seine Vorliebe für ein reines Rot und Gelb zum Schwarz-Weiß.

Die Körper seiner gezeichneten Frauen sind Hohlformen, sind hochdünne Hüllen, elliptisch, euphemistisch, aufs höchste vereinfacht und doch so raffiniert ausgeklügelt (bis 22. 11. 1984).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Ästhetische Signale des Luxus: Modellzeichnung von Gruau für Pierre Balmain aus dem Jahre 1952 FOTO: R. NOHR

KULTURNOTIZEN

Die Ludwig-Richter-Ausstellung in Hannover (noch bis 25. November) sahen bislang über 25 000 Besucher.

Die 13. Musik-Biennale Zagreb findet vom 19. bis 25. April 1985 statt; zu den eingeladenen Komponisten zählen Luciano Berio, Krzysztof Penderecki, John Cage und Dieter Schnebel.

Ein Institut für homöopathische Medizin ist jetzt in Detmold eröffnet worden.

Rainer Kunads Oper „Vincent" über das Leben van Goghs kommt am 17. November in Saarbrücken heraus; es ist eine szenische Übernahme der Kasseler Aufführung.

Lawrence Foster, neuer Chefdirigent des Kammerorchesters Lausanne, wird die Schlußkonzerte des nächsten Concours Clara Haskil (25. August bis 4. September 1985) in Vevey leiten.

Gisela Walther, 40, ist Gewinnerin des mit 10 000 Mark dotierten Defet-Preises des Deutschen Künstlerbundes.

Hanns-Martin Schneidt, 54jähriger Generalmusikdirektor in Wuppertal, ist zum neuen Leiter des Münchner Bach-Chors berufen worden.

Marionettenwochen finden in Paris heuer zum vierten Mal statt(bis 18. Dezember).

Die deutsch-irische Kulturkommission hat jetz in Bonn beschlossen, den Kulturaustausch der beiden Länder zu verstärken.

JOURNAL

Buchwochen in Stuttgart

Kuo. **Stuttgart**

Die 34. Stuttgarter Buchwochen – die älteste regionale Veranstaltung dieser Art – sind eröffnet worden. Bis zum 9. Dezember können 21 000 Werke aus mehr als 300 Verlagen, darunter 8000 Neuerscheinungen, in den Räumen des Landesgewerbeamtes kostenlos besichtigt werden. Die Veranstalter rechnen in diesem Jahr mit 95 000 Besuchern, möglicherweise wird sogar die 100 000-Marke überschritten. Nachdem in den vergangenen Jahren die „DDR", die Sowjetunion und Österreich mit Sonderschauen vertreten waren, gibt es in diesem Jahr 8000 Bücher aus Ungarn. Erstmalig haben auch Mini-Verlage Gelegenheit, ihre Produktionen auszustellen. Baden-Würtemberg liegt mit 21.5 % aller verlegten Buchtitel an erster Stelle in der Bundesrepublik.

Verkaufserfolg für Marguerite Duras

DW. **Paris**

Der mit dem diesjährigen Goncourt-Preis ausgezeichnete Roman „L'Amant" von Marguerite Duras erlangte bereits vor der Preisverleihung eine verkaufte Auflage von 250 000 Exemplaren. Dieses ist auch der erste Goncourt, den der Verleger Jérôme Lindon in sein Haus einholen konnte. Sein Verlag, die Editions Minuit, wurde 1944 gegründet und brachte S. Beckett sowie die Autoren des „Nouveau Roman" heraus.

Amerikanisches Glas, deutsches Kunsthandwerk

DW. **Hannover**

Zwei recht unterschiedliche Ausstellungen mit kunstgewerblichen Arbeiten zeigt das Kestner-Museum in Hannover bis zum 13. Januar. Es handelt sich zum einen um die Ausstellung „Americans in glass – Aktuelle Glaskunst aus den Vereinigten Staaten", die zuvor in Düsseldorf gezeigt wurde (s. WELT v. 15. 9.). Zum anderen ist gleichzeitig die „Triennale 1984 – Zeitgenössisches deutsches Kunsthandwerk", die in Frankfurt eröffnet wurde (s. WELT v. 11. 10.), zu sehen.

Ostpreußische Synagoge als Webereizentrum

JGG. **Köln**

Die Synagoge von Wartenburg bei Allenstein (Ostpreußen) ist vollkommen restauriert und in ein „Zentrum masurischer und ermländischer Webereikunst" umfunktioniert worden. Wie „Trybuna Ludu" berichtet, dient das „Zentrum" nicht nur als Museum, sondern es werden hier auch Menschen im Kunstweberhandwerk unterwiesen, wobei bewußt an die alten ostpreußischen Weberei-Traditionen angeknüpft wird.

„Eifeler Bräuche" als Geschenk an Haus Beda

DW. **Bitburg**

Rolf Dettmann, der sich gern „Bildermacher aus Kronenburg/Eifel" nennt, hat die Originalzeichnungen seines Zyklus „Eifeler Bräuche" dem Haus Beda in Bitburg geschenkt. Es handelt sich dabei um 65 Tuschzeichnungen, die auch als Illustrationen für das gleichnamige Buch von Matthias Weber (Bachem-Verlag, Köln) dienten. Die Blätter sind ab 18. November ständig in der kleinen Galerie zu sehen.

Der Troisdorfer Kinderbuchpreis 1984

DW. **Troisdorf**

Der erste Preis des Troisdorfer Kinderbuchpreises wurde Klaus Heseler für seine Illustrationen zu „Das Schlaraffenland" zugesprochen. Den zweiten Preis erhielt Nikolaus Heidelbach für „Eine Nacht mit Wilhelm", und der dritte Preis ging an „Mischa und seine Brüder" von Reinhard Michl.

Goethe-Institut zeigt Bildhauer aus Berlin

DW. **London**

Einen Überblick über die Arbeiten zeitgenössischer deutscher Bildhauer, die in Berlin leben, gibt das Goethe-Institut in London. Im Rahmen der Ausstellung „11 sculptors from Berlin" zeigt sie bis zum 11. Dezember u. a. Arbeiten von Frank Dornseif, Lothar Fischer, Joachim Schmettau, Rainer Kriester und Uta Sax.

Niederösterreichische Landesausstellungen

DW. **Wien**

Das Land Niederösterreich bereitet zwei große Landesausstellungen für 1985 vor. Im Stift Klosterneuburg wird zur Erinnerung an den niederösterreichischen Landespatron vom 30. März bis zum 3. November die kulturgeschichtliche Übersicht „Der heilige Leopold" gezeigt. Auf der Schallaburg versucht man „Die wilden 50er Jahre – Formen und Gefühle eines Jahrzehnts in Österreich" (vom 27. April bis 27. Oktober) anschaulich zu machen.

Überlebenshilfe für bedrohte Baumbestände

AP, Hann. Münden

„Es hat keinen Sinn, resistente Bäume zu züchten", meint Horst Weisgerber. Er ist Leiter des Instituts für Forstpflanzenzüchtung in der Hessischen Forstlichen Versuchsanstalt in Hannoversch Münden. „Theoretisch ist das machbar. Wir können einen Baum züchten, der mit Schwefeldioxid belastbar ist. Aber das wäre ein Alibi, das wäre sogar eine Gefahr. Denn dann würde nichts gegen die Luftverschmutzung getan. Wir können. Wir wollen aber Erhaltungszüchtung betreiben. Wir können das vorhandene genetische Material konservieren, und wir hoffen, dieses Erbgut über diese schwierige Situation hinwegzuretten."

Die Rede ist vom Waldsterben und den Bemühungen dieses hessischen Instituts, Baumsorten vor dem Aussterben zu bewahren. Weisgerber erzählte von einem Programm, das von der Landesforstverwaltung in Wiesbaden akzeptiert worden sei.

Genau wie ein Mensch

Ziel dieses Programms sei es, „die genetische Vielfalt der Wälder zu erhalten". Das Problem sei, so erläuterte Weisgerber, daß die Nachkommen eines Baumes aus dem Rhein-Main-Gebiet kaum in der Rhön gedeihen könnten oder umgekehrt. „Ein Baum ist ein Lebewesen wie ein Hund oder ein Mensch. Er wird durch Erbanlagen geprägt und durch die Umwelt." Angenommen, es gebe die Emissionen nicht mehr. Und man wolle eine Kiefer dort pflanzen, wo alles ausgestorben ist. Nur, da wachse keine Kiefer mehr, weil das genetische Potential für diese Kiefernart weg ist.

„Baumrassen, die jetzt hier stehen, haben sich über Jahrhunderte auf die vorhandenen Gegebenheiten eingestellt", erzählte Weisgerber. „Würden wir versuchen, etwa eine raschwüchsige Fichtensorte aus den Harzrandlagen in einem anderen klimatischen Gebiet mit anderen Bodenverhältnissen in einer anderen Höhenlage anzusiedeln, wird sie aller Voraussicht nach unseren Vorstellungen nicht entsprechen, sie wird mattwüchsig und krankheitsgefährdet sein."

Weisgerber fordert nun, „alle noch vitalen Bestände und Einzelbäume in belasteten Gebieten zu erfassen". Dann müsse das Saatgut – die Bucheckern, Eicheln oder Zapfen – in noch größerem Umfang als zur Zeit gesammelt und erhalten werden. Dazu müßten die Lagerkapazitäten drastisch erweitert werden. Derzeit lagere – bei minus zehn Grad Celsius, in Glasgefäßen sozusagen „vakuumverpackt" – der Samen von fast allen Baumarten in relativ geringen Mengen in der Versuchsanstalt Münden. „Das reicht nur für Versuchszwecke", sagt Weisgerber. Über schon größere Bestände verfüge die Hessische Staatsdarre in Wolfgang bei Hanau."

„Vegetative Vermehrung"

Doch die Haltbarkeit ist nicht unbegrenzt: „Das Saatgut von Fichten hält sich 15 bis 20 Jahre, Eicheln halten nur ein Jahr lang und sind danach nicht mehr keimfähig. Bucheckern können zwei Jahre eingelagert werden." Seit langem schon werde mit der „vegetativen Vermehrung" gearbeitet, Blumenhalter machen das etwa mit Ablegern, Obstbaumzüchter mit dem Verfahren des „Aufpfropfens". Im Forstamt Reinhardshagen steht die Großvermehrungsanlage „Weiße Hütte": dort können zur Zeit etwa 400 000 Fichtenstecklinge pro Jahr „bewurzelt" werden.

Außerdem hat die Versuchsanstalt gemeinsam mit einem großen, bislang vor allem im landwirtschaftlichen Bereich tätigen Institut in Einbeck damit begonnen, „Gewebestükke, die die Größe von nur einem Stecknadelkopf haben, zu konservieren". Weisgerber denkt auch an den Aufbau von „Genbanken", von einer oder besser drei zentralen Sammelstellen für Baumerbgut.

Kanal quer durch Israel vorerst nicht gebaut

Millionen Dollar für ehrgeiziges Projekt in Sand gesetzt

dpa, Jerusalem

Das ehrgeizige Projekt eines Kanals vom Mittelmeer quer durch die Wüste zum Toten Meer ist auf absehbare Zeit wieder in den Schubladen der israelischen Regierung verschwunden.

Der Grund: Israels Staatskontrolleur, eine dem Bundesrechnungshof vergleichbare Institution, hat in einem jetzt veröffentlichten Bericht erhebliche Zweifel an dem Sinn des Projekts geäußert, dessen Kosten derzeit auf rund drei Milliarden Mark geschätzt werden.

15 Millionen Dollar, die bereits für Untersuchungen und Vorbereitungen ausgegeben wurden, „sind den Bach runter", schimpfte die unabhängige Zeitung „Jerusalem Post" am Mittwoch. Der Bericht des Kontrolleurs bedeute, daß zumindest während der derzeitigen Wirtschaftskrise die Planungsarbeiten für das Projekt eingestellt würden, meinte das Blatt.

Mitte der 70er Jahre, als klar wurde, daß das Zeitalter der billigen Energie vorüber war, setzte der damalige Außenminister Yigael Allon einen Expertenausschuß ein, der die Kanalpläne auf ihre Rentabilität überprüfen sollte. Allon dachte dabei nicht nur an den Erdölpreis, sondern auch an den Beitrag zur Erschließung der Region, in der Kühlwasser für Industrie und Kraftwerke knapp sind.

Der teils unterirdische Kanal, eigentlich eher eine große Wasserleitung von etwa 110 Kilometer Länge, soll nach den Vorstellungen seiner Planer mit Wasser aus dem Mittelmeer das Tote Meer auffüllen und vor dem Austrocknen bewahren. Der Höhenunterschied – die Küste des Toten Meeres liegt rund 400 Meter unter dem Meeresspiegel und ist der tiefste Landpunkt der Erde – ließe sich nach diesen Berechnungen ferner für den Bau eines Wasserkraftwerks mit einer Spitzenleistung von 600 Megawatt nutzen. Da die Zuflüsse des Toten Meeres, hauptsächlich der Jordan, in immer größerem Ausmaß für industrielle und landwirtschaftliche Zwecke abgezweigt werden, ist dieses einmalige Binnengewässer in nur rund zwei Jahrzehnten um sieben Meter abgesackt.

In dem Bericht des Kontrolleurs werden dem Finanz- und dem Energieministerium vorgeworfen, sie hätten bei der Projektforschung nicht zusammengearbeitet. Ferner seien „große Zweifel" aufgetaucht, ob der Kanal energiewirtschaftlich überhaupt sinnvoll sei. Die Finanzierung sei alles andere als gesichert.

Das Kanalprojekt, für das die Regierung bereits 1974 einen ersten Studienauftrag vergeben hatte, war auch auf internationale Kritik gestoßen: Das Auffüllen des Toten Meeres könnte am anderen Ufer jordanische Industrieanlagen gefährden. Außerdem sollte das Mittelmeer ausgerechnet im besetzten Gaza-Streifen angezapft werden.

Unterricht über 6700 Kilometer hinweg

DIETER THIERBACH, Bonn

Einstündige erziehungstechnologische Weltpremiere zwischen den Uralt-Vitrinen des Deutschen Schiffahrtsmuseums in Bremerhaven. Tatzeit: gestern, 16.30 Uhr. Die Museumspädagogen Siegfried Stölting und Heike Brück unterrichteten – in deutsch, versteht sich – per Fernseh-Live-Sendung über das Thema „Auswanderung in die USA".

Der Clou: Die Klasse mit Drittsemestern saß ausnahmsweise nicht nach Altvätersitte in Frontalformation zum Katheder. 27 Deutschstudenten – 6700 Flugkilometer entfernt – waren über drei echogedämpfte Mikrofone, plaziert im Dickinson College in Carlisle, Pennsylvania/USA, Telefon-tonmäßig bei dieser ersten interkontinentalen Deutschstunde mit dem Lehrkörper verbunden.

Sechs Organisationen hatten sich „ein Bein ausgerissen", um den elektronischen Ringelreihen auf die richtige Wellenlänge zu hieven. Immerhin: Die von drei Kameras aufgenommenen Bilder aus Bremerhaven legten am Boden unseres Planeten und in den Sphären des Weltalls – von zwei künstlichen Himmelssternen empfangen und wieder abgestrahlt – insgesamt rund 150 000 Kilometer zurück.

Der am deutschen Schiffahrtsmuseum postierte Ü-Wagen reichte die Signale an die Deutsche Bundespost weiter. Über den Landweg zur Erdfunkstelle im bayerischen Raisting geleitet, in die US-Fernsehnorm NTSC umgewandelt und zu Intelsat hochgebeamt war eins. Empfangen wurde der Wellensalat jenseits des großen Teiches von einer Riesenparabolantenne. Standort: West Virginia. Hoch hinaus – Richtung Satcom – ging's dann wieder für die Bilder von der deutschen Nordseeküste: Der einheimische US-Satellit strahlte Bremerhavens Grüße über den nordamerikanischen Kontinent. Studenten in über 300 Colleges und Universitäten verfolgten das einmalige Experiment an der Mattscheibe.

An Handschellen in die Stadt des Löwen gebracht

Welfen-Evangeliar: Bayern soll 7,5 Millionen bewilligen

PETER SCHMALZ, München

Es zählt „zu den kostbarsten Kunstschätzen deutscher mittelalterlicher Kultur überhaupt", urteilte Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß gestern mittag im Landtag über ein Buch, das als das teuerste der Welt gilt. Dann lud der Landesvater die 204 Abgeordneten ein, mit ihm gemeinsam die kürzeste und exklusivste Kunstausstellung zu besuchen, die München jemals erlebte: Im abgedunkelten Senatssaal des Maximilianeums lag hinter Glas und nur von 50 Lux dämmrig beleuchtet das über 800 Jahre alte „Welfen-Evangeliar", dessen Erstbesitzer Heinrich der Löwe ein besonderer Anlaß mit München verbindet. 1158 gründete der Herzog einen Ort an der Isar, der später einmal als „Weltstadt mit Herz" berühmt werden sollte.

Von besonderer Art ist auch die Verbindung der Bayern-Parlamentarier zu diesem prunkvollen und farbenfrohen Kunstschatz: Sie sollen im Doppeletat 1985/86 auch 7,5 Millionen Mark bewilligen, die Strauß seinem niedersächsischen Kollegen Ernst Albrecht zugesagt hat, als im Dezember letzten Jahres das Evangeliar für den auf dem internationalen Buchmarkt einmaligen Preis von 32,5 Millionen Mark bei Sotheby's ersteigert wurde.

Ihnen zu helfen, die bayerischen Millionen bereitwillig zu geben, wurde das Werk in einer geheimen Blitzaktion aus einem Banktresor in Hannover mit einem Polizeihubschrauber an die Isar geflogen. Einziger Passagier der Maschine: Ministerialrat Hans Joachim Ulrich vom niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, mit Handschellen gekettet an einen Metallkoffer, in dem die 226 Blätter der Handschrift ruhten. Nach der Landung in einem Kasernenhof ging's im gepanzerten Polizeiwagen zur bayerischen Staatsbibliothek, wo das Lebenswerk des Benediktinermönches Herimann seine erste Münchner Nacht verbrachte. Gestern morgen dann auf geheimgehaltener Route hinaus zum Landtag und hinein in den eigens geräumten Senatssaal.

Im Sommer nächsten Jahres will Albrecht das Buch seinen Bürgern zeigen, einige Monate später soll es wieder nach München kommen.



Die Miniatur aus dem Welfen-Evangeliar zeigt die Krönung Herzog Heinrichs durch Christus FOTO: DPA

Bonn bestreitet Nebenwirkungen des Katalysators

dpa/AP, Bonn/Basel

Das Bundesinnenministerium hat Befürchtungen zurückgewiesen, daß der für die Ausrüstung umweltfreundlicher Autos vorgesehene Katalysator schädliche Nebenwirkungen haben könnte. Alle bisherigen Untersuchungen in den USA und Japan sowie beim Umweltbundesamt und Bundesgesundheitsamt würden eindeutig besagen, daß durch den Katalysator keine krebserzeugenden Substanzen entstünden, erklärte sein Sprecher Michael-Andreas Butz gestern.

Demgegenüber bekräftigte die Forschungsgruppe des Physikalischen Instituts der Universität Basel das Ergebnis ihrer Untersuchungen, wonach der Katalysator gesundheitsschädigende Nebenwirkungen haben könne. Trotzdem befürworteten sie die Einführung des Katalysators wegen „seiner überwiegend positiven Auswirkungen auf die Lufthygiene" für eine Übergangszeit.

Der Sprecher des Innenministeriums nannte die Baseler Studie wissenschaftlich völlig unhaltbar und die angewandten Prüfungsmethoden unseriös. Der Katalysator entgiftete vielmehr bis zu 90 Prozent der Abgase und vernichte bis zu diesem Prozentsatz insbesondere die chlorierten Kohlenwasserstoffe. Die US-Umweltbehörde habe darüber langjährige Tests angestellt. Butz verwies darauf, daß die vorgesehenen gesetzlichen Regelungen für die Einführung des umweltfreundlichen Autos keineswegs den Katalysator vorschreiben, sondern ausschließlich die neuen strengen Schadstoffgrenzwerte. Den Autoherstellern bleibe es daher überlassen, sich zum Erreichen dieser Grenzwerte jeweils am Stand der Technik zu orientieren.

Umweltfreundliche Autos mit und ohne Katalysatoren, sofern sie den amerikanischen Abgaswerten von 1983 entsprechen, sind ab sofort auch in Niedersachsen, wie bereits in Bayern und Baden-Württemberg, steuerfrei. Das teilte die Landesregierung gestern in Hannover mit.

Die letzten vierzehn Stunden waren die schwersten

Querschnittsgelähmter schaffte Alleinflug um die Welt

HELMUT VOSS, Oakland

Einen „Bahnhof" wie diesen hatte der Flughafen von San Franciscos Nachbarstadt Oakland seit vielen Jahren nicht mehr erlebt. Als die einmotorige Piper Comanche in den amerikanischen Nationalfarben Rot, Weiß und Blau am Sonntag auf der Landebahn des Airports aufsetzte, brachen fünfzig Freunde und Verwandte des Piloten in lauten Jubel aus und schwenkten voller Begeisterung Transparente mit der Aufschrift „Welcome Home Rodee"!

Wenige Minuten später verließ der derart Gefeierte sein winziges Flugzeug auf nicht alltägliche Weise: Donald L. Rodewald, ein vorzeitig in den Ruhestand versetzter 66jähriger Oberstleutnant der US-Luftwaffe, rutschte auf einem roten Teppich über die linke Tragfläche seiner Piper – direkt in einen Rollstuhl. „Es ist fantastisch, wieder zu Hause zu sein", freute sich der drahtige alter Herr, „ich muß aber sagen, daß ich nach den letzten vierzehn Stunden doch etwas mitgenommen bin."

Anlaß für Begeisterung und roten Teppich war eine beachtliche Leistung: Rodewald ist der erste Querschnittgelähmte, der einen Soloflug um die Welt geschafft hat. Der Air-Force-Veteran mit kurzgestutztem weißen Haar und Schnurrbart hatte die USA am 4. August von Bangor im Bundesstaat Maine aus in Richtung Nordosten verlassen.

Seine mehr als zwei Dutzend Etappen mit einer Gesamtflugzeit von rund 180 Stunden führten ihn über Island, England, Deutschland, Saudi-Arabien, Thailand, Indonesien, Guam und Hawaii zurück auf das amerikanische Festland. Die letzte Etappe von Hawaii nach Oakland war nicht nur die längste, sondern auch die schwierigste: „Mein Navigationssystem spielte total verrückt", beschwerte sich der Langstreckenflieger, „außerdem vereisten meine Tragflächen."

Die Zusammensetzung des Begrüßungskomitees am Flughafen in Oakland verriet jedem, daß der heute in Lake City in Colorado lebende Rodewald aus besonderem Holz geschnitzt sein muß. Darunter befanden sich fast zwanzig ehemalige Mitglieder der legendären amerikanischen Transportstaffel „Flying Tigers", einer Gruppe von Freiwilligen, die im Zweiten Weltkrieg unter General Claire Chennault den Chinesen in ihrem Kampf gegen die Japaner geholfen hatten: Rodewald hatte damals als Waffentechniker bei den „Flying Tigers" gedient.

Neben ehemaligen „Fliegenden Tigern" wurde Rodewald auf dem Flughafen auch noch von einem halben Dutzend Mitglieder einer von ihm vor elf Jahren mitbegründeten Vereinigung kalifornischer „Rollstuhl-Aviatoren" begrüßt. „Ich weiß vor Bewunderung nicht mehr, was ich sagen soll", erklärte der ebenfalls querschnittgelähmte „Generalsekretär" des 25 Mitglieder zählenden Klubs, Bill Blackwood (62), der immerhin auch in einem eigenen Flugzeug aus dem mehrere hundert Kilometer weiter südlich gelegenen San Diego gekommen war, „wir wissen alle nur zu gut, welche Probleme Querschnittgelähmte haben. Aber Rodee war schon immer ein dynamischer Typ. Je größer die Schwierigkeiten waren, desto besser gefiel es ihm."

Rodewald, der seit einem Flugunfall im Jahre 1954 von der Hüfte abwärts gelähmt ist, erklärte nach der Landung, er hoffe, daß andere Körperbehinderte sich durch seine Tat inspirieren lassen könnten: „Wenn der Wunsch, etwas Bestimmtes zu tun, mächtig genug ist, findet man auch einen Weg." Über seine eigenen Motive befragt, meinte er: „Ich wollte ganz einfach Teile der Welt sehen, die ich noch nie besucht habe." Dann wurde er von seiner gerührten Tochter Judy Wagner umarmt. „Ich bin ja so unbeschreiblich stolz auf ihn", schluchzte sie, „ich glaube, ich lasse ihn nie wieder weg."

(SAD)

Schadenersatz nur nach Mängelanzeige

rtr, Karlsruhe

Reisende können nur dann Schadenersatzansprüche gegen einen Reiseveranstalter geltend machen, wenn sie den Mangel noch am Urlaubsort angezeigt und Abhilfe verlangt haben. Nach einer gestern veröffentlichten Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) gibt es von dieser Regel nur dann Ausnahmen, wenn dem Mangel trotz einer Rüge nicht abzuhelfen oder der Schaden auch bei erfolgreicher Abhilfe nicht zu vermeiden ist. (AZ: VII ZR 325/83)

Großbrand in Jakarta

AFP, Jakarta

Das renommierte Kaufhaus „Sarinah" im Stadtzentrum der indonesischen Hauptstadt Jakarta wurde durch einen Großbrand völlig zerstört. Menschen wurden nach Mitteilungen der Polizei nicht verletzt.

Viehhändler verurteilt

dpa, Kempten

Wegen Betrugs in 881 Fällen hat das Landgericht Kempten (Bayern) einen 50jährigen Viehhändler gestern zu 18 Monaten Freiheitsstrafe mit fünfjähriger Bewährungsfrist verurteilt. Das Gericht befand den geständigen Viehhändler für schuldig, 142 Landwirten für abgekauftes Vieh Wiegekarten mit zu niedrigem Gewicht vorgelegt zu haben.

Eltern haften

AP, München

Durch das Verstecken des Wagenschlüssels vor Kindern und das Entleeren des Autotanks genügen Eltern nicht der Verpflichtung, die Benutzung ihres Fahrzeugs durch minderjährige Söhne oder Töchter zu verhindern. Das mußte ein Ehepaar aus Oberbayern erfahren, das in letzter Instanz vor dem Oberlandesgericht München zur Zahlung von Schmerzensgeld und Schadensersatz an das Opfer eines von seinem 15jährigen Sohn verschuldeten Unfalls verurteilt wurde. (AZ: 5 U 4658/83)

„Heuriger" in China

AP, Wien

Die traditionelle Wiener „Heurigen"-Weinlokale und Kaffeehäuser entwickeln sich zu einem Exportschlager im Fernen Osten. Nachdem bereits ein Kaffeehaus in Japan seine Pforten geöffnet hat, hat nun die chinesische Regierung wegen der Lieferung eines „Heurigen"-Lokals in Wien angeklopft.

Wahlfächer

AP, Mannheim

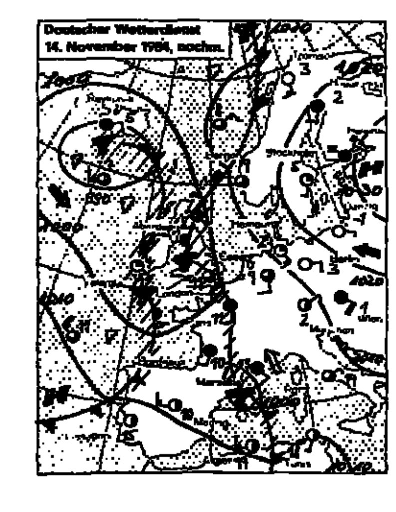
Gymnasiasten können nicht darauf vertrauen, daß bisher angebotene Fächerkombinationen in der Oberstufe weiterhin wählbar sind. Auch eine Zusage des baden-württembergischen Kultusministeriums an eine Schule, schultypische Besonderheiten zu berücksichtigen, stellt nach einer gestern bekanntgewordenen Entscheidung des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs in Mannheim nur eine Absichtserklärung dar, die keine bindende Wirkung hat. Die Richter wiesen damit die Klage eines Schülers ab, der in Freiburg ein Musikgymnasium besucht und in den Klassen 12 und 13 das Fach Musik mit Physik, Biologie oder Chemie in den Leistungskursen kombinieren wollte. (AZ: 9 S 1162/84)

ZU GUTER LETZT

„Dr. Böhme, Rolf, Oberbürgermeister; Dr. Eberle, Rudolf, Wirtschaftsminister; Dr. Hammerstein, Gerhard, Rechtsanwalt; ... Fürst zu Fürstenberg, Joachim, Durchlaucht." Aus der Übersicht über Namen und Berufe der Mitglieder des neugeschaffenen Beirats der Universität Freiburg.

WETTER: Sonnig und trocken

Wetterlage: Die Ausläufer eines Tiefdruckgebietes über Frankreich nähern sich langsam dem Westen Deutschlands, werden aber vorerst noch nicht wetterbestimmend.



Vorhersage für Donnerstag:
Im Westen wechselnde Bewölkung, aber noch niederschlagsfrei. Temperaturen tagsüber nahe 11, nachts 2 Grad, vereinzelt Bodenfrost. Im übrigen Bundesgebiet überwiegend sonnig und trocken, Temperaturen tagsüber bei 8, nachts bis minus 2, in Süddeutschland bis minus 6 Grad zurückgehend. Schwacher Wind um Südost bis Ost.

Weitere Aussichten:
Im Osten unverändert sonnig und kalt, sonst weitere Bewölkungszunahme und ab Samstag von Westen aufkommender Regen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	25°
Bonn	7°	Kopenh.	7°
Dresden	5°	Las Palmas	19°
Essen	9°	London	11°
Frankfurt	5°	Madrid	10°
Hamburg	2°	Mailand	6°
List/Sylt	5°	Mallorca	13°
München	2°	Moskau	-4°
Stuttgart	4°	Nizza	13°
Algier	19°	Oslo	1°
Amsterdam	8°	Paris	11°
Athen	14°	Prag	2°
Barcelona	15°	Rom	14°
Brüssel	11°	Stockholm	5°
Budapest	2°	Tel Aviv	24°
Bukarest	-3°	Tunis	19°
Helsinki	4°	Wien	1°
Istanbul	9°	Zürich	4°

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.41 Uhr, Untergang: 16.32 Uhr; **Mondaufgang:** 23.48 Uhr, Untergang: 14.17 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mutprobe – Phänomen unserer Zeit?

Dirk und Christoph waren Freunde und wollten es wissen: ob ihr Mut stärker sein würde als ihre Angst. Also legten sie sich im Norden von Köln zwischen die Bahnschienen und warteten, bis der Zug heranrollte. Einer der Freunde bezahlte die Überwindung der Angst mit dem Leben.

Schreckliches Ende einer Mutprobe, wie sie in ähnlicher, oft nicht minder gefährlicher Form täglich von Jugendlichen „bestanden" wird. Etwa 100 davon, so die Statistik der Kriminalpolizei, gehen im Jahr tödlich aus. Mutproben – sind sie eine „neue Sucht", wie manche Schulpsychologen wissen wollen, oder gar ein Ausdruck der Krise unserer Schulen und der Gesellschaft?

„Angsthase" und „Feigling" sind keine Wortschöpfungen unserer Zeit. Wem treten sie nicht in Erinnerung, wenn er an seine eigene Jugend denkt: „Traust du dich?" – das konnte der Sprung von der Weide in den seichten Tümpel gewesen sein, die Fahrt auf dem Rad den Berg hinunter ohne zu bremsen oder das Klauen der Kirschen in Nachbars Garten. Mutproben waren es – und nicht selten gefährliche.

Mutproben sind keine Erscheinung nur der heutigen Zeit. Die Initiationsriten der Naturvölker kennen sie. Die Aufnahme junger Indianer in den Kriegerstand führte über gefährliche Mutproben. Und was ist die studentische Mensur anderes, bei der jede Gefühlsäußerung der Angst im Angesicht des gegnerischen Säbels als „Gesichtsverlust" gilt.

Angst ist immer präsent, wenn es um Mut geht. Auch bei der Mutprobe ist es die Angst um etwas, das mehr gilt als das eigene Leben, die Angst vor Schande, die Angst, Zuneigung zu verlieren oder die Zugehörigkeit zur Gruppe, zur Clique.

Der modernen Gruppensoziologie verdanken wir die Kenntnis, daß in den Straßengangs der Großstädte die meist kriminelle Mutprobe zu den wichtigsten Ritualen gehört. Nur wer sie besteht, wird vollwertiges Mitglied, sonst bleibt er isoliert.

An unseren Schulen ist es nicht anders. Allerdings fehlt hier den Mutproben der kriminelle Hintergrund, aber der Gruppenzwang ist auch hier das ausschlaggebende Element für die Überwindung jeglicher Angst. Von sich aus würde ein Jugendlicher niemals, um sich zu bestätigen, aus dem vierten Stock springen, sich „zur Probe" erhängen oder als Nichtschwimmer ins Wasser springen. Dies alles geschieht vor den Augen der Freundes oder der Gruppe.

Doch noch etwas kommt hinzu: Kinder und Jugendliche genießen die Sensation der Gefahr und erfahren die Mutprobe nicht selten bei Unterschätzung der wirklichen Gefahr als Lustgewinn. Auch dieser Aspekt ist nicht neu. Keine Dichter-Generation hat dies besser beschrieben als jene, die als junge Menschen durch das Feuer des Ersten Weltkrieges gingen, wie etwa Ernst Jünger.

Die Mutprobe ist ein soziales Phänomen und daher auch ein geschlechtsspezifisches. Der weitaus größte Teil der Mutproben wird nämlich immer noch von Jungen absolviert. Heißt es doch, „ein ganzer Mann zu sein" und keine „Memme", wie man früher gesagt hätte. Bei Mädchen hingegen ist die immer häufiger auftretende Mutprobe als Faktor der Emanzipation anzusehen.

Die Schülermutprobe – ein Phänomen unserer Zeit? Um den Römer Mucius Scaevola nachzuahmen, ließ der Zögling Friedrich Nietzsche in Schulpforta eine Streichholzschachtel auf seiner Handfläche abbrennen, ähnlich wie übrigens auch der zartbesaitete Genfer Uhrmachersohn Jean-Jacques Rousseau.

R. Z.

„Wahrscheinlich hat Daisy ihn im Zimmer überrascht"

Urteil im Mordprozeß um Lufthansa-Stewardeß in USA

SAD, Santa Monica

„Es ist ein gerechtes Urteil", erklärte Staatsanwalt Larry Longo am Dienstag abend in Santa Monica (Kalifornien) nach dem Ende des Prozesses gegen den Mörder der Lufthansa-Stewardeß Daisy Kessemeier.

Brad William Winkler (28), ein Gelegenheits-Musiker, war kurz zuvor von einer aus acht Frauen und vier Männern bestehenden Jury für schuldig befunden worden, am 23. Februar vorigen Jahres in Zimmer 707 des Huntley House Hotels in Santa Monica die hübsche 23jährige, aus Hannover stammende Stewardeß ermordet zu haben. Longo, der Winkler nur anhand von Indizienbeweisen überführte, erklärte dazu: „Wahrscheinlich hat Daisy ihn in ihrem Zimmer dabei überrascht, als er ihre Handtasche durchsuchte. Daraufhin hat er sie überwältigt, vergewaltigt und dann erwürgt."

Daisy Kessemeier war am 22. Februar vorigen Jahres mit der planmäßigen Lufthansa-Maschine aus Frankfurt in Los Angeles eingetroffen und war anschließend zusammen mit anderen Besatzungsmitgliedern in dem seit zwanzig Jahren von der Lufthansa benutzten Hotel für eine zweitägige Ruhepause einquartiert worden. Als sie zwei Tage später beim Rückflug vermißt wurde, schlugen Kollegen Alarm und ließen die Tür ihres Hotelzimmers öffnen. Die junge Deutsche lag tot auf dem Boden neben dem Bett.

Der arbeits- und obdachlose Winkler wurde zwei Wochen später schlafend in seinem gelben Volkswagen überrascht und verhaftet. Er hatte die junge Deutsche wahrscheinlich bei einem Spaziergang in Santa Monica angesprochen und hatte sie dann im Huntley House Hotel aufgesucht.

Das Strafmaß wird von Richter David Fitts bei einem Termin am 11. Dezember bekanntgegeben werden. Der Mörder von Daisy Kessemeier dürfte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu lebenslanger Haft ohne Bewährungsmöglichkeit verurteilt werden und wird den Rest seines Lebens vermutlich im berüchtigten Zuchthaus San Quentin bei San Francisco verbringen.